74. Dienstag den 27. März 1860. 74.

Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Inserate (1½ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis **10 Uhr** Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 27. März. Se. K. H. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergnädigst geruht: Den früheren außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Kopenhagen, Kammerherrn Grafen von Oriolla, zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Stockholm, und den bisherigen Ministerresidenten in Rio de Janeiro, Kammerherrn von Heydebrandt und der Lasa, zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Großherzoglich sächsischen Hofe zu ernennen; dem Kammergerichtsrath Nicolovius hierselbst den Charakter als Geheimer Justizrath; so wie dem Landrathe des Kreises Beuthen, von Tieschowitz, bei seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienste den Charakter als Geheimer Regierungsrath zu verleihen; die Kreisrichter Bernstein zu Frankenstein, Grattenauer zu Breslau, Heer zu Striegau, Schulz zu Neurode, Eberty in Wittenberg, Reinecke in Sangerhausen und Oelzen in Merseburg zu Kreisgerichtsräthen zu ernennen; dem Rechtsanwalt und Notar Wilberg hierselbst, den Rechtsanwalten und Notaren Menzel zu Hirschberg, Horn zu Polnisch Wartenberg, Simon zu Breslau, Ernst zu Namslau und Günther in Stolberg den Charakter als Justizrath; dem Kreisgerichts-Salarienkassenrendanten Schneider zu Glatz den Charakter als Rechnungsrath, dem Appellationsgerichtssekretär Lindner zu Breslau, so wie den Kreisgerichtssekretären und Kanzleidirektoren Mallickh daselbst und Heinrich zu Münsterberg den Titel als Kanzleirath, dem Appellationsgerichtssekretär, Kanzleidirektor Dresser in Naumburg a. S., so wie dem Kreisgerichtssekretär, Kanzleidirektor Florstedt in Erfurt den Charakter als Kanzleirath zu verleihen; und die Wahl des Oberlehrers Dr. Wulfert am Gymnasium in Cleve zum Direktor des Gymnasiums in Herford zu genehmigen.

Der bisherige Kreisrichter Pfotenhauer in Lobsens ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte in Lobsens und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Bromberg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Lobsens, ernannt worden.

Der zum Diakonus in Müncheberg berufene bisherige Superintendent Kluckhuhn in Finsterwalde ist zum Superintendenten der Diözese Müncheberg; und der Thierarzt erster Klasse, Georg Heinrich Karl Schilling, zum Kreis-Thierarzt für die Kreise Rummelsburg und Bütow, im Regierungsbezirk Köslin, ernannt worden.

Se. Königliche Hoheit der Prinz Albrecht von Preußen ist nach Dresden abgereist.

Ihre Hoheiten der Erbprinz und die Erbprinzessin von Anhalt-Dessau sind nach Dessau abgereist.

Abgereist: Se. Exzellenz der General der Infanterie und kommandirende General des 2. Armee-Korps, von Wussow, nach Posen; Se. Exzellenz der General der Infanterie und kommandirende General des 4. Armee-Korps, von Schack, nach Magdeburg, und der General-Major und Direktor des Allgemeinen Kriegs-Departements, von Voigts-Rhetz, nach Greifenberg.

Telegramme der Posener Zeitung.

Paris, Dienstag 27. März, Morgens. Das gestrige „Pays" dementirt ausdrücklich die Nachricht, daß in Betreff des Abmarsches der französischen Truppen aus der Lombardei Gegenbefehl ergangen, und erklärt das Gerücht, Thouvenel habe die Annahme einer Note des Londoner Kabinets verweigert, für falsch. Der heutige „Constitutionnel" meldet, daß die ersten Bataillone auf dem Rückmarsch aus Italien in Savoyen eingerückt seien.

Turin, Montag 26. März, Abends. Ein Geschwader mit sardinischen Truppen ist nach Toscana abgegangen.

Madrid, Montag 26. März. Gestern ist zwischen den Spaniern und den Marokkanern ein Waffenstillstand geschlossen; gleichzeitig wurden die Friedenspräliminarien unterzeichnet.

(Eingeg. 27. März 10 Uhr 5 Minuten Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 26. März. [Englands Politik in der savoyischen Frage; Vorgänge in Nizza; die Heeresvorlagen.] Der Ausgang der seit längerer Zeit zwischen Preußen und England schwebenden Unterhandlungen in Betreff der Annexionsgelüste Frankreichs scheint leider die Voraussetzungen derer zu bestätigen, welche von vornherein überzeugt waren, daß unter den Auspizien Palmerstons die Theilnahme der britischen Regierung an irgend einem ernsten Schritt gegen die napoleonische Politik nicht zu gewärtigen sei. Aus den Mittheilungen des „Moniteur" über den Inhalt des zwischen Frankreich und Sardinien abgeschlossenen Vertrages ersieht man, wie das Tuilerienkabinet die Einwürfe Europa's zu beschwichtigen gedenkt: der Kaiser der Franzosen will die neutralen Gebiete Savoyens unter denselben Bedingungen übernehmen, unter denen Piemont dieselben besessen hat, also unter der Bedingung der Neutralität. Das ist eine Zusage, welche von Seiten einer großen Militärmacht einem kleinen Staate gegenüber schon an und für sich geringe Bürgschaften bietet, im Munde der jetzigen französischen Regierung aber vollends jeden Werth verliert. Wenn England sich mit einem solchen Scheinversprechen abfinden läßt, dann ist es klar, daß Lord Palmerston die britische Ehre gegen das Linsengericht des Handelsvertrages an Frankreich verkauft hat. Noch kläglicher wird die Situation dadurch, daß die Schwäche Englands auch auf die Haltung der anderen Staaten zurückwirkt, da Preußen von Seiten Oestreichs oder Rußlands noch weniger eine kräftige Unterstützung erwarten darf, und doch unmöglich allein gegen den Strom schwimmen kann, wenn es sich nicht um seine speziellen Interessen handelt. — Die Vorgänge in Nizza beweisen, wie Napoleon III. die Freiheit der nationalen Wünsche versteht. Der Gemeinde-Ausschuß von Nizza hat in Turin gegen den Anschluß an Frankreich petitionirt. Als Antwort darauf läßt Frankreich ein Kriegsschiff bei Nizza vor Anker gehen, und sofort melden Pariser Blätter, daß die Bevölkerung überall Kundgebungen zu Gunsten der Annexion veranstalten. Es ist dies die Taschenspielerkunst nicht der Gewandtheit, sondern der Uebermacht. Wie man übrigens erfährt, haben die russischen Notabilitäten, welche sich zur Zeit in Nizza aufhalten, ihren Einfluß vielfach gegen die französischen Bestrebungen geltend gemacht, und die Kaiserin Mutter soll sofort ihre Abreise beschlossen haben, als sie von dem gewaltsamen Vorgehen der napoleonischen Politik Kenntniß erhielt. Nur auf den dringenden Wunsch des Kaisers Alexander soll die Fürstin die Abreise noch verschoben haben, welche allerdings als eine feindselige Demonstration gegen den Tuilerienhof hätte gedeutet werden können. — Die jüngsten Berathungen der Kommission des Abgeordnetenhauses über die Armeeorganisation haben bereits einen Umschwung zu Gunsten der Regierungsvorlagen offenbart. Der Prinz-Regent hat bei dem Empfange der Glückwünsche zu seinem Geburtsfeste in der Anrede an die Deputationen beider Häuser den Gegenstand mit Worten wärmster Empfehlung berührt.

(Berlin, 26. März. [Vom Hofe; Verschiedenes.] Der Prinz-Regent hielt heute in seinem Palais ein Ministerkonseil ab. Derselbe begann um 10 Uhr Vormittags und erst nach 1 Uhr verließen die Minister und die Geheimräthe Illaire und Costenoble das Palais. Um 5 Uhr war beim Prinz-Regenten Tafel, an der auch der Herzog von Gotha und der Fürst von Hohenzollern erschienen. Der Prinz Friedrich Karl begiebt sich morgen nach Stettin zurück, wird aber, wie es in den militärischen Kreisen allgemein heißt, nicht mehr lange dort verweilen, sondern das Kommando des 3. Armeekorps übernehmen. Die Dessauer Herrschaften haben sich heute Vormittag am Hofe verabschiedet und sind Mittags nach Dessau zurückgekehrt. — Der Prinz Albrecht (Sohn) fuhr heute Abend nach Sanssouci, nahm mit der Königin den Thee ein und kehrte darauf hieher zurück. — Der Generalkonsul Graf zu Eulenburg kehrt morgen früh von seinen Pariser Konferenzen wieder zurück. Ueber den Tag seiner Abreise nach Ostasien verlautet noch nichts Zuverlässiges, dieselbe wird von einem Tage zum anderen hinausgeschoben. — Baron v. Nothomb, der sich vor etwa 14 Tagen nach Brüssel begab und von dort aus nach Paris ging, ist heute früh wieder hier eingetroffen und machte Nachmittags den Ministern und den Mitgliedern des diplomatischen Korps seine Besuche. — An den Diners, die heute bei dem Präsidenten der Seehandlung, Camphausen, und dem General-Postdirektor Schmückert stattfanden, nahmen auch die Minister Theil. — In den höheren Kreisen ist der Wunsch ausgesprochen worden, daß die französische Vorstellung, verbunden mit den lebenden Bildern, welche vor 8 Tagen zum Besten der Armen unserer Stadt stattfand, zu gleichem Zwecke wiederholt werden möchte. Die betreffenden Persönlichkeiten waren hierzu auch gern bereit, doch fehlen jetzt die beiden Hauptpersonen zu dem ersten der Stücke, der Marquis de Virieu und Gemahlin, denn diese beiden sind heute Abend nach Paris abgereist. Bei der Abreise wäre der Marquis beinahe um sein ganzes Reisegeld gekommen. Er hatte nämlich an der Kasse Billets für 6 Personen zur Fahrt nach Paris gelöst, als er sein Portefeuille vermißte. Glücklicherweise hatten Fahrgäste bemerkt, wie ein Mensch solches einem andern zusteckte. Der Letztere wurde ergriffen und das Portefeuille bei ihm gefunden; der eigentliche Dieb war entsprungen. In dem festgenommenen Diebe wurde von dem auf dem Bahnhofe stationirten Polizeibeamten ein schon oft bestraftes Subjekt erkannt und auch der Entsprungene, dessen Persönlichkeit bereits festgestellt ist, treibt schon lange dies Handwerk. Bei dem vorgenommenen Verhöre in der Polizeistube benutzte der Taschendieb einen günstigen Moment, entsprang aus dem Zimmer und versuchte zu entfliehen, wurde aber auf dem Bahnhofe von den Arbeitern ergriffen und nach einer verzweifelten Gegenwehr überwältigt. Er wurde nun gebunden und zur Haft geführt. — Der Branddirektor Scabell ist seiner Stellung als Spezialkommissar des Viktoria-Theaters herzlich satt und sehnt sich nach dem Augenblick, wo er diese Stellung, welche ihm so heftige Angriffe zugezogen hat, aufgeben kann. Wenn nicht schon früher, so will er diesen Posten niederlegen, wenn das Wintertheater fertig ist und dasselbe seiner Bestimmung übergeben, d. h. feierlich eröffnet wird. — Auch unser Magistrat hat es nicht gut geheißen, daß er zum Bau des Theaters die Feuerwehr herangezogen hat, und ist deshalb mit einer Klage beim Minister gegen ihn vorgegangen. — Die kleinen Pferde und die Wagen, die bisher im Schlosse Babelsberg sich befanden und von den hohen Herrschaften zu Spazierfahrten benutzt wurden, sind heute von dort hierher in das Palais des Prinzen Friedrich Wilhelm gebracht worden, wo sie bleiben sollen, bis der Prinz und die Prinzessin mit ihrem kleinen Sohne ihren dauernden Aufenthalt in Potsdam nehmen. — Seit einiger Zeit kommen wieder Transporte von Büffelhörnern aus Amerika hier an. Dieselben werden von Drechslern und Kammmachern verarbeitet. Unter den Büffelhörnern, die gestern hier anlangten, bemerkte ich mehrere, die auf ein Alter von 30—40 Jahren deuteten.

⁂ Berlin, 26. März. [Die Stellung zur savoyischen Frage; die Reorganisation der Armee des deutschen Bundes.] Nachdem das englische Kabinet sich hierher gegen jeden Protest in der savoyischen Frage erklärt hatte, insoweit derselbe an Frankreich zu richten sei, hat dasselbe neuerdings den Vorschlag gemacht, den Protest an die sardinische Regierung zu richten. Hr. v. Schleinitz hat diesem feigen Auswege kein Gehör gegeben, und nun sinnt England auf eine neue Kombination in Betreff der neutralen Gebiete. Preußen dürfte die Thouvenel'schen Eröffnungen nicht in Form einer Note, sondern nur in Instruktionen für den Grafen Pourtalès beantworten; es ist höchst wahrscheinlich, daß man sich damit begnügen wird, dem zwischen Sardinien und Frankreich getroffenen Abkommen einfach die Anerkennung zu versagen. — Militärische Autoritäten stellen folgenden Etat für die zu reorganisirende deutsche Bundesarmee auf: Hauptkontingent: 500,000 Mann; Ersatzkontingent: 100,000 M. Infanterie: $^4/_5$ der ganzen Stärke; Hauptkontingent: 400,000 M.; Ersatzkontingent: 80,000 M. Kavallerie: $^1/_7$ der Infanterie = 57,000 M.; Ersatzkontingent: 11,000 M., zusammen = 68,000 M. Sie rechnen 3 Geschütze per 1000 M., also zus. 1654 Geschütze, wovon 1378 für das Hauptkontingent, zu 25 Mann pro Geschütz macht zusammen 41,350 M. Artillerie. Pioniere: $^1/_{80}$ der Gesammtstärke = 7540 M., wovon $^1/_5$ = 1508 M. Ersatz. Sie rechnen bei der Infanterie: 1 Offizier auf 45 M.; 1 Unteroffizier auf 12 M.; 1 Spielmann auf 60 M.; bei der Kavallerie: 1 Offizier auf 25 M.; 1 Unteroffiz. auf 10 M.; 1 Trompeter auf 45 M.; bei der Artillerie: 1 Offiz. auf 35 M.; 1 Unteroffiz. auf 10 M.; 1 Spielmann auf 80 Mann. Bei den Pionieren: 1 Offiz. auf 40 M.; 1 Unteroffiz. auf 10 M.; 1 Spielmann auf 50 Mann. Ein Arzt auf 300 Mann.

— [Verfügung des Ober-Kirchenraths.] Unter dem 7. d. M. hat der Evangelische Ober-Kirchenrath im Anschluß an die Allerhöchste Ordre vom 27. Februar d. J. Behufs weitern Ausbaus der Verfassung der evangelischen an die königlichen Konsistorien der Provinzen Brandenburg, Sachsen, Schlesien, Pommern und Posen eine Verfügung erlassen, worin die Allerhöchste Ordre erläutert und gegen Mißverständnisse gesichert, dann aber auch den betreffenden Behörden an das Herz gelegt wird, was ihnen in Folge derselben obliegt. Da sich dieselbe auf die sechs östlichen Provinzen der Monarchie erstreckt, die Verfügung aber sich nicht zugleich auch an das königliche Konsistorium der Provinz Preußen richtet, so ist zu bemerken, daß die Organisation der kirchlichen Gemeinden in dieser Provinz bereits durchgeführt und nur noch die Ueberleitung zur Konstituirung der Kreissynoden, die die Allerhöchste Ordre in Aussicht nimmt, übrig ist, und können wir auf Grund thatsächlicher Information hinzufügen, daß hierzu in der Provinz Preußen bereits vorbereitende Schritte im Gange sind. Bezüglich der Kreissynoden bestimmt die qu. Verfügung, daß zu der Einrichtung und Berufung derselben übergegangen werden soll, sobald in allen evangelischen Gemeinden, in welchen ein für die inneren und äußeren Angelegenheiten derselben gleichmäßig bestellter kirchlicher Gemeindevorstand (Presbyterium, Gememeinde-Kirchenrath) nicht besteht, ein solcher eingerichtet, und sobald diese Einführung in den einzelnen Diözesen zu einem gewissen Abschlusse gediehen ist. Es darf bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen werden, daß sich die gegenwärtige Allerhöchste Ordre von der vom 29. Juni 1850 dadurch unterscheidet, daß sie die Einführung kirchlicher Gemeinderepräsentation zur allgemeinen erhebt, während es vor zehn Jahren den evangelischen Gemeinden anheimgegeben blieb, die Grundzüge einer evangelischen Gemeindeordnung von 1850 entweder anzunehmen oder nicht anzunehmen. Was die Befugnisse der Kreissynoden anbetrifft, so wird denselben die Unterstützung der Superintendenten in den ihnen zustehenden Aufsichtsgeschäften, die Wahrnehmung der den betheiligten Gemeinden gemeinsamen kirchlichen Interessen und das Recht der Entscheidung in bestimmten näher zu bezeichnenden Fällen, namentlich in Fragen der kirchlichen Zucht, so wie eine Mitwirkung bei der weiteren Ausbildung der kirchlichen Verfassung zugewiesen werden. Bevor die Verfügung anordnet, wie die Allerhöchste Ordre in Vollzug zu setzen sei, schickt sie einige allgemeine Bemerkungen voraus. Zu diesen gehört die Hinweisung auf die, in Beziehung auf die bisherigen Kirchenvorstände, größere Zahl von Mitgliedern der Gemeinde-Kirchenräthe; ferner, daß ihre Ernennung nicht ausschließlich von dem Patronate ausgehen, sondern eine Mitwirkung der selbständigen, unbescholtenen christlichen Hausväter der Gemeinde dabei stattfinden soll; daß ihre Wirksamkeit, soweit sie nicht durch besondere Rechte des Patronats und der von diesem bestellten Kirchenvorsteher in Ansehung der Vermögensverwaltung beschränkt ist, auf die gesammten äußeren und inneren Angelegenheiten der Gemeinde sich erstrecken, und daß der Pfarrer der Gemeinde von Amtswegen berufen sein wird, den Vorsitz in ihnen zu führen. In Ansehung der künftigen Kreissynoden wird der charakteristische Unterschied von den bisherigen Diözesansynoden darin bestehen, daß außer den Geistlichen der Diözese auch Abgeordnete der Gemeinde-Kirchenräthe zugezogen werden, und daß der so zusammengesetzten Kreissynode bestimmte Rechte und verfassungsmäßige Attributionen zugedacht sind. „Aus dieser Gegenüberstellung erhellt, wie sehr es den Intentionen des landesherrlichen Kirchenregiments fern liegt, die von den Zeiten der Reformation her in den Staaten Sr. K. Majestät bestehenden geschichtlichen Grundlagen der evangelischen Kirchenverfassung aufgeben und den Versuch machen zu wollen, auf einer neu gewählten Unterlage einen völlig neuen Bau zu errichten, daß es aber auch der ernstliche, an Allerhöchster Stelle kundgegebene Wille ist, unter treuer Festhaltung des bewährten Alten, neue Kräfte in den Dienst der Kirche zu nehmen, und ihrer Vereinigung mit den in provinziellen und lokalen Einrichtungen vorhandenen Elementen eine solche rechtlich geordnete Gestalt zu geben, daß sie ebensowohl nach Innen fördernd und helfend, als nach Außen schirmend und abwehrend der Kirche zu dienen im Stande sein mögen." Indem die Verfügung nun sich zur geschichtlichen Seite dieses Verfassungsbedürfnisses wendet, geht sie über die ersten neuern Anregungen desselben bald nach dem Eintritte dieses Jahrhunderts zu den evangelischen Kirchenordnungen des sechszehnten zurück, insofern schon diese deutliche Kunde davon geben und fruchtbare Keime einer weitern Entwicklung der Kirchenverfassung enthalten, und leitet daraus für die Kirche der Gegenwart eine um so stärkere Mahnung ab, mit Freudigkeit und Glaubensmuth danach zu ringen, jene schöpferischen Gedanken einer reicheren Vergangenheit neu zum Leben zu erwecken, was der Zweck der Allerhöchsten Ordre ist. Damit wird aber auch zugleich der Artikel 15 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 weiter in Vollzug gesetzt werden, und die Wahrheit, welche derselbe enthält, auf dem einzig möglichen Wege einer Fortentwickelung der Kirche aus ihren bestehenden Organen und Einrichtungen heraus stufenweise zu ihrer vollen Verwirklichung gelangen.

Was näher die Bestimmungen der Allerhöchsten Ordre über die Institution der Gemeinde-Kirchenräthe anbetrifft, so treten darin drei Hauptmomente hervor, welche als eine Frucht der seit 1850 gemachten Erfahrungen einer besonderen Erwägung unterzogen werden. In den der Allerhöchsten Ordre vom 29. Juni 1850 beigegebenen Grundzügen einer kirchlichen Gemeinde-Ordnung war zunächst in §. 1 eine Hinweisung der kirchlichen Gemeinden auf die in Gottes lauterem und klarem Worte den prophetischen und apostolischen Schriften alten und neuen Testaments begründete und in den drei Hauptsymbolen und den Bekenntnissen der Reformation bezeugte Lehre enthalten. Diese Hinweisung hat nach verschiedenen Seiten hin eine Mißdeutung erfahren. Nicht allein in dem Sinne, als sei es die Absicht des Kirchenregiments gewesen, die Bedeutung der heiligen Schrift als alleinige Glaubensnorm gegen die Geltung der Symbole zurückzustellen, sondern auch in dem Sinne, als habe dadurch der historisch berechtigte, bekenntnißmäßige Charakter der einzelnen Gemeinden verwischt und an seine Stelle eine, aus den verschiedenen Bekenntnissen gemischte konsensualistische Begriffsbestimmung gesetzt werden sollen, so wie endlich in der Richtung, als werde durch die Ausführung des §. 1 eine dem Bestande der Union nachtheilige konfessionelle Spaltung der Gemeinden gefördert. Diesen Mißverständnissen steht die ausdrückliche landesherrliche Zusicherung im §. 6 der Allerhöchsten Ordre entgegen, daß durch die neue Anordnung im Bekenntnißstande der Gemeinde und in ihrer Stellung zur Union nichts geändert werde. Ein zweites Mißverständniß hatte bezüglich Nr. 3 des §. 12 und 14 der Grundzüge von 1850 zu der Besorgniß Veranlassung gegeben, als sei die Absicht des Kirchenregiments auf die Beseitigung des Patronats gerichtet. Die gegenwärtige Kabinetsordre löst auch in dieser Beziehung jeden noch möglichen Zweifel, indem sie in §§. 3 und 6 den Gerechtsamen des Patronats in gleicher Weise, wie den Befugnissen des geistlichen Amtes und des landesherrlichen Kir-

chenregiments, die erneuerte Garantie ihres unverkürzten Fortbestandes ausdrücklich ertheilt. Die sich anschließende Erörterung des Wahlmodus der Kirchenräthe rechtfertigt die Bestimmungen der Allerhöchsten Ordre, wonach zu den ersten Wahlen Vorschlagslisten vom Pfarrer, dem Patron und den Kirchenvorstehern gemeinschaftlich gemacht werden sollen, gegen die Besorgniß, es könnten verderbliche Elemente in die Kirchen-Gemeinderäthe eindringen, und das sich daraus ergebende Verlangen, die Wahlen in noch engere Grenzen einzuschränken, durch Hinweisung der in mehreren Provinzen gemachten vollkommen befriedigenden Erfahrungen. Ein grundsätzliches Verwerfen des Wahlprinzips aus dogmatischen Gründen konnte eben so wenig als schriftmäßig begründet anerkannt werden, wie das Verlangen einer an keine Vorschlagslisten gebundenen Gemeindewahl als eine absolute und unerläßliche Rechtsforderung. Die Bestimmung über das Maaß und die Art der Betheiligung der Gemeinde blieb daher, wie im Jahre 1850, lediglich von Gründen der Zweckmäßigkeit abhängig und hat dieselbe hiernach ihre Erledigung gefunden. Die weitere Entwicklung aber bleibt einer künftigen Revision der kirchlichen Gemeinde-Ordnung unter Mitwirkung der Synode vorbehalten. Was die Ausführung der Allerhöchsten Ordre vom 27. Februar c. im Einzelnen anlangt, so kommt es darauf an, die Wahl und Einführung der Gemeinde-Kirchenräthe innerhalb bestimmter, fest bemessener Fristen zu bewerkstelligen. Zu diesem Ende beauftragt der Evangelische Ober-Kirchenrath im Einvernehmen mit dem Herrn Minister der geistlichen &c. Angelegenheiten die betreffenden Konsistorien und in den einzelnen Diözesen die Superintendenten mit den dazu erforderlichen weiteren Schritten; derselbe behält sich vor, für den Fall, daß einzelne Superintendenten durch Alter, Krankheit oder sonst aus anderen Gründen verhindert sein sollten, die Einführung der Gemeinde-Kirchenräthe in ihren Diözesen innerhalb der zu stellenden Fristen zu vollenden, ihnen nach Bedürfniß besondere Kommissarien zu diesem Geschäfte an die Seite zu stellen oder zu substituiren. Schließlich lautet die Verfügung: „Die Allerhöchste Ordre vom 27. Februar c. spricht gegen uns die Erwartung aus, daß wir dieser Angelegenheit eine kräftige Förderung angedeihen lassen werden. Wir sind berechtigt, von dem königl. Konsistorium und den Superintendenten der Provinz einen gleich willigen Gehorsam gegen die Allerhöchsten Anordnungen zu verlangen. Demgemäß werden die Superintendenten sich genau und pünktlich an die ihnen zugehende Instruktion zu halten und Schritt für Schritt nach Inhalt derselben zu verfahren haben. Dem königl. Konsistorium aber wird es obliegen, den Fortgang der Sache in sämmtlichen Diözesen sorgfältig zu überwachen und uns von der Lage derselben in ununterbrochener Kenntniß zu erhalten. Wegen der weiteren Maaßnahmen in Beziehung auf die Einrichtung der Kreis-Synoden bleibt nach Erledigung dieser ersten Aufgabe besondere Anregung vorbehalten."

Danzig, 25. März. [**Marine.**] Dem „D. D." zufolge liegt es in der Absicht der Regierung, die königl. Postdampfschiffe mit Marine-Mannschaften zu bemannen, da hierdurch einmal eine bessere Bedienung der Schiffe erzielt wird und zweitens die Offiziere und Mannschaften auf ihrem Elemente beschäftigt und in Uebung erhalten werden. Mit dem zwischen Stettin und Kronstadt fahrenden königlichen Postdampfschiffe „der Adler" soll der Anfang gemacht werden und schweben zwischen der Post- und Marine-Verwaltung hierüber Verhandlungen, da die Erstere der Letzteren die Kosten der Verpflegung der Mannschaften zu erstatten hat. Der Verlust des Postdampfschiffes „Nagler" scheint die Veranlassung zu dieser erfreulichen Einrichtung hervorgerufen zu haben.

Freienwalde a. O., 26. März. [**Oberprediger Melcher.**] Bekanntlich hatte das k. Konsistorium der Provinz Brandenburg aus Veranlassung des von dem Oberprediger Melcher zu Freienwalde a. O. herausgegebenen Buches: „Beiträge zum richtigen Verständniß der Schrift" denselben für die darin aufgestellten, „von der Lehre der Kirche und Schrift abweichenden" Behauptungen zur Verantwortung gezogen. Es wurde demselben anheimgegeben, entweder, wenn er könne, seine Behauptungen in der Weise, wie sie verbreitet waren, zurückzunehmen, oder sein Amt niederzulegen. Der zur Verantwortung Gezogene hat indessen so wenig zu dem Einen wie zu dem Andern sich bereit gefunden, es vielmehr auf die Entscheidung der kirchlichen Provinzialbehörde ankommen lassen. Eine solche ist nunmehr erfolgt, indem über Herrn &c. Melcher gegen Ende verflossener Woche die Suspendirung vom Amte ausgesprochen worden ist. Damit ist indessen die Angelegenheit noch nicht zu Ende geführt, vielmehr ist die Suspendirung nur eine vorläufige Maaßregel, welche ihre Bestätigung nur durch den Ausgang eines gesetzlichen Disziplinar-Verfahrens erhalten kann. (Pr. Z.)

Halle, 24. März. [**Prozeß.**] Am 7. Sept. v. J. hielt der landwirthschaftliche Bauernverein des Saalkreises im Gasthofe zum Sattel eine seiner Versammlungen. Unter den Fragen, welche zur Erörterung gestellt waren, befand sich auch die folgende: „Wie viel Rittergüter sind im Saalkreise vorhanden, und sind in der neuesten Zeit in der Zahl dieser Rittergüter Veränderungen eingetreten?" Auf der Seite, die es nicht gern sieht, daß wirthschaftliche Fragen von solchem Kaliber auf die Vereins-Programme kommen, hatte man Anstoß genommen und dem Bauernvereine vergebliche Weiterungen bereitet. Dahin gehört sogar eine Anklage. Nach mehr als sieben Wochen, am 28. Oktober v. J., zeigte der Rittergutsbesitzer v. Krosigk in Merbitz, als Polizeiinhaber in dem Bezirke, in welchem der Sattel liegt, bei der k. Gerichtskommission in Löbejün an, daß der Bauernverein am 7. Sept. im Gasthofe zum Sattel eine Versammlung gehalten und dabei in der gestellten Frage „über das Verhältniß der Rittergüter zu den Bauerngütern" politische Angelegenheiten, welche „zur innern Verfassung des Staates gehören" sollen, behandelt habe, ohne die vom Gesetze vom 11. März 1850 vorgeschriebene polizeiliche Anzeige gemacht zu haben. Der Uebertretung des Vereinsgesetzes waren angeschuldigt: Amtmann Reinecke aus Büschdorf &c. Am 14. März stand der Termin zur gerichtlichen Verhandlung an. Das Resultat der umfassenden und genauen Verhandlung war Freisprechung aller Angeschuldigten und Niederschlagung der Kosten. (Hall. Z.)

Königsberg, 25. März. [**Anklage gegen einen Landrath.**] Der Landrath des Kreises N. bestrafte einen renitenten Dienstboten polizeilich mit Gefängniß, und zwar mit geringen Unterbrechungen auf die Dauer von 39 Tagen. Die Staatsanwaltschaft hat darin eine strafbare Freiheitsentziehung erblickt und dieserhalb gegen den Landrath Anklage erhoben. Zwar stützt der Angeschuldigte sich auf eine Amtsblatts-Verfügung der Regierung zu Königsberg, nach welcher gegen renitentes Gesinde auch Gefängnißstrafe in Anwendung gebracht werden dürfe; das Gericht aber, welches den Beschluß auf Eröffnung der Untersuchung zu fassen hat, hat jene Regierungs-Verfügung als eine den bestehenden Strafgesetzen zuwiderlaufende bezeichnet und beschlossen, den betreffenden Landrath in Anklagezustand zu versetzen. (N. E. A.)

Schlochau, 25. März. [**Wohlthätigkeit.**] Ihre Majestät die Königin hat wiederum eine Unterstützung von 400 Thalern zum Ankauf und zur Vertheilung von Saatkartoffeln für die Nothleidenden des Schlochauer Kreises Allergnädigst zu bewilligen geruht.

Oestreich. **Wien**, 24. März. [**Die Lage der Schweiz.**] Die bekanntlich ministerielle „Donauzeitung" äußert sich über die jetzige Lage der Schweiz folgendermaßen: „Es scheint, daß man in der Schweiz ganz fest darauf gezählt hat, ein Stück von Savoyen für sich selbst davon zu tragen; um so schmerzlicher ist die Enttäuschung, die sich in Bitterkeiten aller Art Luft macht. Nur in Selbstanklagen nicht, obwohl die Partei, deren Sympathien für Frankreich so feurig waren, den allernächst liegenden Anlaß dazu hätte. Gerade sie ist es, die am ungebärdigsten thut. Karl Vogt ist in Paris und hat nur Schlimmes zu melden; James Fazy, der ebenfalls dort war, ist wieder zurück und bringt nur herabstimmende Nachrichten mit; er hat den Kaiser selbst gesehen, den er „für die Schweiz so schlecht als möglich disponirt" fand. Es ist die alte Geschichte wieder: der Mohr hat seine Dienste gethan, der Mohr kann gehen. Warum hat man sich als Mohr gebrauchen lassen?"

— [**Verhandlungen über die Romagna.**] Die auf die Annexion der Romagna Bezug habenden Verhandlungen wurden in den letzten Tagen mit großem Eifer geführt. Von französischer, wie von östreichischer Seite waren Vorschläge gemacht worden, um eine Verständigung mit der Kurie zu Stande zu bringen und einen offenen Bruch zu verhindern. Alle diese Bemühungen blieben jedoch erfolglos; sie scheiterten an der Erklärung des Papstes, in keine Verhandlungen sich einlassen zu wollen, bevor die Romagna wieder seinem Scepter unterworfen sei. Hier in Wien fürchtet man, daß, sobald die Annexion der Romagna an Sardinien offiziell verkündigt wäre, in den Marken eine revolutionäre Erhebung erfolgen würde, welche der Diplomatie neue Verlegenheiten bereiten müßte. Der letzte Vorschlag, welcher in Bezug auf die Romagna von Frankreich gemacht wurde, handelte von der Einberufung einer Gesandtenkonferenz ad hoc, zugleich sollte der König von Sardinien aufgefordert werden, bis auf Weiteres den Status quo in der Romagna zu respektiren. Inzwischen aber erfolgte die Abstimmung der Bevölkerung, und Kaiser Napoleon zog dem Resultate derselben gegenüber selbst seinen Vorschlag zurück.

Wien, 25. März. [**Diplomatische Pläne.**] Die Nachricht des „Constitutionnel", daß die französische Armee Italien verlassen werde, hat hier einigermaßen befremdet. Man weiß, daß schon seit einiger Zeit Unterhandlungen zwischen Oestreich und Frankreich stattfanden, welche den Zweck hatten, die Räumung Italiens von französischen Truppen zu ermöglichen. Das französische Kabinet stellte die Forderung auf, Oestreich möge die Verpflichtung übernehmen, nicht angreifend vorzugehen und nicht zu interveniren. Aus den Mittheilungen des „Constitutionnel" könnte man also schließen, daß Oestreich in der That die von Frankreich geforderte Verpflichtung übernommen habe. Dies ist aber nicht der Fall. Man hat sich hier zu Nichts verpflichtet und nur ausweichende Antworten gegeben. Ich kann als gewiß melden, daß man hier nicht geneigt ist, seine Rechte auf Toscana aufzugeben, und es ist sicher, daß früher oder später dies die Ursache eines neuen Krieges sein wird. Wenn ich recht unterrichtet bin, wird die östreichische Regierung unmittelbar, nachdem die Annexion vollzogen, ein Memorandum veröffentlichen, in welchem die Rechte des östreichischen Kaiserhauses auf das Großherzogthum auf das Nachdrücklichste gewahrt werden sollen. Es liegt auf der Hand, daß unter solchen Umständen Oestreich die Verpflichtung nicht übernehmen konnte, nichts gegen Sardinien zu unternehmen. Vorläufig wird man sich freilich nur auf die Defensive beschränken, sollte sich aber eine Gelegenheit ergeben, um aggressiv gegen Sardinien vorgehen zu können, so wird man sie gewiß benutzen. (BHZ.)

Verona, 20. März. [**Rüstungen.**] Die hier bekannt gewordene Bewegung piemontesischer Truppen gegen die mittelitalienische Grenze hat auch die Verstärkung der östreichischen Grenzbesatzungstruppen zur Folge gehabt, und es wurden alle Anstalten getroffen, um allen künftigen Eventualitäten gewachsen zu sein. Namentlich wird eine strengere Ueberwachung und stärkere Besetzung der Po-Grenze erfolgen. Es sollen bereits Anstalten getroffen worden sein, daß auf die erste Kunde ein zahlreicher Wasservorpostendienst ins Leben treten könne. Zu diesem Behufe werden von Venedig kleinere Kriegsdampfer und eigens zu diesem Zwecke gebaute leichtere Boote auf den Po gebracht und zu Patrouillirungen und Vorpostendiensten verwendet werden. Ein Kontreadmiral der Kriegsmarine, welcher zu diesem Behufe vor einigen Tagen eine Rekognoszirung des Po vornahm, hat bereits die nöthigen Anordnungen getroffen. (Tr. Z.)

Bayern. **München**, 25. März. [**Pferdeausfuhr.**] Gutem Vernehmen nach, meldet der „Nürnb. Corresp.", haben Bayern und Württemberg die abermalige Erlassung eines Pferdeausfuhrverbotes in Antrag gebracht. (?)

Württemberg. **Stuttgart**, 25. März. [**Die Wuchergesetze.**] Es fällt auf, daß bei Motivirung und Berathung der Aufhebung der Wuchergesetze in Preußen mit keiner Sylbe davon die Rede war, daß alle Zinsbeschränkungen in Württemberg seit 11 Jahren aus Gelegenheit der Einführung der deutschen Wechselordnung gesetzlich aufgehoben sind und daß sich seither nicht *eine* Stimme für deren Wiedereinführung erhob. (F. J.)

Baden. **Karlsruhe**, 23. März. [**Bundesgericht.**] Für die gestrige Sitzung der Ersten Kammer war eine Interpellation Mohls bezüglich des neu zu errichtenden Bundesgerichts angekündigt. Ein Beschluß wurde dabei nicht gefaßt, wohl aber neben den Bedenken gegen die einseitige Zusammensetzung desselben Seitens der Regierungen, gegen die etwaige Entscheidung der Kompetenzfragen durch die Bundesversammlung, noch besonders der Sitz des Gerichtes in Frankfurt wegen etwa möglicher Einwirkungen als ungeeignet bezeichnet. (Fr. Z.)

Karlsruhe, 24. März. [**Aus der Kammer.**] In der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer zeigte das Präsidium an, daß der Abgeordnete Bissing (von dem der Minoritätsantrag der Konkordatskommission herrührt) sein Mandat niedergelegt habe. Am Schlusse der Sitzung setzte der Präsident Junghanns die öffentliche Verhandlung über das Konkordat in der Zweiten Kammer auf den 29. d. Vormittags fest.

Freiburg, 25. März. [**Preßprozeß.**] Wie die hiesige „Fr. Z." meldet, hat der Staatsanwalt am hiesigen Hofgericht gegen den Prof. Alban Stolz wegen der in seiner aus Anlaß des Konkordatsstreits verfaßten Broschüre: Der Schmerzensschrei im Durlacher Rathhaus, enthaltenen „aufreizenden Aeußerungen gegen die Staatsbehörden, insbesondere der Landstände", auf den Grund des §. 631 a des Strafgesetzes Anklage erhoben und eine längere Gefängnißstrafe gegen denselben beantragt.

Hamburg, 23. März. [**Gesetzvorlagen.**] Wichtig ist es, daß die Bürgerschaft vorgestern in einer Reihe von Gesetzvorlagen von ihrer Initiative den ersten Gebrauch machte, so in Betreff der bestehenden Beschränkungen der Testirfreiheit (sie soll hier den allerwunderlichsten Einschränkungen unterliegen), ferner in Betreff der gesetzlich noch bestehenden Wuchergesetze und was dazu gehört, der Einführung der fakultativen Civilehe und der Civilstandsregister und der Abschaffung der Todesstrafe. Bei der Debatte über den vorletzten Gegenstand kam es zur Sprache, daß seit der gewaltsamen Auflösung der hiesigen freien Gemeinde deren Zustände, trotz wiederholter Eingaben beim Senat, in ihren inneren Angelegenheiten so wenig geordnet worden waren, daß seitdem über 100 Kinder zur Welt gekommen sind, die keiner der anerkannten Religionsgesellschaften angehören. Die Erwähnung dieses Zustandes hat denn auch offenbar gegen das Gutachten des Bürgerausschusses die sofortige Inbetrachtnahme des Antrags zur Folge gehabt. (B. Z.)

Hessen. **Kassel**, 25. März. [**Verurtheilung.**] Die mit Beschlag belegte Nr. 112 der „Neuen Hess. Morgenz." ist durch Regierungsausspruch zur Vernichtung verurtheilt worden, weil darin „durch die Form der Darstellung sich kundgebende strafbare Angriffe gegen die Anordnungen der Obrigkeit" enthalten seien.

Holstein. **Rendsburg**, 23. März. [**Hr. v. Willisen und die preußische Armeereform.**] Ueberrascht hat es hier gewissermaßen, unter den Stimmen, welche sich über die dem preußischen Landtage hinsichtlich der Armeereform gemachten Vorlagen öffentlich haben hören lassen, auch diejenige des ehemaligen kommandirenden Generals der schleswig-holsteinischen Armee zu vernehmen. Ueberrascht hat es hier deswegen, weil man allgemein annahm, daß bei Herrn Willisen nach den Resultaten, welche er bei uns zu Lande erzielt hat, einige Zweifel aufgestiegen sein würden rücksichtlich seiner praktischen Befähigung. Diese Annahme war ein Irrthum, wir finden Herrn v. Willisen abermals auf dem Felde des Experimentirens thätig, und diesmal in seinem eigenen Vaterlande. Es ist überflüssig, näher auf die Vorschläge des Hrn. v. Willisen in Betreff der neuen preußischen Heeresbildung einzugehen, dieselben sind bereits mehrfach gewürdig worden; was ein allgemeines Interesse hat, ist das, daß Hr. v. Willisen sich durch gar keine Erfahrungen hat belehren lassen, von der, wie es scheint, ihm angeborenen Sucht zu experimentiren abzugehen. Unbedenklich schien es Herrn v. Willisen, Angesichts des in Waffen dastehenden Feindes die schleswig-holsteinische Armee aus allen Banden und Fugen zu reißen, um sie nach neuen Theorien umzubilden, welche sich erst bewahrheiten sollten, während die Armee in ein System gebracht war, unter welchem sie schon Siege erfochten hatte; mit derselben Unbedenklichkeit verfährt Herr v. Willisen mit der preußischen Armee, unbekümmert um faktische Zustände und politische Eventualitäten. In gewisser Beziehung sind die Vorschläge des Herrn v. Willisen, welche er in Betreff der den preußischen Kammern gemachten Militärvorlage hat erscheinen lassen, dazu angethan, manches zu harte Urtheil über ihn in den Herzogthümern zu mildern und auf das richtige Maaß zurückzuführen, denn sie zeigen, daß nicht Mangel an gutem Willen die Ursache seiner und des Landes Unfälle waren, sondern die unbezwingbare Lust, etwas ganz Neues ans Tageslicht zu fördern, zu experimentiren in der abstraktesten Form. Hoffentlich werden sich die preußischen Kammern vor dem Gefährlichen, das in den Vorschlägen des Herrn v. Willisen liegt, zu hüten wissen; die Erfahrungen, welche wir hier bei uns gemacht haben, könnten auch Preußen zu Gute kommen. (H. N.)

Großbritannien und Irland.

London, 24. März. [**Die Annexion Savoyens und die „Times".**] Sir Robert Peel veröffentlicht, um den offiziellen und offiziösen Behauptungen der französischen Blätter über die freiwillige Zustimmung der Bewohner Savoyens und Nizza's zu der ihnen zugemutheten Einverleibung in Frankreich entgegenzutreten, in der „Times" eine Zuschrift, die er von dem Nationalausschusse in Nizza erhalten hat, und welche ganz das Gegentheil einer freiwilligen Zustimmung ist. Er bemerkt dabei, daß ihm in den letzten Tagen viele ähnliche Erklärungen zugesandt worden seien. Die „Times" beschäftigt sich heute mit den Thouvenelschen Depeschen und verarbeitet den französischen Minister des Auswärtigen in unbarmherziger Weise, während sie mit seinem Herrn etwas glimpflicher umgeht. Gegen letzteren, meint sie, habe das englische Volk eine gewisse Nachsicht gehabt, ja, an der außerordenlichen Geschicklichkeit, mit der er seinen Plan durchgesetzt, eine Art Freude gehabt, ungefähr wie man sich über die Schelmenstreiche Scapin's und Figaro's freue. „Kein Mensch", sagt die „Times", „hat es je gewagt, gegen den Kaiser der Franzosen seine edlen und hochherzigen Betheuerungen der Uneigennützigkeit im Ernste anzuführen. Kein Engländer, der irgendwie Anspruch darauf macht, für einen gescheidten Kerl zu gelten, wird seinen Landsleuten gegenüber gestehen, er habe auch nur einen Augenblick jenen schönen französischen Proklamationen geglaubt, und wenn er nicht zugiebt, daß er ihnen geglaubt hat, so kann er sich auch nicht beklagen, daß er durch sie hintergangen worden ist. Ja, wenn Napoleon III. Italien bis zur Adria seinem Versprechen gemäß befreit und sich dann ruhig in seine Grenzen zurückgezogen hätte, wie er gleichfalls versprochen hatte, so würde das englische Publikum sich — wir müssen das Wort aussprechen — enttäuscht gefühlt haben. Jedermann unter uns würde gefühlt haben, daß er von seinem Scharfsinne im Stiche gelassen worden sei. Louis Napoleon hat ganz so gehandelt, wie wir es von ihm erwartet hatten, und wir alle können jetzt sagen: „Das ließ sich voraussehen." „Das sieht ihm ganz ähnlich." Wir können über das Possenspiel lachen, das er mit den kleinen Savoyarden spielt und wir können ihm Glück dazu wünschen, daß er Nizza einverleibt und Garibaldi zu einem Franzosen gemacht hat. Aber keine angeborene Duldsamkeit gegen Schelmenstreiche kann uns in guter Laune über die trübselige Unverschämtheit des Herrn Thouvenel hinweg helfen. Wir dürfen vielleicht in einem diplomatischen Aktenstücke nicht die volle Wahrheit erwarten; auf der anderen Seite aber nehmen wir es auch nicht wie eine Münchhauseniade in die Hand." Was die savoyische Deputation angeht, so sagt die „Times": „Wo mag der Kaiser diese Leute wohl aufgelesen haben? Jedenfalls hat er Geschöpfe gesucht, in welchen die menschliche Niederträchtigkeit die höchste Stufe der Entwicklung erreicht hat, und er hat sie gefunden. Wenn wir jene Uebelkeit erregenden Adressen lesen, so thut es uns leid, daß

wir gegen die armen savoyischen Leierkastenjungen geschrieben haben. Sogar ihre weißen Mäuse haben mehr Herz und Gemüth, als diese savoyischen Sykophanten."

— [Vom Hofe.] Vorgestern stattete der Herzog von Montpensier der Königin einen Besuch ab. Heute hat die Königin ein zahlreich besuchtes Drawing Room (Hofversammlung) abgehalten. Der Prinz Gemahl hat zu dem Denkmal, das als Erinnerung an die große Industrie-Ausstellung in der Nähe vom Hydepark errichtet werden soll, 250 Pfd. beigesteuert. Vorher hatte er es durchgesetzt, daß weder seine Büste noch seine Statue einen Theil des Denkmals bilde. Der Prinz von Wales wird (wie telegraphisch bereits gemeldet) während der Osterfeiertage zum Besuch seiner hohen Verwandten nach Koburg reisen. Im Laufe der vergangenen Woche war der Prinz, der mit einigen Begleitern von der Jagd heimritt, durch einen Pächter in der Nähe von Oxford, über dessen Feld er unerlaubter Weise geritten war, angehalten und, obwohl er seinen Stand angab, doch nicht eher aus dem Pachthofe freigelassen worden, bis er ein Pfund Sterling Strafe zahlte. — Für übermorgen ist eine Geheimeraths-Versammlung einberufen, in welcher die Königin den Vorsitz führen wird. Gestern empfing Ihre Majestät den holländischen Gesandten und Lord John Russell in besonderen Audienzen.

— [Tagesbericht.] Der Herzog von Montpensier hat gestern wieder der Königin einen Besuch abgestattet. — Der preuß. Transportdampfer „Elbe" ist am Mittwoch von Spithead nach Southampton hinüber gefahren, um sich zu verproviantiren und die nächste Woche die Fahrt nach Japan anzutreten. Die „Arcona" wird ihm bald folgen können. Heute Mittags läuft das Linienschiff „Frederick William", wenn das Wetter es erlaubt, vom Stapel. Die Gräfin Bernstorff, Gemahlin des preußischen Gesandten, wird die Taufcerimonie vollziehen.

— [Parlament.] In der Oberhaussitzung am 22. d. zeigte der Herzog von Newcastle als Antwort auf eine Frage des Earl von Derby an, er werde am Dienstag, 3. April, den Antrag stellen, daß das Haus sich bis zum 17. April vertage. Ein Antrag Lord Teynham's auf zweite Lesung einer Bill, welche den Zweck hat, Dissenters der Verpflichtung zu entheben, bei Uebernahme eines Amtes gewisse Erklärungen zu unterzeichnen, wurde mit 44 gegen 21 Stimmen verworfen.

Im Unterhause ersuchte Lord J. Russell den Abgeordneten für Finsbury (T. Duncombe), seinen auf Neapel bezüglichen Antrag zu verschieben, weil es wünschenswerth sei, daß zuvor gewisse dringende Geschäfte, die auf der Tagesordnung ständen, erledigt würden. Duncombe bemerkte, es sei ihm sehr darum zu thun, daß das Haus seine Meinung über den beklagenswerthen Zustand abgebe, in welchem sich das neapolitanische Volk gegenwärtig befände (Hört! hört! von Seiten der Opposition), namentlich in Bezug auf das Benehmen des jetzigen Königs jenes Landes; da jedoch manche auf Handel und Reform bezügliche Fragen augenblicklich die Aufmerksamkeit des Hauses erheischten, so willige er darein, seinen Antrag bis nach Ostern zu verschieben. Er hoffe, der edle Lord, der Staatssekretär des Auswärtigen, werde in seinen löblichen Bemühungen, dem gegenwärtigen, höchst schmählichen Zustande der Dinge in Neapel ein Ende zu machen, nicht nachlassen. Kinglake verschiebt seinen, die Einverleibung Savoyens und Nizza's betreffenden Antrag auf Montag, da er gehört habe, daß gewisse Umstände obwalteten, welche die Diskussion am heutigen Abend als nicht rathsam erscheinen ließen. Die Debatte über die Reformbill wurde hierauf wieder aufgenommen. Stansfeld meint, was die Ausdehnung des Stimmrechts angehe, so erfülle die Bill die Verheißungen der Regierung und entspreche den Erwartungen des Landes, wenn sie auch den Wünschen desselben nicht genüge. Was aber die Entziehung des Stimmrechts anbelange, so gehe sie so weit, wie das Haus der Gemeinen gegenwärtig zu gehen bereit sei. Durch diese praktischen Gründe fühle er sich bewogen, der Bill seine herzliche Unterstützung zu leihen. Auf den Einwand, daß sie der Macht des Arbeiterstandes ein ungehöriges Uebergewicht verleihe, gebe er nichts, und eben so wenig vermöge er die Ansicht derer zu theilen, welche behaupteten, das Land sei gleichgültig gegen die Frage. Sir J. Pakington bezeichnete die Bill als ein elendes Machwerk, und daß die Regierung mit einem so kümmerlichen, magern Gesetzentwurf hervorgetreten sei, lasse sich nur daraus erklären, daß derselbe die Urheberschaft einem in sich uneinigen Kabinet verdanke, und in eine Zeit falle, wo die Aufmerksamkeit zwischen inneren und auswärtigen Angelegenheiten getheilt sei. Er habe von Lord J. Russell eine seines Namens würdige staatsmännische Maaßregel erwartet, die auf allgemeine Unterstützung hätte rechnen können. Die Wirkung der Bill aber werde darin bestehen, daß Vermögen und Intelligenz des Landes durch die Macht der bloßen Kopfzahl in den Hintergrund gedrängt würden und die Volksvertretung in die Hände einer einzigen Klasse gerathe, und zwar einer Klasse, die am wenigsten befähigt sei, dieses Monopol der Gewalt auszuüben. Man möge sich die Vereinigten Staaten von Amerika als warnendes Beispiel dienen lassen in Bezug auf die traurigen Folgen, welche eine solche Uebertragung des Einflusses auf den am meisten demokratischen Theil des Volkes habe. Gegen eine Ausdehnung des Stimmrechts im Allgemeinen habe er durchaus nichts einzuwenden. Auch werde er nicht gegen die zweite Lesung stimmen, da er hoffe, daß der gesunde Sinn des Hauses dem Uebel im Komité abhelfen werde. Sir G. Grey sagt, der Einwand, daß die Kopfzahl den Sieg über Vermögen und Intelligenz des Landes davontragen würde, beruhe auf einer müßigen Voraussetzung und stütze sich auf gar keinen Beweis. Niemals habe es, wenn man den gegenwärtigen ruhigen und gedeihlichen Zustand England in Betracht ziehe, eine Zeit gegeben, die besser zur ruhigen Erwägung einer derartigen Maaßregel geeignet gewesen wäre. Adderley schiebt Herrn Bright die Verantwortlichkeit für die Bill zu und meint, wenn man, wie es den Anschein habe, aufs allgemeine Stimmrecht hinaus wolle, so würde man besser daran gethan haben, dies gleich offen herauszusagen. Die Folge der Bill werde die sein, daß eine unzufriedene Volksklasse, die nichts zu verlieren habe und ein Spielball in den Händen von Demagogen werde, das Stimmrecht erhalte. Auch sei es eine gefährliche Neuerung, volkreichen Städten eine zu große Anzahl von Vertretern zu geben. Massey hält die Verleihung des Stimmrechts an den Arbeiterstand nach Allem, was er von diesem Stande weiß, für ungefährlich, glaubt aber nicht, daß die Bill die Frage der parlamentarischen Reform definitiv lösen werde. Baines bemerkte, die arbeitenden Klassen seien keineswegs so gleichartig, wie das von den Gegnern der Bill behauptet werde, und lasse sich bei ihnen ein gemeinsam verabredetes Handeln zu politischen Zwecken und ein überwiegender Einfluß nicht voraussetzen. Whiteside hat sich vergebens bemüht, darüber ins Klare zu kommen, weshalb denn eigentlich eine solche Maaßregel für nothwendig erachtet worden sei. Es gelte in England der verfassungsmäßige Grundsatz, das Stimmrecht nur dem zu verleihen, der dazu politisch befähigt sei. Daß aber die Klassen, auf welche die Bill es ausdehnen wolle, die erforderliche politische Befähigung besäßen, dafür liege kein Beweis vor. Dagegen besäßen sie eine große Begabung für die politische Organisation, wie das die letzte Arbeitseinstellung dargethan habe, und könnten deshalb von einer gut organisirten Minderheit als gefährliches Werkzeug gehandhabt werden. Die Urheber der Bill würden im Interesse ihres Rufes handeln, wenn sie den Census höher feststellten, als in der Gesetzvorlage der Fall sei. Auf Antrag James' wurde die Debatte bis Montag vertagt.

— [Parlament.] Die gestrigen Oberhaus- und Unterhausverhandlungen sind ihrem wesentlichen Inhalte nach schon telegraphisch in Nr. 73 mitgetheilt. Das Weitere ist nicht von sonderlichem Interesse für das Ausland.

— [Preßstimmen über Savoyen.] Der „Morning-Advertiser" macht bei der hier schon bekannten Antwort des Kaisers Napoleon auf die Adresse der savoyischen Deputation auf die vielfachen französischen Stimmen (wie About, Petetin und Andere) aufmerksam, die sich, wie das Blatt sagt, jetzt schon nach Belgien und dem Rhein „heiser schreien". In „Daily News" findet sich ein auf jene Antwort bezüglicher Leitartikel, in welchem es heißt:

„Wir müssen annehmen, daß Louis Napoleon seine Hörer nur wegen ihrer anomalen Stellung als Unterthanen eines anderen Monarchen beruhigen wollte, als er ihnen eröffnete, daß die Annexion Savoyens und Nizza's beschlossen sei, denn zu anderen Zwecken war die Versicherung ganz überflüssig. Es wäre gut gewesen, wenn er seine Rede bei diesem Punkt geschlossen hätte. Nachdem die gewaltsame Gebietsveränderung einmal beschlossen und die Zustimmung Piemonts, gleichviel durch welche Mittel, erlangt ist, hätte der Kaiser sich Anstands halber der Behauptung, daß die Bewohner Savoyens und Nizza's zustimmen, enthalten können. Es ist ja weltkundig, daß er nichts ungethan ließ, um den armen Leuten die Macht zu rauben, sich in ihrer eigenen Sache Gehör zu verschaffen. Die piemontesische Regierung hoffte einen Moment lang die Abtretung Savoyens und Nizza's durch eine Berufung an das Volk rechtfertigen zu können, und es ist wohlbekannt, daß die Anzeige dieser Absicht in Graf Cavours Rundschreiben dem Turiner Kabinet eine Kundgebung kaiserlichen Mißfallens zuzog. Herrn Thouvenels Depesche, mit der Andeutung, „daß der Kaiser die savoyische Frage durch einfache Abtretung gelöst sehen wolle", ist zu neuen Datums, um vergessen zu sein. Der Kaiser hatte guten Grund, eine Befragung der Einwohner von Savoyen oder Nizza zu fürchten. Anfangs Februar ging eine „Erklärung" in den Städten, Dörfern und Weilern von Faucigny, Chablais und Genevois um, deren Unterzeichner den lebhaftesten Wunsch aussprachen, bei Sardinien zu bleiben oder, wenn Staatsrücksichten dies unmöglich machen sollten, sich dem Schweizerbund anzuschließen. Nichts konnte gemäßigter als diese Petition sein. Sie war auch keineswegs das Werk einer Partei, sondern ging ohne auswärtiges Zuthun von nationalgesinnten Savoyarden aus. Die schweizer Regierung enthielt sich sorgfältig jedes Antheils an der Bewegung. Die schweizer Presse beschränkte sich auf eine Sympathie-Bezeigung. Bis zum 13. d. M. war die Zahl der Unterzeichner der Erklärung auf 10,317 gestiegen. Es ist dies nicht das erste Mal, daß Nord-Savoyen mit der Schweiz vereinigt zu werden verlangte. Auf dem westfälischen Kongreß, im Jahre 1648, machte es zuerst den Vorschlag. Es erneute ihn 1713 und in Aachen 1748; und 1814 endlich begaben sich zwei savoyische Magistratspersonen nach Zürich und baten im Namen der drei Provinzen, die durch 577 Unterschriften (beinahe die Gesammtheit der Wähler der damaligen Periode) vertreten waren, um die Aufnahme als 20. Kanton der schweizer Eidgenossenschaft. Sowohl ihre politischen wie ihre nationalen Interessen weisen sie auf diese Vereinigung hin. Als Schweizer-Kanton würde Savoyen ein besonderer Staat mit seinen eigenen Gesetzen und seiner eigenen Regierung bleiben. Indem sie Schweizer würden, hätten die Savoyarden den vollen Antheil an jener kostbaren und ehrenhaften Neutralität, um welche die Schweiz von so manchem Staate zweiten Ranges beneidet wird. Mit dem Bundesbanner würde volle Freiheit des Gedankens, der Rede, der Presse, des Handels und der Industrie in die entlegensten Thäler einziehen. Wer wird leugnen, daß diese Aussicht ebensoviel werth ist, wie das unfruchtbare Vergnügen, das 87. Departement eines militärischen Kaiserreichs zu werden? Werfen wir jetzt einen Blick auf die materiellen Vortheile. Man hat ausgerechnet, daß die von der Zentralregierung erhobenen Steuern in Sardinien 26, in Frankreich 38 Shilling auf den Kopf betragen. In der Schweiz betragen sie nur 6 Shilling auf den Kopf für die Bundes- und 15 Shilling für die Kantonal-Regierung. Die französische Staatsschuld beträgt 11 Pfd. St. auf den Kopf; von der sardinischen kamen vor dem Kriege 6 Pfd. 8 Shilling auf den Kopf. Die Schweiz hat keine Staatsschuld. Die „Blutsteuer" oder Konskription existirt in Savoyen wie in Frankreich und hält an 2000 junge Männer aus Chablais und Faucigny unter den Waffen und in der Fremde. In der Schweiz kennt man keine stehende Armee, nur eine Miliz. Der französische Kaiser deutet an, daß er aus Freundschaft für die Schweiz an eine Abtretung jener Bezirke gedacht habe. Er, nicht der König von Sardinien und Herzog von Savoyen, sondern er hätte die Abtretung beinahe — versprochen; aber die Savoyarden zwangen ihn, sich Gewalt anzuthun und den Gedanken aufzugeben! Der Eigenwille von Leuten, die so ohne Federlesens von Frankreich verschlungen werden, als wären sie die Schafe, die auf den französischen Alpenabhängen weiden, wird für die Verletzung der schweizer Rechte verantwortlich gemacht! Louis Napoleon bildet sich vielleicht ein, daß er die Leichtgläubigkeit der Menschen ausbeutet; aber er stellt nur die Geduld der Welt auf die Probe, ein Experiment, das oft angestellt wurde und auf die Länge nie gelungen ist."

Frankreich.

Paris, 22. März. [Französische Depesche an die europäischen Mächte.] Der „Moniteur" veröffentlicht folgende, schon telegraphisch in Nr. 70 erwähnte, vom 13. d. datirte Depesche, die der französische Minister des Auswärtigen, Hr. Thouvenel, an die Vertreter des Kaisers bei den Höfen, welche Unterzeichner der Wiener Schlußakte sind, gerichtet hat:

„Mein Herr! Der Kaiser hat in seiner Rede an die großen Staatskörperschaften bei Eröffnung der gesetzgebenden Session seine Ansicht in Voraussicht einer beträchtlichen Gebietsveränderung jenseit der Alpen kundgethan und die Absicht ausgesprochen, der Weisheit und Billigkeit Europa's eine Frage vorzulegen, welche nicht von Frankreichs Ehrgeiz zur Sprache gebracht, sondern gewissermaßen von den Ereignissen selbst gestellt worden ist. Seine Majestät hat den Ausspruch gethan, daß der Augenblick zur Erfüllung dieser Verpflichtung gekommen sei, und ich beeile mich, seinen Befehlen gemäß, Sie in Stand zu setzen, unsere Erörterungen dem Kabinete von . . . zu unterbreiten. Feierliche, aus freien Stücken in Folge eines durch unsere Waffen glücklich vollführten Feldzuges unterzeichnete Aktenstücke haben aufs Unverbrüchlichste festgestellt, daß wir keine Gebietsvergrößerung bezweckten, als die Macht der Verhältnisse uns dahin führte, uns in die italienischen Angelegenheiten zu mischen. Wenn die kaiserliche Regierung in Hypothesen, wobei die Uneigennützigkeit nicht ganz die Klugheit beseitigen durfte, eine solche Lage vorherzusehen vermochte, die der jetzt vorliegenden entsprechend war, so schmeichelt sie sich, daß sie dieselbe nicht nur nicht herbeizuführen gesucht, sondern sich im Gegentheil bemüht habe, die geeignetsten Bahnen zur Beseitigung derselben für die Zukunft eingeschlagen zu haben. Die Züricher Friedensbedingungen, wie die von Villafranca schlossen dieselbe vollständig aus. Obwohl der Besitz der Lombardei Piemont an den Alpen mächtiger machte, so geboten wir ohne Zaudern unserm eignen Vortheile Schweigen, und weit entfernt, die Entwicklung eines Standes der Dinge, der uns gerechte und dringende Gründe zur Forderung von Bürgschaften bieten konnte, zu begünstigen, wandten wir, wie Europa weiß, unsern ganzen Einfluß an, um die Bestimmungen der Verträge ihrem strengen Wortlaute nach auszuführen, welche die Beibehaltung der Gebietseintheilungen in Mittelitalien aussprachen. Ich brauche heute nicht auf die Verhältnisse, welche unsere Bemühungen zu keinem Erfolge gelangen ließen, zurückzukommen. Es ist dies ein Punkt, den ich in meinen früheren Mittheilungen beleuchtet habe, und es genügt deshalb, daran zu erinnern, daß die Nothwendigkeit uns vor allen Stücken und im allgemeinen Interesse mit der Herstellung einer endgültigen Ordnung der Dinge auf der Halbinsel zu beschäftigen, einzig und allein uns bewegen konnte, in Lösungen, die von derjenigen, welche wir ohne Erfolg durchzusetzen gesucht, verschieden sind, die Mittel zur Austragung der schwebenden Fragen zu suchen. Eine neue Situation drängte sich seitdem unserer Voraussicht auf, und ohne mit der Politik, welche unverbrüchlich die Handlungen, sowie die Sprache des Kaisers beseelt hat, in Widerspruch zu treten, hatten wir dessenungeachtet den Schaden im Auge zu behalten, den neue Anordnungen in Italien unseren eigenen Interessen zuzufügen fähig wären. Es ist unstreitbar, daß die Bildung eines bedeutenden Staates, der die beiden Abhänge der Alpen zugleich besitzt, ein Ereigniß von hoher Bedeutung, vom Standpunkte der Sicherheit unserer Grenzen betrachtet, ist. Die geographische Lage Sardiniens erlangt eine Wichtigkeit, die es nicht haben konnte, als dieses Königreich kaum vier Millionen Seelen zählte und sich durch das Zusammenwirken von Verträgen gewissermaßen von der Halbinsel abgestoßen sah. Bei einer Vergrößerung, wodurch seine Bevölkerung und seine Hülfsquellen fast verdreifacht werden, würde der Besitz sämmtlicher Alpenpässe ihm gestatten, falls es in Folge seiner Bündnisse unser Gegner geworden, einem fremden Heere Zugang auf unser Gebiet zu verschaffen oder mit seinen eigenen Streitkräften die Sicherheit eines wichtigen Theiles des Reiches durch Unterbrechung unserer militärischen und kommerziellen Haupverkehrslinie zu stören. Bürgschaften gegen eine Eventualität zu verlangen, deren Verfallzeit, wenn wir auch ohne Zweifel berechtigt sind, dieselbe noch so fern zu glauben, keineswegs die Gefahr verringert, heißt bloß, den berechtigten Erwägungen, sowie den gewöhnlichen Vorgängen der internationalen Politik, welche zu keiner Zeit Dankbarkeit und Gefühle zur einzigen Grundlage der Beziehungen zwischen Staaten genommen hat, Rechnung tragen.

Sind jedoch diese Bürgschaften geeignet, irgend welcher Macht Nachtheil zu bringen? Sind sie nicht im Gegentheil in den Bedingungen einer gerechten Abwägung der Machtverhältnisse und hauptsächlich durch die Natur der Dinge, die unser Vertheidigungssystem an den westlichen Abhang der Alpen gestellt hat, geboten? In verschiedenen Perioden der Geschichte seit zwei Jahrhunderten, namentlich als es sich um eventuelle Regulirung der spanischen Erbfolge handelte, sowie späterhin, als die östreichische Erbfolge zur Sprache kam, ist über Lösungen verhandelt worden, wonach Piemonts Besitzungen in Italien vergrößert und demselben entweder die Lombardei oder andere Grenzgebiete zugetheilt werden sollten. Bei diesen Vorschlägen, die bei Weitem nicht so umfassend waren, als der jetzt in Rede stehende, ward stets die Einverleibung Savoyens und der Grafschaft Nizza von mehreren europäischen Großmächten als eine nothwendige Gegenentschädigung für Frankreich betrachtet. Fest überzeugt, daß meine Ansicht keine Veranlassung zu falschen Auslegungen geben könnte, trage ich durchaus kein Bedenken, einen Präzedenzfall jüngeren Datums anzuführen. Soll es nicht erlaubt sein, auch der Geschichte unsers Jahrhunderts Lehren zu entnehmen, ohne peinliche Erinnerungen, von denen die jetzigen Generationen nichts wissen wollen, heraufzubeschwören? Ich erinnere daran, daß Europa in einer Zeit, wo es wenig geneigt war, Mäßigung gegen Frankreich zu üben, auf der Alpenseite die Erfordernisse unserer geographischen Lage anerkannte und es einstimmig als billig erachtete, daß uns ein Theil des Gebietes gelassen werde, der jetzt zu unserer Sicherheit noch ungleich unerläßlicher geworden ist. Nur unter dem Eindrucke der Ereignisse des folgenden Jahres wurde die Klausel für nichtig erklärt. Der Kaiser hat bei seiner Gelangung zum Thron aus freiem Antriebe erklärt, er werde in seinen Beziehungen mit Europa die Achtung der von den früheren Regierungen abgeschlossenen Verträge sich zur Richtschnur nehmen, und diesem Grundsatze treu zu bleiben, hat der Kaiser sich stets zum Gesetze gemacht. Es wird jedoch der exzeptionelle Charakter der Verhältnisse nicht verkannt werden können, durch die wir bewogen werden, zu verlangen, daß an der Grenzbestimmung, die an letzter Stelle zwischen Frankreich und Sardinien festgesetzt wurde, eine Veränderung vorgenommen werden möge. Das Kriegsergebniß hat durch Abtretung der Lombardei an Piemont in den Gebietsverhältnissen Italiens zuerst eine Veränderung herbeigeführt. Die Einverleibung anderer Staaten in dieses Königreich stellt eine neue Veränderung zu Tage, deren Folgen für uns eine besondere Wichtigkeit haben, und es handelt sich nicht darum, uns der bei jeder Gelegenheit von der kaiserlichen Regierung bewiesenen Achtung vor den bestehenden Verträgen zu entschlagen, sondern nur zu verlangen, daß dieselben in Wirklichkeit nicht zu unserm Nachtheile verändert werden. Darf ich in einer Mittheilung, die vor allen Dingen an den guten Glauben der Kabinette gerichtet ist und Zeugniß von demjenigen ablegt, wovon die kaiserliche Regierung beseelt ist, Anstand nehmen, es auszusprechen, daß man dieses Land zum Hüter der Alpen hatte einsetzen wollen, damit es die nach Frankreich offen stehenden Päße in Händen hätte? Wie beklagenswerth auch diese Lage war, so haben wir uns in loyaler Weise während eines halben Jahrhunderts darein gefügt; noch mehr, wir nehmen dieselbe auch heute noch bei der Rückkehr von dem italienischen Feldzuge an, der uns leicht hätte Gelegenheit zur Veränderung derselben bieten können; aber dürfen wir gestatten, daß die Bedingungen, die wir gewissenhaft geachtet haben, um in unsere internationalen Beziehungen keine Verwirrung zu bringen, erschwert werden, und kann Europa es gerecht finden, daß zu dem Gewichte, womit dieselben auf uns lasteten, noch dasjenige eines Staates hinzugefügt werde, dessen Macht im Laufe eines Jahres sich verdreifachte? Indem wir die Abänderung der Verträge in diesem Punkte veranlassen, begnügen wir uns in gewisser Beziehung, zu fordern, daß eine ihrer Stipulationen nicht über den Willen der Mächte selbst hinaus, welche dieselben unterzeichnet haben, eine größere Tragweite und einen noch unvortheilhafteren Sinn erhalte. Ich will sogleich hinzufügen, daß die kaiserliche Regierung die Bürgschaften, die sie in Anspruch nimmt, nur von der freien Einwilligung des Königs von Sardinien und der Bevölkerungen erhalten will. Die Abtretung, welche ihr gemacht werden wird, schließt daher alle Gewaltsamkeit wie jeden Zwang aus; unsere bestimmte Absicht ist unter Anderm, dieselbe in Betreff der einer eventuellen Neutralität unterworfenen Gebietstheile Savoyens so einzurichten, daß kein erlangtes Recht verletzt werde und keinem wohlbegründeten Interesse Abbruch geschehe.

Da die Abtretung Savoyens und der Grafschaft Nizza im Einklange mit unseren Konvenienzen, wie mit dem Willen des Königs von Sardinien, und ohne Benachtheiligung der allgemeinen europäischen Interessen steht, so führt sie zu keinen Fragen, die mit den bestbegründeten und strengsten Gesetzen des Völkerrechts unverträglich wären. Wenn der Charakter, die Sprache und Gewohnheiten der Völker, die Frankreich einverleibt zu werden bestimmt sind, die Gewißheit geben, daß die Abtretung nicht gegen ihre Gefühle verstößt; wenn wir der Ansicht sind, daß die Gestaltung des Bodens ihre Handels- wie ihre politischen Interessen mit den unsrigen vermischt hat; wenn wir endlich bemerken, daß die Alpen die Grenzscheide bilden, welche auf ewige Zeiten Frankreich von Italien trennen soll: so erübrigt uns schließlich nur noch, den Schluß daraus abzuleiten, daß die zwischen Piemont und uns herzustellende neue Grenzbestimmung in der Macht der Verhältnisse selber ihre Bestätigung findet. Nicht im Namen von Nationalitäts-Ideen, auch nicht als natürliche Grenzen erstreben wir die Einverleibung Savoyens und Nizza's in unser Gebiet, sondern einzig und allein als Bürgschaft und unter Verhältnissen, wie sie sich voraussichtlich wohl nicht wiederholen werden. Mit einem Worte: wie uns jedes Streben nach Vergrößerung und noch mehr jeder Gedanke an Eroberung fremd, so ist unser Angenmerk bloß darauf gerichtet, im Namen der Grundprinzipien des Völkerrechts zu bewirken, daß die Verträge für uns nicht noch schwerer auf einem Punkte werden, wo dieselben unter Abneigungen zu Stande gekommen waren, die, wie ich hoffe, die Zeit verwischt hat, und daß unsre Grenze zur Sicherheit gegen Gefahren, die Piemonts Vergrößerung in Zukunft für uns herbeiführen kann, mittelst einer Verständigung mit dem Könige von Sardinien gemäß den Bedürfnissen der gemeinschaftlichen Vertheidigung festgestellt werde. Die kaiserliche Regierung ist voll von Vertrauen auf das Gewicht der Gründe, die sie geltend gemacht hat, in Verhandlungen mit dem Turiner Kabinet über diese wichtige Frage getreten. Sie wissen, in welchen Ausdrücken wir ihm Eröffnungen gemacht haben. Desgleichen kennen Sie die Antwort desselben, und Sie werden bemerkt haben, daß es die Vorstellungen, die wir ihm vorgelegt haben, gutgeheißen hat und sich um den Preis eines freiwilligen Opfers bereit erklärt, denselben die nöthige Folge zu leisten. Ich glaube hoffen zu dürfen, daß die Gründe der Nothwendigkeit und des Rechtes, die unser Verfahren bestimmten, von der . . . Regierung um so mehr werden mit dem Gefühle der Billigkeit, von dem sie beseelt ist, wie mit dem Geiste der Freundschaft, der ihre Beziehungen zu Frankreich leitet, aufgenommen werden. Dieselbe wird einsehen, daß wir, um so wohl berechtigte Garantien zu erlangen, mit Sardinien in Ausgleichung treten werden, um die erforderlichen Beschlüsse und Bestimmungen zu vereinbaren. Bei den meistens von ihrem Willen unabhängigen Verhältnissen ist es den Regierungen nicht immer gelungen, ihre Kombinationen auf Grundlagen zu gründen, welche die wirklich dauerverheißenden Bedingungen enthalten, die keine anderen, als die der durch die gesunde Einsicht in die gegenseitigen Interessen aufgeklärten Gerechtigkeit sind, und so ist es gekommen, daß Handlungen, die auf Sicherung des Friedens abzielten, mitunter nur zur Folge hatten, daß sie ins politische System neue Keime zu Schwierigkeiten und Verwicklungen brachten. Die Kombination, deren Lösung uns jetzt so gerechte und so zwingende Gründe wünschenswerth machen, ist im Gegentheil den allgemeinen Interessen so angemessen, daß sie, wie wir fest überzeugt sind, nothwendig berufen ist, ein Theil des ganzen, weise entworfenen und mit Umsicht angeordneten Systems zu werden. Sie findet daher ihre Rechtfertigung darin, daß sie durchaus keine wohverstandenen Anforderungen Europa's verletzt, so wie in den Bedürfnissen unserer eigenen Lage, und wir wollen hoffen, daß dieselbe auch so von dem . . . Hofe beurtheilt werde. Ich ersuche Sie, gefälligst dem Herrn . . . obige Depesche vorzulesen und ihm Abschrift zu geben."

— [Depesche Thouvenels an den französischen Botschafter in Bern.] Der „Moniteur" veröffentlicht, wie schon telegraphisch erwähnt, folgende vom 17. d. datirte Depesche an den französischen Geschäftsträger in Bern:

„Herr Kern hat mir eine Note übergeben, welche im Namen seiner Regierung dagegen Protest erhebt, daß die Gebiete Savoyens, welche durch die Verträge von 1815 eventuell für neutral erklärt worden, an Frankreich angeschlossen werden. Dieser Schritt konnte nicht verfehlen, die Regierung des Kaisers höchlich zu überraschen. Se. Majestät hat der Schweiz bei mehreren Gelegenheiten Beweise von Interesse und Freundschaft gegeben, welche den Bundesrath hätten bestimmen müssen, sein Vertrauen auf Frankreichs Gerechtigkeit zu setzen. Er hat es vorgezogen, zu protestiren, und ich kann mich nicht davon entbinden, auf die Mittheilung zu antworten, die er uns hat zukommen lassen. Ist sein Protest rechtlich begründet? Ist er es thatsächlich? Das sind die Fragen, auf deren Prüfung und Entscheidung es ankommt, um den Charakter und den Werth des von der schweizer Regierung gefaßten Beschlusses zu würdigen. Im Prinzip schließt die Souveränetät im Wesentlichen das Recht der Veräußerung in sich; ein Souverän kann, welche Gründe ihn auch immer dazu bestimmen mögen, seine Staaten ganz oder theilweise abtreten, und man würde nur berechtigt sein, sich dem zu widersetzen, wenn daraus eine Störung des Gleichgewichts und der Machtvertheilung in Europa hervorgehen sollte. Sr. Maj. dem König von Sardinien steht es nun, in dem Maaße seiner Vorrechte, frei, auf den Besitz Savoyens zu Gunsten Frankreichs zu verzichten. Dieser erste Punkt ist unbestreitbar und nach striktem Rechte nicht fähig, irgend einem Zweifel unterworfen zu werden oder irgend eine gesetzliche Schwierigkeit zu veranlassen. Die Ausübung des souveränen Rechtes in Bezug auf die Abtretung kann in der That freilich durch internationale Stipulationen vertragsmäßigen Einschränkungen unterliegen, und so glaubt der Bundesrath sich auf eine Konvention von 1564 und auf die Verträge von 1815 stützen zu müssen, um zu behaupten, daß Sar-

dinien sich nicht Savoyens entäußern könne, ohne seine Verpflichtungen zu verkennen. Der Streit beschränkt sich folglich auf die Frage, inwieweit die sardinische Regierung durch die von mir erwähnten Akte gebunden ist. Die Konvention von 1564, lediglich zwischen den Herren von Bern und dem Herzog von Savoyen abgeschlossen, bezweckte eine Theilung und Grenzberichtigungen, welche spätere Ereignisse mehrere Male wieder verändert haben, ohne daß die Schweiz dagegen Einwand erhoben hätte. Sie bezog sich auf eine Situation und auf Eventualitäten, welche auf den gegenwärtigen Besitzstand keine Anwendung leiden. Sie ist verfallen (périmée) durch die Gewalt der Dinge selbst, und dies ist so wahr, daß ihrer in den Akten von 1815 gar keine Erwähnung geschah, in denen man so viel Sorge trug, auf frühere in Kraft gebliebene oder erhaltene Verträge und namentlich auf die von 1754 zurückzukommen. Bleiben nun noch die Wiener Verträge. Was stipuliren sie, und wie sind die Bevollmächtigten über die Klauseln eins geworden, welche die eventuelle Neutralisirung eines Theiles von Savoyen betreffen? Um den Charakter und die Bedeutung dieser Klauseln genau zu bestimmen, kommt es darauf an, hier an die Verhandlungen zu erinnern, welche sie veranlaßt haben. Die Schweiz drängte beim Wiener Kongreß darauf, wie nothwendig zur Vertheidigung ihrer Südgrenze die Abtretung mehrerer Gebiete sei, welche gleichzeitig von den Gesandten des Königs von Sardinien in Anspruch genommen wurden. Die sardinischen Bevollmächtigten schlossen sich nach langen Besprechungen der Forderung des schweizer Bundes an, machten indessen ihre Zustimmung doch von einer auf Piemonts Vortheil berechneten Kombination abhängig, zu welcher sie die Initiative ergriffen. Diese Kombination ist genau diejenige, welche die Wirkung gehabt hat, in gewissen Fällen die Garantien der Neutralität auf den nördlichen Theil Savoyens auszudehnen. „Der Unterzeichnete" erklärte Herr de Saint Marsan in seiner Denkschrift vom 26. März, „ist ermächtigt, zu Gunsten des Kantons Genf der Gebietsabtretung unter folgenden Bedingungen zuzustimmen: daß die Provinzen Chablais und Faucigny in die schweizer Neutralität eingeschlossen werden, daß die sardinischen Truppen sich auf der Straße von Valais zurückziehen können, daß bewaffnete Truppen irgend einer Macht in diesen Provinzen weder sich aufhalten noch durchmarschiren, mit Ausnahme der Truppen, welche der schweizer Bund dort aufzustellen für zweckmäßig hält." Dieses Abkommen bezweckte so, einen Theil Savoyens zu decken, und die Schweiz verpflichtete sich durch ihre Zustimmung, die Ausführung zu sichern, indem sie sich verbindlich machte, einerseits den sardinischen Truppen freien Durchzug nach Piemont zu schaffen, andererseits, wo nöthig, Bundestruppen in dem neutralisirten Lande aufzustellen. Das vom Bunde angenommene Abkommen war der Preis einer Gebietsabtretung an den Kanton Genf, so wie die eventuelle Neutralisirung von Chablais und Faucigny eine zu Gunsten Sardiniens stipulirte Bürgschaft und die Entschädigung für ein Opfer. Diese Neutralisirung war jedoch nicht verabredet worden, um die schweizer Grenze zu schützen, die hinreichend durch eine unüberschreitbare Schutzwehr, nämlich durch die von den Mächten gemeinsam proklamirte Neutralität, gewahrt ist; sie ist im Gegentheil der Schweiz wie eine Last auferlegt worden, die sie auch als Onus angenommen hat. Wie würde seitdem der schweizer Bund Grund haben, die Verträge von 1815 anzurufen, um sich der Abtretung Savoyens an Frankreich zu widersetzen? Der Bundesrath würde behaupten können, daß die Abtretung den Charakter des Vertrages ändert, er sich von Sardinien gegenüber von der Pflicht, die Neutralität von Chablais und Faucigny zu wahren, entbunden erachten könne; aber man würde nicht begreifen, daß er sich die Gelegenheit zu Nutze machen wollte, um Sardinien das Dispositionsrecht über diese Provinz zu bestreiten und zu behaupten, es sei damit die dem Bunde gewährleistete Sicherheit beeinträchtigt. So wie die Stellung der Schweiz aus der Darstellung der Verhandlungen erhellt, zeigt sie nicht, daß der Bundesrath sich ohne gesetzliche Gründe in die Vereinbarungen einmischt, welche die Regierungen des Kaisers und des Königs Victor Emanuel abzuschließen Willens sind? Ich erkenne übrigens an, mein Herr, daß es wohl am Orte ist, zu prüfen, wie die Stipulationen von 1815 über diesen besonderen Punkt sich an die Gesammtkombination anschließen, welche in gemeinsamer Verständigung damals zwischen den beim Wiener Vertrag betheiligten Mächten festgestellt wurde, um die Neutralität des schweizer Bundes zu sichern. Aber dies ist eine Frage, welche die Regierung des Kaisers mit diesen übrigen Mächten verhandeln muß, und ich zögere nicht, es zu sagen, daß wir bereit sind, die vorgeschlagenen Mittelwege zu prüfen, um es überhaupt zum Vortheile der Schweiz anzunehmen. Sie wollen wohl, mein Herr, diese Depesche dem Herrn Präsidenten des Bundesrathes vorlesen und Abschrift davon überreichen."

— [Empfang der savoyischen Deputation.] Der „Moniteur" berichtet über den bereits telegraphisch in Nr. 70 gemeldeten Empfang der savoyischen Deputation: Der Kaiser empfing gestern in den Tuilerien eine Deputation von Provinzialräthen Savoyens und der Munizipalräthe der bedeutendsten Städte, beauftragt, Sr. Majestät die Adressen ihrer Mitbürger bezüglich der Annexion zu überreichen. Ihre Maj. die Kaiserin wohnte diesem Empfange bei, ebenso der kaiserliche Prinz. Ihre Majestäten waren von Offizieren und dienstthuenden Damen umgeben. Der Präsident der Deputation, Graf Greyfié de Bellecombe, verlas Sr. Majestät folgende Adresse:

„Sire! Während wir uns Ew. Majestät nahen, beherrscht uns alle Ein Gefühl, das Gefühl unserer tiefen Bewunderung des Souveräns, welcher, nachdem er von ganz Frankreich erwählt worden, dessen Ruhm und Wohlstand zu mehren gewußt hat. Sire, so viel natürliche Bande, so viel glorreiche Erinnerungen, so viele Sympathien vereinigen Savoyen mit Frankreich, daß es vor Glück gezittert hat, als das erhabene Wort Eurer Majestät unserm Vaterlande die Hoffnung gab, daß es berufen werden würde, einen Theil der großen französischen Familie auszumachen, mit Zustimmung seines legitimen Souveräns. Eine einzige Besorgniß hat nur bis jetzt den Ausdruck der Freude gehemmt: die Furcht, daß die durch Neigung und so viele Bande jeder Art zusammengeknüpfte Nationalität der Schweiz zerstückelt werden könnte. Die Provinzialräthe, welche Savoyen repräsentiren, haben uns beauftragt, Sire, zu den Füßen Eurer Majestät die inständige Bitte niederzulegen, von unserm Vaterlande ein solches Unglück fernzuhalten, und die Munizipalräthe der Hauptstädte haben ihre Deputationen mit der unsrigen vereinigen wollen. Sire, Ew. Majestät wird die Zurückhaltung würdigen, welche konstituirten Körperschaften, Männern geboten ist, die immer treue Unterthanen ihres Königs gewesen sind, wie sie es Eurer Majestät sein werden. Aber nach den Akten der Regierung des Königs wird es uns ohne Zweifel gestattet sein, an Ew. Majestät den Ausdruck der Gefühle zu richten, welche wir für Frankreich hegen, neben welchem Savoyen nicht nur die Größe und den Ruhm, sondern auch die Sympathie und die Wahrung aller seiner geistigen und materiellen Interessen finden wird. Von den Ufern des Genfer See's bis an die Abhänge des Mont Cenis sind Diejenigen, welche die Stimmen ihrer Mitbürger dazu abgegeben, zu Ew. Majestät hergeeilt, um die Freude zu verkünden, welche Savoyen empfinden würde, wenn es vollständig mit Frankreich vereinigt werden und immer mit dieser großen und edlen Nation nur den Einen Ruf haben könnte: Es lebe der Kaiser! Es lebe Frankreich!"

Darauf erwiederte der Kaiser:

„Meine Herren! Ich danke Ihnen für die Gefühle, welche Sie mir eben ausgedrückt haben, und ich empfange Sie mit Vergnügen. Da der König von Sardinien dem Prinzipe der Vereinigung Savoyens und der Grafschaft Nizza mit Frankreich beigetreten ist, so kann ich, ohne irgend eine internationale Pflicht zu versäumen, Ihnen meine Sympathie bezeigen und den Ausdruck Ihrer Wünsche genehmigen. Die Umstände, unter denen sich diese Berichtigung der Grenzen vollzieht, sind so außergewöhnlich, daß, ohne legitime Interessen zu verletzen, sie kein Prinzip verletzen und folglich auch keinen gefährlichen Präzedenzfall begründen. In der That, weder durch Eroberung, noch durch Insurrektion werden Savoyen und Nizza mit Frankreich vereinigt, sondern durch die freiwillige Zustimmung ihres legitimen Souveräns, der sich auf die Einwilligung der Bevölkerung verläßt. Alles daher, was in Europa nicht dem widerstrebenden Geiste eines anderen Zeitalters huldigt, betrachtet diesen Gebietsanschluß als natürlich und billig. Die Aufnahme, welche die von meiner Regierung bei den Wiener Mächten gemachten Mittheilungen gefunden haben, berechtigt zu der gewissen Hoffnung, daß die Meinung jener Mächte sie günstig beurtheilen werden. Meine Freundschaft zur Schweiz hatte es mich als möglich ansehen lassen, daß zu Gunsten des Bundes einige Gebietstheile von Savoyen abgetreten würden; aber angesichts des Widerwillens, der sich unter Ihnen gegen den Gedanken der Zerstückelung des Landes ausgesprochen hat, das so viele Jahrhunderte eine ruhmreiche Individualität zu behaupten gewußt hat, muß ich erklären, daß ich nicht zum Vortheile der Schweiz der Bevölkerung Zwang anthun werde. Was die politischen und kommerziellen Interessen betrifft, welche gewisse Theile Savoyens an die Schweiz knüpfen, so wird es leicht sein, glaube ich, ihnen durch besondere Arrangements Genüge zu leisten. Ich hoffe nun, meine Herren, Sie bald als Mitglieder der großen französischen Familie betrachten zu können. Ich werde es mir zur Ehre machen, alle ihre Hoffnungen zu verwirklichen, und der Anschluß eines Landes, das schon so viele Bande mit Frankreich verknüpfen, wird für dasselbe ein neuer Anlaß zu Gedeihen und Fortschritt sein. Zu Ihren Mitbürgern zurückgekehrt, sagen Sie ihnen, wie gerührt ich von der Manifestation gewesen bin, deren ehrenwerthe Organe Sie gewesen sind. Es sind unter Ihnen so viele Abkömmlinge von Familien, welche in der Laufbahn der Wissenschaft wie der Waffen zur Verherrlichung Frankreichs beigetragen haben, daß Alles zusammenkommt, um das Werk der Vereinigung, welches sich vorbereitet, zu erklären und zu rechtfertigen."

Die Deputation überreichte sodann dem Kaiser mehrere mit zahlreichen Unterschriften versehene Adressen, worunter sich folgendes Dokument befindet:

„Inmitten der Besorgnisse, mit welchen die Zukunft unseres Vaterlandes Aller Herzen erfüllt, welches der Beschluß des Königs sein mag in den ernsten Umständen, die ihn veranlassen können, sich von der Wiege seiner Familie zu trennen, für Savoyen giebt es in diesem feierlichen Augenblicke Pflichten und Gefühle, die alle seine Kinder in eine gemeinschaftliche Handlung vereinen müssen. Diese Gefühle und diese Pflichten sind der Kultus der Erinnnerungen, die Liebe zum Vaterlande, Achtung vor den brüderlichen Banden, welche die Mitglieder der alten savoyischen Familie seit Jahrhunderten umschlungen halten, in Ruhm und Leiden. Kann diese edle Familie sich enteinen? Kann ihre Nationalität ohne Grund und ohne Recht den sonderbaren Prätentionen der helvetischen Konföderation geopfert werden? Was hat Savoyen gegen seinen König, gegen Frankreich verbrochen, um einen solchen Schimpf zu verdienen? Angesichts der Gefahr, welche ihm zu drohen scheint, muß es sich einstimmig erheben, und die unterzeichneten Repräsentanten beim Provinzialrathe der Arondissements des eigentlichen Savoyens, von Hoch-Savoyen, Maurienne und Tarentaise glauben einer dringenden Pflicht des Gewissens und der Ehre zu genügen, indem sie bei ihrem Könige und bei dem Souverän Frankreichs ehrerbietig, aber energisch protestiren gegen die Abtretung von Faucigny und Chablais an die Schweiz. Chambery, 20. März 1860."

— [Die Depeschen über Savoyen und die Haltung der Großmächte.] Man könnte mit den Versicherungen, die die Depesche vom 13. März enthält, sich schon halbwege zufrieden erklären. Der Minister lehnt in der That alle Konsequenzen, die wegen der natürlichen Grenzen aus der Annexion von Nizza und Savoyen gezogen werden, mit einer großen Entschiedenheit ab, er verwahrt Frankreich gegen jedes Vergrößerungsgelüste. Nimmt man die Worte so, wie sie sich geben, so läge in ihnen kein Anlaß zu Befürchtungen. Es läßt sich von der Darstellung des Zirkulars sagen, ungefähr so sagt es der Pfarrer auch. Es sind die Argumente, die man kennt, die auch bei anderen Anlässen durch andere Federn angewandt wurden. Dasselbe ist von der Note an die Schweiz zu bemerken. Sie finden darin den Gesichtspunkt, der aus der mit der souveränen Gewalt verknüpften Veräußerungsbefugniß hergeleitet ist. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß man diese staatsrechtliche Argumentation jeder politischen vorziehen wird, um den Einspruch der legitimen Mächte von vornherein zu entkräften. Der Schweiz wird ausdrücklich entgegengehalten, der König von Sardinien mache nur von seinem guten Recht Gebrauch, wenn er auf den Besitz einer ihm gehörenden Provinz zu Gunsten einer andern Macht verzichte. Diese Gründe oder andere, die Thatsache der Annexion steht fest, und eine andere nicht weniger wichtige Thatsache ist nicht weniger unzweifelhaft: der Protest der Schweiz wird bei keiner Macht die Unterstützung erlangen, deren er bedarf, um eine entscheidende Wirkung zu haben. Vielleicht hat er den Erfolg, eine Konferenz der Großmächte endlich zu verwirklichen, die Frankreich so oft vergeblich erstrebt hat, ein Erfolg von einem für die Lage zweifelhaften Werthe, da er nur dazu beitragen könnte, den Thatsachen, über die man sich heute beklagt, die rechtliche Anerkennung aller Interessirenden zu sichern oder, wenn dies nicht geschieht, die Verwickelungen der Gegenwart noch zu vermehren. Daß die Schweiz mit ihrem Einspruch isolirt bleibt, gilt in den diplomatischen Kreisen bereits als gewiß, ja man versichert, ihr Auftreten habe Lord John Russell bereits willkommenen Anlaß zu einem Tadel geboten; der bedächtige Lord findet die Form, in der die Schweiz für ihre Interessen eingetreten ist, zu heftig. Preußen, wird versichert, werde sich durch Erklärungen beschwichtigen lassen, wie sie in dem Zirkular vom 13. d. gegeben sind. Oestreich hat sich weder mißbilligend noch zustimmend geäußert, und man erzählt von einer Aeußerung des Grafen Rechberg zu dem Repräsentanten der Schweiz in Wien, welche für die Haltung, die das Wiener Kabinet zu bewahren entschlossen scheint, charakteristisch ist. Der östreichische Premier soll sich (wie wir bereits angedeutet; d. Red.) dahin ausgesprochen haben: die Schweiz könne sich über Frankreich nicht beklagen, der Kaiser der Franzosen habe mit Recht Ansprüche auf ihre Dankbarkeit. Was das Interesse anderer Mächte betreffe, so mögen diese dafür eintreten. Oestreich sei in der Lage abzuwarten, bis die seinigen bedroht würden. Am unsichersten ist die Meinung auch unterrichteter Personen über Rußlands Stellung. Fürst Gortschakoff hat bisher seine Zurückhaltung noch nicht aufgegeben; welche Antwort dem Zirkular vom 13. d. in Petersburg geworden ist, davon ist man zur Stunde noch nicht unterrichtet, eine Antwort ist noch nicht ertheilt. (BHZ.)

Paris, 23. März. [Zur savoyischen Frage.] Die wichtigen Aktenstücke, die der „Moniteur" gestern veröffentlichte, bedürfen eigentlich keiner Erläuterung; einige Momente verdienen jedoch zur Charakteristik der Zeitgeschichte besonders hervorgehoben zu werden. Soll man es Zufall nennen, daß die Souveräne in Turin und Paris fast gleichzeitig Deputationen empfangen haben, die ihnen die Vergrößerung ihrer Reiche antragen, oder ist nicht vielmehr anzunehmen, daß Victor Emanuel bei seiner Beantwortung der Anträge, die sich besonders auf die Romagna und Toscana beziehen, weit beengter gewesen wäre, wenn dem Kaiser Napoleon nicht gleichzeitig dieses Pfand der bevorstehenden Besitznahme von Savoyen und Nizza gegeben worden wäre? Es ist dies die Auffassung derer, welche die zwischen Turin und Paris in jüngster Zeit ausgewechselten Schachzüge sorgfältig beobachtet haben, und die die bequeme Auffassungsweise eines vorherigen Einverständnisses durch die Thatsachen selbst widerlegt sehen. Das Einverständniß wegen der Abtretung der beiden Provinzen hat bei dem Abschlusse der Heirath allerdings bestanden, aber durch die Unversehrtheit Venedigs hat Piemont sich verkürzt gefühlt, und die ganze politische Situation besteht heute noch darin, daß Piemont sich jetzt, wo es Savoyen und Nizza abtreten muß, verkürzt fühlt, und daß Frankreich nach Geist und Buchstaben eines früheren Uebereinkommens sein Schuldner wird. Victor Emanuel trennt sich, wie noch interessantere Aktenstücke als die des „Moniteurs" eines Tages beweisen werden, mit schwerem Herzen von diesen Ländern, und daß Graf Cavour sie nicht leichtfertig vertauscht, geht schon aus der einfachen Erwägung hervor, daß der Ruhm dieses strebsamen Mannes größer gewesen wäre, wenn er nur hätte zu nehmen und nicht auch zu geben brauchen. Obgleich selbst von vornherein über das Ergebniß seines Widerstandes sehr beunruhigt, sah er die einzige Möglichkeit zu demselben in einer laut sich aussprechenden Abneigung derer, von denen er sich trennen sollte. Da nun aber der Kaiser Napoleon, ein älteres Prinzip verleugnend, es auf die Probe nicht ankommen lassen wollte, so machten die Piemontesen, in die letzten Verschanzungen zurückgedrängt, gute Miene zum bösen Spiel und zeigten wenigstens, das administrative Element benutzend, daß sie Savoyen nicht gegen seinen eigenen Willen an Frankreich abtreten. Dies ist die Bedeutung der betreffenden Deputation. Sobald der König Savoyen hergegeben hatte, konnte es an Ueberstürzungen zur neuen Huldigung nicht fehlen, und der Präsident der Deputation wird wahrscheinlich auch der erste von den neu zu ernennenden Senatoren sein. Die Deputation hat nun aber die französische Politik nicht allein hinsichtlich der munizipalen Bestätigung der neuen Souveränetät, sondern auch hinsichtlich der Integrität Savoyens unterstützt. Wie das Aufgeben der Abstimmung in Savoyen als ein Zugeständniß an die Mächte hingestellt wird, so wird auch jetzt der Zerstückelungshorror der Savoyarden, der Schweiz gegenüber, zu Hülfe gerufen. Nach Villafranca und Zürich wollte Frankreich wie Herr Thouvenel selbst gesteht, die Interessen der Schweiz wahren: aber die Savoyarden zwingen es, französische Politik zu machen. Der Sinn der ganzen Depesche ist der: von Rechtswegen hat die Schweiz gar nichts zu beanspruchen, wenn sie aber der Großmuth des Kaisers vertraut hätte, würde er ihre Interessen doch vielleicht gewahrt haben. Man schreibt der französischen Regierung hier nur die Absicht zu, nach vollständiger Ausführung der Doppelannexion aufs Neue den Kongreß oder mindestens eine Konferenz zusammenzuberufen. Die Motive dazu sollen nicht allein aus der Nothwendigkeit, das Geschehene völkerrechtlich zu machen, sondern auch aus dem unsicheren Zustande der übrigen italienischen Staaten genommen werden. Andererseits rechnet man mit Bestimmtheit auf ernste Ereignisse in Neapel und hält diese für um so gefährlicher, als sie den Papst, dessen Staaten man schon in Flammen sieht, seiner früheren Zufluchtsstätte berauben werden. Ueberhaupt sieht man hier mit der Doppelannexion nur den ersten Akt des italienischen Dramas beschlossen und ist nur darin uneinig, ob ein Kongreß oder ein neuer Krieg die Weiterführung desselben übernehmen wird. (Pr. Z.)

— [Schlagfertigkeit der französischen Armee; die Stimmung.] Man schreibt der „Sp. Z.": Am 7. d. bin ich von meiner Exkursion nach dem Süden und Ober-Italien hier wieder eingetroffen, und traf meine Reisegefährten von früher, die mittlerweile andere Landestheile besucht hatten. Gestatten Sie mir, einige Bemerkungen mitzutheilen, welche wir in übereinstimmender Weise machten. Dieselben werden vielleicht einiges Licht über die wahren Zustände Frankreichs, namentlich in militärischer Beziehung, verbreiten, welche gerade in dem gegenwärtigen Augenblicke nicht beschönigt oder verheimlicht werden dürfen, wo jeder Preuße die Nothwendigkeit einer gesteigerten Wehrkraft und Schlagfertigkeit der vaterländischen Armee zu seiner Ueberzeugung machen muß, wenn er ernstlich das Wohl des Ganzen will. Wenn französische Berichte fortwährend in Abrede stellen, daß gegenwärtig außerordentliche Rüstungen von der kaiserl. Regierung betrieben werden, und daß ein Krieg für dieses Frühjahr unmittelbar vorbereitet wird: so stimmen unsere Beobachtungen hiermit allerdings im Allgemeinen überein. Der Grund dieser Erscheinung lieget aber nicht in der Friedfertigkeit der französischen Regierung, sondern darin, daß dieselbe ihre Maaßregeln so getroffen hat, daß sie jeden Augenblick zum Schlagen bereit ist; daß gesteigerte Anstrengungen in den Arsenalen, Gewehrfabriken u. s. w. nicht nöthig sind, weil Frankreich mit allem Kriegsmaterial gegenwärtig schon überreich versehen ist; kurz, die französischen Streitkräfte sind fortwährend kriegsbereit und die Armee ist viel schlagfertiger selbst als im vorigen Jahre. Ein sicheres Anzeichen dafür ist u. A. der Pferdebestand bei den Regimentern. Die Höhe desselben ist in der That bisher im Frieden noch nicht dagewesen. Ein französisches Kavallerieregiment, welches im vorigen Jahre 400 Pferde hatte, zählt gegenwärtig 600. Artillerieregimenter, die gleichfalls im vorigen Jahre nur 400 Pferde stark waren, haben 600 im Stall und 1000 Ersatzpferde, welche ganz in der Nähe der Garnisonorte in Pflege gegeben sind. An der Verbesserung des Pferdebestandes wird unausgesetzt gearbeitet; bei meiner kurzen Anwesenheit in Lyon begegnete ich auf der Rhonebrücke Remonten, welche eben aus der Normandie ankamen. Man bedenke, ob die Regierung umsonst einen so hohen, für französische Verhältnisse unerhörten und kostspieligen Pferdebestand unterhält! Andererseits wird große Sorgfalt auf die Verbesserung aller Vertheidigungsanstalten gewendet. Von Metz aus werden alle Festungen der Ostgrenze fortwährend mit Material versehen; nach Rocroy, Longwy, Thionville, Sédan, Bitche sind im Laufe des Winters Massen von gezogenen Gewehren geschickt worden; im Thale der Seille, zwischen der preußischen Grenze und der Mosel, wird durch Ziehen von sieben Deichen eine Inondation vorbereitet und damit ein starker Vertheidigungsabschnitt erzielt u. s. w. Zu diesen, eine ungewöhnliche Sorgfalt bekundenden Maaßregeln fühlt sich die kaiserl. Regierung ohne Zweifel durch das Bewußtsein getrieben, daß ihre um sich greifende Politik endlich den Widerstand der Nachbaren erregen müsse. Während meiner ganzen Reise drängte sich mir die Ueberzeugung von der entschieden aggressiven Tendenz der französischen Regierung in überwältigendster Weise auf. Allerorten bestätigten Aeußerungen von Offizieren und Beamten diese meine Ansicht. Leider kann ich hier nur wenige der charakteristischen Aeußerungen, deren mir auf jedem Schritte in diesem Lande entgegentönten, andeuten. Offiziere und Beamte gestehen die „politique turbulente", welche jetzt in vollem Gange sei, offen ein; in Frankreich wenigstens täuscht sich Niemand über den wahren Sinn der kaiserlichen Worte in der Thronrede vom 1. März; „de réclamer ce que la nature a indiquée elle même". Ein höherer Beamter, mit welchem ich über den Werth der beabsichtigten Erwerbung Savoyens sprach, äußerte im Tone ruhigster Ueberzeugung: „Mon dieu, ce n'est pas une grande acquisition pour la France.... L'Empereur l'a faite plutôt pour pouvoir dire que les traités de quinze sont abrogés" etc. Ebenso wie man über die Absichten der Regierung im ganzen Lande vollkommene Klarheit hat, ebenso wenig läßt sich behaupten, daß die Stimmung allgemein eine kriegerische ist. Die Mehrzahl der Franzosen will im Gegentheil Ruhe, um die neuen Chancen des Handelsvertrages auszubeuten etc.; nous ne voulons pas de guerre, même glorieuse", hört man in Metz sagen, wie in Lyon. Die kaiserl. Regierung wird sich aber nicht an die Stimmung der friedliebenden Majorität kehren, welche in Ruhe erwerben will: sie schürt im Gegentheil unabläßig die Vorurtheile der eroberungssüchtigen Minderheit und spottet in ihren Journalen täglich (pauvres traités, ridicules, humiliants" etc.) über die Verträge, welche den gegenwärtigen Besitzstand begründen. Gegen ein solches System, das läßt sich nicht verkennen, ist ein Kampf früher oder später unvermeidlich. Besonders wichtig aber ist es, daß nach unseren genauen Beobachtungen es außer Zweifel steht, wie die Regierung in der That im Stande ist, jeden Augenblick diesen Kampf zu beginnen; daß die französischen Streitkräfte in kürzester Zeit die benachbarten Grenzen überschreiten können, sobald der Wink dazu in den Tuilerien gegeben worden ist. Keine Friedensversicherungen, kein momentanes, zur Schau getragenes Sistiren der Rüstungen darf uns irre machen darin, uns mit allem Ernste, mit opferbereiten Kräften auf diesen unvermeidlichen Kampf zu rüsten. Möchte man doch in Deutschland, in Preußen zumal, diese Unvermeidlichkeit in die ernsteste Erwägung ziehen und wohl bedenken, daß uns ein Entscheidungskampf, ein Kampf um die heiligsten und unentbehrlichsten Güter, um Ehre, Nationalität und Freiheit unabwendbar bevorsteht. Möchten wir ihm in Einigkeit muthig, wohlgerüstet entgegengehen, und wie Männer bedenken, daß er unvermeidlich, daß er entscheidend sein wird! Möchten namentlich unsere, Preußens, jetzt mit der wichtigen Frage über die Steigerung der Wehrkraft des Landes beschäftigten Vertreter nicht den einseitigen Standpunkt der Sparsamkeit mit Hartnäckigkeit festhalten, einer Sparsamkeit, welche die dem Staate jetzt verweigerten Thaler, samt allem Anderen an Hab und Gut, an Ehre und Freiheit, der Willkür eines fremden Eroberers, der Präfektenwirthschaft und dem in Deutschland nur zu bekannten Kontributionsunwesen Preis zu geben droht!

(Beilage.)

Paris, 24. März. [Der „Constitutionnel“], dessen Artikel über die „befriedigende Haltung Europa's“ wir bereits telegraphisch erwähnt haben, findet die Haltung der deutschen Presse derartig, daß eine Analyse der ausgesprochenen Meinungen unmöglich sei. Mit anderen Worten: das halboffizielle Organ hält es für rathsam, zu verschweigen, daß die deutsche Presse die Raubgelüste Frankreichs verurtheilt, und meint, die neuesten Noten Thouvenel's und die Rede des Kaisers würden die zornigen „Zeitungsschreiber in Köln und Augsburg“ schon auf bessere Gedanken gebracht haben. Nur in Wien ist nach der Ansicht des „Constitutionnel“ die savoyische Frage wirklich mit Verstand verhandelt worden; dafür sind aber auch „die östreichischen Journalisten anderer Ansicht als die im übrigen Deutschland und zeigen wenigstens Logik, während anderswo nur Schimpfreden zu hören sind“. Indessen erscheint dem „Constitutionnel“ die „Ostdeutsche Post“ auch nur so lange logisch, als sie vom östreichischen Standpunkte aus die Einverleibung Savoyens mit Gleichgültigkeit hinnimmt; ihre Logik hört sofort auf, wenn darin eine Drohung für Europa und das Vorspiel neuer Ereignisse liegen soll.

— [Tagesbericht.] Der „Moniteur“ veröffentlicht ein Dekret, womit vom 15. April ab die sogenannten Seeschifffahrts-Abgaben auf der Seine, der Charente, der Soudre, der Sevre-Niortaise, der Loire, der Rhone, der Orne u. s. w. aufgehoben sind. — Das „Pays“ dementirt das Gerücht, General Lamoricière habe dem Papste seine Dienste angeboten. — Das „Pays“ will wissen, daß aus Savoyen und Nizza zwei Departements gemacht werden sollen. Der General-Inspektor der französischen Gendarmerie, General Delarne, ist mit Abfassung eines Berichts über die administrative und militätische Organisation derselben beauftragt. Die Stadtpolizei soll überall nach dem Muster der Pariser eingerichtet werden. — Der Bischof von Poitiers hat ein neues, sehr heftig abgefaßtes Cirkular, die römische Frage betreffend, an seine Gemeinde erlassen. — Der Vertrag, in welchem Piemont Savoyen an Frankreich abtritt, ist heute hier angekommen. — Die von Mailand nach Chambery abgegangenen Truppen werden demnächst (s. oben Telegr.) in Savoyen einrucken. In die Grafschaft Nizza wo ein französisches Lager gebildet wird, sollen im Ganzen 10,000 Mann Truppen kommen. — Noch versichert man, daß die Kaiserin Mutter von Rußland in Nizza bis zum Mai bleiben wird. Sie soll diesen Entschluß in Folge eines Briefes gefaßt haben, der ihr vom Großfürsten Nikolaus überbracht wurde. — Die östreichische Dampf-Korvette „Elisabeth“ ist am 19. in Gibraltar angekommen. Der Erzherzog Maximilian befindet sich an Bord derselben. — Dem hier sich aufhaltenden Violinvirtuosen Kömpel von Hannover wird eine fremden Künstlern nur höchst selten gewährte Auszeichnung zu Theil. Er ist eingeladen worden, in dem hiesigen Konservatorium die „Gesangsscene“ von Spohr zur Probe zu spielen, und der Erfolg war der Art, daß er dieses Stück in dem nächsten großen Konservatoire-Konzert vortragen wird. — Die neapolitanische Regierung hat durch Marquis Antonini hier erklären lassen, sie habe in London gegen die Veröffentlichung der zwischen Lord J. Russell und Herrn Elliot gewechselten Depeschen protestirt. Sie werde, wie der Marquis Herrn Thouvenel in einer gestern stattgefundenen Unterredung mitgetheilt hat, den wahren Sachverhalt den verschiedenen Kabinetten in einer besondern Note darlegen.

γ — [Das Fürstenthum Monaco und seine Bedeutung für Frankreich.] Die nun schon als Thatsache geltende Einverleibung des Herzogthums Savoyen und der Grafschaft Nizza in das französische Kaiserreich erhält in Beziehung auf Nizza und den damit gleichzeitig gewonnenen Küstenstrich eine größere Bedeutung durch den Umstand, daß (wie wir schon erwähnt; d. Red.) der Fürst von Monaco (aus dem Hause der Grimaldi, das bereits seit 900 Jahren in dem Besitz von Monaco ist) sein Ländchen gegen eine Jahresrente an Frankreich überläßt. Der jetzige Fürst, Karl Honorius, hat, wie mehrere seiner Vorfahren, die Gewohnheit, jährlich sechs Monate sich in Paris und sechs auf dem Schlosse Monaco aufzuhalten. Seine Gemahlin ist die Schwester des neulich von uns erwähnten päpstlichen Kämmerers und Mundschenks Grafen Merode, der sich bekanntlich gegenwärtig in Paris aufhält und dessen Sendung dahin mit der Abtretung des Fürstenthums in gewissen Beziehungen stehen soll. Wie scheinbar unbedeutend für das große Frankreich auch die Erwerbung Monaco's ist, das man gewöhnlich nur als ein kleines Felsennest mit einem ebenso kleinen und unbedeutenden Gebiet schildert: so wichtig ist sie doch als eine Ergänzung zur Acquisition von Nizza, da das Fürstenthum einen langen, schmalen Küstenstrich bildet, der die Herrschaft Frankreichs in maritimer Beziehung bis weit hinein in den Golf von Genua, bis zu dem Kap San Martino ausdehnt, eine Strecke, dreimal so lang als die von der französischen Grenze bis Nizza, deren Endpunkt die beiden kleinen Städte Roccabruna und Mentone sind. Die letztere Stadt liegt an der Küstenstraße, die von Nizza nach Vintimiglia führt. Dieser ganze Küstenstrich wird sehr bald durch Fortifikationen und Küstenbatterien strategische Wichtigkeit erhalten, während dem Fürsten von Monaco die Veranlassung wie die Mittel fehlten, das Terrain auf eine solche Weise zu benutzen. Es ist das kleine Fürstenthum mittelbar schon lange in französischen Händen, und Ludwig XV. befestigte nicht umsonst auf seine Kosten das Felsenschloß der Grimaldi. Der Fürst von Monaco führt übrigens ganz das Leben eines reichen Grandseigneurs und unterhält einen großen Hofstaat. Ein Generalgouverneur steht an der Spitze der Verwaltung und ein General führt das Kommando der Truppen. Er hat in Monaco einen Palastkommandanten und einen Generalschatzmeister und in Paris erscheint er bei feierlichen Gelegenheiten gefolgt von drei Adjutanten in goldgestickten Uniformen. Der jedesmalige Erbprinz führt den Titel eines Herzogs von Valentinois, eines mitten in Frankreich liegenden Gebietes. Die Einverleibung Savoyens und Nizza's in Frankreich und die Absendung einer englischen Flotte an die Küsten Siciliens erinnern an das Gerücht einer Uebereinkunft zwischen Frankreich und England, welche dem erstern Staate die Bevormundung des obern und dem letztern die des untern Theis von Italien einräumt, ein Verhältniß, das den beiden Großmächten ein weites Feld für jegliche Willkür zuweist, in welcher sie sich gegenseitig sehr wenig beschränken würden!

Paris, 26. März. [Telegramm.] Der heutige „Constitutionnel“ enthält einen von Grandguillot unterzeichneten Artikel, welcher dem Könige von Sardinien wegen der Proklamation, in welcher er die Bevölkerungen Savoyens und Nizza's von dem Eide der Treue entbunden, Glück wünscht. Die Proklamation sichere ebenwohl dia Achtung vor dem Legitimitätsprinzipe der Könige, als die vor dem Souveränitätsprinzipe der Völker.

Italien.

Turin, 20. März. [Verhandlungen über Savoyen; kleine Notizen.] Nach der „Opinione Nationale“ bestehen „die einzigen noch zu erledigenden Schwierigkeiten wegen definitiver Einverleibung Savoyens und Nizza's in Frankreich“ nur noch in Finanzfragen. Da Sardinien einen beträchtlichen Theil der östreichischen Schuld wegen der Lombardei übernommen und außerdem nahezu eine Milliarde eigener Schuld hat, so will es einen Theil derselben, etwa ein Sechstel, im Verhältnisse zu der abzutretenden Seelenzahl, auf Frankreich übertragen. — Graf Cavour ist im Begriffe im Marineministerium mehrere Aenderungen vorzunehmen. — Der Prinz von Carignan soll Oberkommandant der Marine werden. — Ein Kavallerieregiment ist in Genua angekommen; dasselbe soll nach Toscana abgehen. — Das Personal der französischen Legation in Toscana wird sofort nach der Annexion Mittelitaliens an Piemont abberufen werden.

— [Diplomatische Unterhandlungen; die Exkommunikation.] Heute ist eine Depesche von Herrn Nigra aus Paris angekommen, die sehr beruhigend wirkt. Die Beziehungen zwischen Frankreich und Sardinien sind wieder sehr gut geworden. Aber auch mit Oestreich scheint man in Paris täglich auf besseren Fuß zu kommen. Die Besetzung von Savoyen und Nizza durch die Franzosen ist fest beschlossen, und man ist über alles einig geworden, was sich auf die Einverleibung bezieht. Der Kaiser soll dem Grafen Cavour durch den Grafen Arese haben sagen lassen, er sei der Beistimmung aller Mächte gewiß, und Graf Cavour möge sich ja nicht beunruhigen lassen. — Die Emilia ist von sardinischen Truppen bereits besetzt, und doch hört man noch nirgends etwas von der Exkommunikation. Die in Umlauf gewesenen Gerüchte wurden durch den Umstand veranlaßt, daß vier angebliche Emissäre aus Rom eine apokryphe Exkommunikationsbulle verbreiten wollten. Die hiesige Regierung mußte natürlich an die Behörde die gemessenen Befehle ertheilen, damit die Veröffentlichung verhindert werde. Daher das Gerücht. — Zwischen Rom und Paris dauern die Unterhandlungen auch fort, und man schreibt aus der päpstlichen Hauptstadt, daß auch zwischen Herrn v. Grammont und Baron Bach sehr häufig Unterredungen stattfinden. Die Schweiz ist sehr entrüstet, und Herr Tourte geht jeden Tag mit neuen Beschwerden zum Grafen Cavour. Er erzählt Jedermann, der es hören will, daß die Bundesregierung sich nicht so ohne Weiteres werde abweisen lassen.

Turin, 22. März. [Agitation für Savoyen.] Einer dem Reuterschen Bureau zugegangenen Depesche zufolge hat die Gesellschaft Unione liberale eine Deputation an die aus Nizza eingetroffene Deputation abgeordnet. Der Präsident der Unione liberale, Boncompagni, gab den Sympathien Italiens für Nizza Ausdruck und ermuthigte die Deputirten zum Beharren bei ihrem Bestreben, dem Italien Erfolg wünsche.

Turin, 25. März. [Telegr.] Die Proklamation des Königs an die Bevölkerungen Mittelitaliens lautet: Wir sind durch einen unauflöslichen Ehrenpakt mit dem gemeinsamen Vaterlande und der allgemeinen Zivilisation verbunden. Ich habe mein Leben für die Unabhängigkeit des Vaterlandes eingesetzt und ein Beispiel der Loyalität gegeben. Jetzt verlange ich von den neuen Bevölkerungen dieselbe Zuneigung, wie von den alten. Mein Wunsch ist die Kräftigung Italiens, Uebereinstimmung der Gesinnungen seiner Völker, damit sie in bösen Zeiten Widerstand leisten und sich ein glückliches Loos vorbereiten können. — Das Resultat der Wahlen ist sehr günstig ausgefallen, Graf Cavour ist fast überall gewählt worden. Die Theilnahme war außerordentlich groß. Die Lage Unter-Italiens wird immer beunruhigender.

Nizza, 23. März. [Französische Einflüsse.] Hier haben Franzosen auf dem französischen Konsulate eine Klage, angeblich „wegen Angriffen, deren Opfer sie von Seiten der Gegner der Einverleibung in Frankreich“ zu sein behaupten, niedergelegt. — Der „Nord“ bringt eine Depesche aus Antibes vom 23. März, wonach eine französische Fregatte auf der Rhede von Nizza eingetroffen und das Gerücht, daß auch bereits französische Truppen zum Montage angesagt worden seien, verbreitet war. Die französiche Partei kolportirte Protest-Adressen gegen die angebliche Gemeinderathsdeputation, die nach Turin gegangen ist.

Rom, 13. März. [Frankreich und der Papst.] Ein Brief des Korrespondenten der „Times“ enthält Folgendes: Der Marquis Giuglielmi hatte dem Papste vor Kurzem zwei Hauptleute der Garde vorgestellt, und zu diesen äußerte sich der Papst unter Anderm in folgender Weise: „Ich vertraue Ihnen, meine Herren, ich verlasse mich auf Sie, auf den Diensteifer Ihrer Leute, auf die Liebe, die diese und Sie für mich hegen. Böse Zeiten sind im Anzuge. Bald dürfte ich Ihren Beistand zum Schutze für unsere Rechte bedürfen. Auf Ihre Tapferkeit allein können wir uns stützen, wenn die Franzosen uns verlassen. Für den Augenblick machen diese Herren (questi Signorini) noch kein Zeichen, als ob sie abzureisen gedächten, aber gehen müssen sie nun einmal doch (dovranno partire).“ Daß der Papst in dem, was er von den Absichten der Franzosen bemerkte, Recht hat, ist ausgemacht, denn ich sehe sehr oft neue französische Kanonen und Mörser in Rom ankommen. Am vorigen Freitag (9. März) war der französische Gesandte beim Papste, um ihm eine Depesche mitzutheilen, in welcher Kaiser Napoleon erklärt, daß, nach Allem, was versucht und gethan worden war, den römischen Hof zu einer Aenderung seiner Politik zu bewegen, er mit Bedauern gesehen habe, daß jener seinen eigenen Weg verfolgen wolle, und sich der französischen Regierung sogar feindselig gezeigt habe; daß er dadurch bewogen werden dürfte, seine Truppen zurückzuziehen, und daß dann also der Papst aus eigenen Mitteln für die Ruhe seiner Staaten zu sorgen haben werde. Darüber gerieth der Papst in die heftigste Aufregung. Solle er, rief er aus, für die Sicherheit seines Staates und seiner Person Sorge tragen? Solle es ihm freistehen, die Neapolitaner zu rufen? Darauf erwiederte, wie ich höre, der Gesandte, sein Herr wolle bei Sr. sicilianischen Majestät sich bestens verwenden, damit dessen Truppen so rasch als möglich zur Stelle seien. Da überreichte der Papst dem Herzoge einen Brief des Königs von Sardinien (einen zweiten Brief, in welchem Victor Emanuel nicht mehr von einem Vikariat, sondern bloß von einem Tribut oder Jahrgehalt spricht, und in welchem er erklärt, daß die Anwesenheit eines einzigen neapolitanischen Soldaten in den Marken als Casus belli angesehen werden würde), und fügte hinzu: Der Gesandte möge ihm sagen, was er thun solle. Die Oestreicher dürfe er nicht rufen, weil Frankreich es nicht erlauben wolle; die Neapolitaner dürfe er nicht rufen, weil Sardinien es verbiete; seine eigenen Truppen aber seien den Angriffen, denen der Kirchenstaat täglich ausgesetzt sei, nicht gewachsen. Was solle demnach geschehen? Der Gesandte empfahl sich, indem er sich auf seine Weisungen berief, denen er nachkommen müsse. Der Papst aber hatte einen nervösen Anfall, was in der Regel der Fall ist, wenn er in Aufregung geräth.

Rom, 17. März. [Nothstand; Mord; Unsicherheit.] Das Volk klagt über Theuerung des Brots und der anderen nothwendigsten Lebensbedürfnisse. Obgleich sich die Theuerung zum Theil aus einem allgemeinen Viehsterben erklärt, so giebt die Menge doch der Regierung die Schuld von der häuslichen Noth, weil sie dem Wucher bekannter, mit Prälaten und Kardinälen verwandter Persönlichkeiten auch in dieser aufgeregten Zeit nicht das Handwerk lege. Dem Papste wollte das Volk auf einer Spazierfahrt mit aufgehobenen Brotrinden seine Noth klagen; doch es war vorher zuviel davon gesprochen worden, und so fuhr er an dem Tage nicht aus. In der Stadt ist die Nahrungslosigkeit jetzt am Ende des Winters drückender als im Anfange der Saison. In dem fashionablen Quartier finden sich hunderte von Miethshäusern, welche aus Mangel an Nachfrage Seitens fremder Familien von ihren provisorischen Wirthen aufgegeben wurden. Daher die allgemeinsten Klagen auch in dieser Klasse der Industriellen, von denen sich einer nach dem andern mit empfindlichen Verlusten, gewöhnlich aber gegen Ueberlassung des gesammten Mobiliars zur Deckung der rückständigen Miethszinsen mit dem Grundherrn abzufinden genöthigt ist. Ein Advokat vom Zivilgericht versichert mir, neun Zehntel der jetzt laufenden Zitationen seien für Miethschuldner. Bei dieser Gelegenheit stellt sich die unverantwortliche Willkür der Grundeigenthümer bei der Steigerung der Miethen während der letzten Jahre in ihrer ganzen Verantwortlichkeit heraus. So lange an Winterfremden kein Mangel war, ging der Wohnungswucher; heute aber hält das System nicht mehr und so fällt der Miether dem Grundherrn zum Opfer. Man macht sich von diesem offenen Schaden der hiesigen Verhältnisse nur dann eine richtige Vorstellung, wenn man erwägt, daß im Fremdenviertel der Grundbesitz an Häusern nunmehr durchschnittlich 30, nicht selten 40 Prozent dem Herrn rentirt, so hoch hat man die Miethen gesteigert. Warum erklärt die Obrigkeit das nicht für Dieberei, da das Gesetz dem Ausleiher effektiver Kapitale nur 6 — 8 Prozent Zinsen gestattet, das Darüber aber für jeden Fall als Wucher verurtheilt?! — Die neue Palastwache des Papstes wird von den Mißvergnügten ungern gesehen. Ein gewisser Mariotti, der vorgestern in seiner blauen Uniform herumstolzirte, ward von mehreren jungen Leuten aufgezogen. Von Neckereien kam es zu Thätlichkeiten. Einer der Necker zog ihm den Degen aus der Scheide und durchstach ihm den Unterleib; er starb gestern an der Wunde. Die verhafteten Urheber des Streits behaupten, M. habe beim Ringen mit einem aus ihrer Mitte durch eine unglückliche Wendung den Degen aus der Scheide verloren und sich im Fallen selber aufgespießt. — Die Straße nach Neapel ist wieder unsicher. Vor einigen Tagen reisten zwei schwedische Damen und der Sohn der einen von hier dorthin. Sie fuhren mit einem Vetturino. Zwischen Velletri und Cisterna wurde der Wagen von vier mit Karabinern bewaffneten Räubern zu Pferde angehalten, die Damen und ihre Begleiter mußten ihr Geld und alle übrigen Habseligkeiten von Werth herausgeben und konnten dann, weil dies ohne Widersetzlichkeit geschah, die Reise ohne weitere Mißhandlungen fortsetzen. (B. Z.)

Rom, 19. März. [Die Lage.] Es wird versichert, daß man von Paris aus die Beseitigung der Exkommunikation des Königs von Sardinien durchgesetzt habe. Hier benimmt man sich auch versöhnlich. Auf eine Andeutung des päpstlichen Nunzius in Paris hat, dem Vernehmen nach, der König Victor Emanuel dem Papste einen eigenhändigen Brief geschrieben, worin er sich bereit erklärt, einen der Romagna zufallenden Theil der päpstlichen Staatsschuld zu übernehmen. Der Brief soll hier einen guten Eindruck gemacht haben. Die Unterhandlungen bezüglich der Räumung Roms Seitens der französischen Truppen dauern fort, und soll dieselbe beschlossen sein. Man fürchtet aber Unruhen und glaubt nicht, daß die neapolitanischen Truppen hinreichen werden, Rom zu schützen.

Rom, 20. März. [Demonstrationen.] In Paris eingetroffene Nachrichten von vorstehendem Datum melden, daß Tags zuvor die Studenten in ihrer Kirche ein Tedeum für Garibaldi und die Annexion gesungen haben. Abends hatte sich eine große Volksmasse auf dem Korso versammelt und Gendarmerie, von der Masse insultirt, Verhaftungen ausgeführt und eingehauen. Man sagt, es seien 40 Personen, darunter drei Militärs, verwundet worden. Reitende Gendarmerie zerstreute die Massen vollends. Französische Patrouillen durchstreiften die Stadt. Man versichert, daß vier Kaufleute ausgewiesen worden seien. (Tel.)

Neapel, 17. März. [Die Intervention; Polizeiwillkür.] Der „Indépendance“ wird geschrieben, daß ein östreichischer General in Neapel bereits eingetroffen sei, um die neapolitanisch-päpstlichen Truppen gegen die Mittelitaliener zu führen. Dem „Nord“ wird mitgetheilt, daß die Verhandlungen wegen eines Vertrages, worin König Franz sich verpflichtet, Rom, Umbrien und die Marken mit neapolitanischen Truppen zu besetzen, dem Abschlusse nahe sei. Erfolge der Abschluß wirklich, so werde die französische Besatzung abrücken. Indeß fährt der Arbeitsminister Ajossa, der zugleich Polizeidirektor ist, fort, zu zeigen, daß die Vereinigung der Polizei und der Staatsbauten in derselben Hand in Neapel so übel nicht ist: dieselbe Person baut und bevölkert die Kerker und Bagnos. Namentlich hat Ajossa die Provinzialbehörden darauf hingewiesen, „die Familien der Landesflüchtigen und die Ausländer, besonders aber die mit englischen oder französischen Pässen versehenen, zu überwachen“. Ein schon älteres Rundschreiben desselben Ministers vom 1. Febr. lautet: „Herr Intendant! Se. Majestät, unser Herr, hat geruht, für die Dauer des laufenden Jahres 1860 die zur Auferlegung von Prügelstrafen gegen Störer der öffentlichen Ordnung, Landstreicher und Steinwerfer eingesetzten Kommissionen zu verlängern. Im Namen des Königs setze ich Sie von diesem Allerhöchsten Beschlusse in Kenntniß, damit Sie auf den strengen Vollzug desselben achten.“

Rußland und Polen.

— [Der polnische Klerus und der Papst; die Verhaftungen in Charkow.] Man schreibt dem „B. W.“ von der polnischen Grenze: Die „Indépendance belge“ brachte neulich einen Artikel aus Polen, in welchem behauptet wurde, daß die russische Regierung nicht die Absicht habe, etwaigen Manifestationen der Geistlichkeit zu Gunsten des Papstes irgend welche Hindernisse in den Weg zu legen. Diese Behauptung findet ihre beste Widerlegung durch ein Anfang dieses Monats von der Regierungskommission der inneren und geistlichen Angelegenheiten im Auftrage des Fürsten-Statthalters an sämmtliche Bischöfe des Königreichs Polen erlassenes Reskript, durch welches dieselben angewiesen sind, in ihren Rundschreiben an die Geistlichkeit der Sache und Lage

des Papstes mit keiner Silbe zu erwähnen und der Geistlichkeit aufs Strengste anzubefehlen, daß sie diesen „rein politischen“ Gegenstand in den Predigten nicht berühren! Diese Vorsicht war übrigens ganz unnöthig, da der größere Theil der Geistlichkeit im Königreich Polen mehr für die italienische Nationalität, als für die weltlichen Interessen des Papstes schwärmt. In gleichem Sinne sprechen sich auch die Warschauer Zeitungen aus, ohne daß ihnen von der Censurbehörde das geringste Hinderniß in den Weg gelegt wird. Man sieht in Polen allgemein mit der größten Gespanntheit der Entwicklung des italienischen Drama's entgegen. — Die in Kiew und Charkow vorgenommenen Verhaftungen von Professoren und Studenten (s. Nr. 71) haben ihren Grund in einer unter den Klein-Russen oder sogenannten Russinnen immer offener hervortretenden nationalen Bewegung, die eine größere Selbständigkeit des kleinrussischen Elements, dem großrussischen und polnischen gegenüber, bezweckt und gegen diese beiden Elemente gerichtet ist. Die Verhafteten sind Mitglieder eines schon seit Jahren an den genannten beiden Universitäten literarischen Vereins, der sich die Pflege und Ausbildung der kleinrussischen Sprache, die das Mittelglied zwischen der großrussischen und polnischen bildet, zur Aufgabe gemacht hat und dem die Anschürung der nationalen Bewegung unter den Klein-Russen von der Regierung hauptsächlich Schuld gegeben wird. Das Nationalitätenprinzip beginnt auch in Rußland sich mächtig zu regen und dürfte der Regierung um so mehr zu schaffen machen, als der im Innern Rußlands begonnene politische und soziale Regenerationsprozeß noch lange nicht beendigt sein wird. Die gegenwärtige kritische Lage Rußlands, die seine Machtentwickelung nach Außen lähmt, kommt den weitreichenden Plänen der Napoleoniden vortrefflich zu statten.

— [Enthaltsamkeit.] Laut einer Korrespondenz aus Wilna, welche der dortige Krons-Gemeinde-Rabbiner Ascheterdam an die Redaktion des „Invaliden“ richtet, haben etwa 10,000 Juden Wilna's in den letzten Monaten das Gelübde abgelegt, sich fortan gänzlich aller Spirituosen zu enthalten. Das erste Beispiel zu diesem erfreulichen Fortschritte gaben die Handwerkerzünfte, ihm folgten alle übrigen Schichten der Wilna'schen Bevölkerung. So wird denn also jetzt weder Branntwein, noch Bier und Meth von den dortigen Juden getrunken, und es dürften kaum hundert Hebräer in der Stadt sein, die noch nicht das Gelübde der Enthaltsamkeit abgelegt haben. Besonders geschildert wird der Anblick der zu Tausenden aus der Hauptsynagoge heraustretenden Hebräer, die sich in dem Rufe vereinigten: „Hört es Alle, wir haben für immer dem Branntwein, dem Bier, dem Meth und allen berauschenden Getränken entsagt, für uns existiren diese Getränke nicht mehr!“ Indem der erwähnte Rabbiner die Redaktion um Veröffentlichung dieses erfreulichen Fortschrittes seiner Glaubensgenossen bittet, knüpft er daran den Wunsch, daß auch die übrigen Hebräer diesem Beispiele ihrer Wilna'schen Mitbrüder folgen möchten.

Türkei.

— [Russische Umtriebe in Palästina.] Wie der Pariser „Monde“ aus Jerusalem geschrieben wird, benutzt Rußland emsig den Umstand, daß Frankreich vollauf in Italien zu thun hat, um sich im Orient mehr und mehr festzusetzen. Es ist bekannt, welch große Etablissements diese Macht in diesem Augenblicke in Palästina gründet; nun haben die russischen Konsuln und der Bischof in Jerusalem auch spezielle Instruktionen wegen ihres Verhaltens gegenüber den Lokalbehörden, den Repräsentanten der verschiedenen Mächte und den übrigen religiösen Genossenschaften erhalten. Die kluge russische Regierung hat ihre politischen und geistlichen Agenten vor Allem angewiesen, so viel als immer thunlich in gutem Einvernehmen mit dem lateinischen Klerus zu bleiben, um durch diesen stets zu erfahren, was Rom und die katholischen Kabinette etwa im gelobten Lande vorhaben. Wie demselben Blatte geschrieben wird, ist die Kuppel der heiligen Grabkirche in einem so schlechten Zustande, daß es bei ungünstiger Witterung nicht möglich sein wird den Gottesdienst in der Charwoche zu feiern.

Asien.

Bombay, 25. Febr. [Einfall in britisches Gebiet; Lord Canning; die Expedition nach China; Rebellenreste.] Die „Bombay Times“ schreibt: „Ein Brief, den ein in Kalkutta erscheinendes Blatt aus Kundul erhalten hat, berichtet über einen furchtbaren Einfall, den die Kukis, ein die Berge von Tipperah, südlich von den Bezirken Silhet und Kutschar, bewohnender barbarischer Volksstamm, in britisches Gebiet gemacht haben. Wir wollen hoffen, daß die angeblich begangenen Gräuel übertrieben sind. Denn etwas Furchtbareres, als die Schilderung, wie sie vorliegt, läßt sich nicht denken. Ueber 2000 Menschen sollen in zwei Tagen niedergemetzelt worden sein. Weder Alter noch Geschlecht ward geschont, und die Grausamkeiten, welche an den Opfern ausgeübt wurden, verrathen eine satanische Erfindungskraft. Die Ursache des Ausbruchs ist noch nicht bekannt. Da aber eine ungeheure Menge Beute aus der Ebene weggeschleppt wurde, so brauchen wir vielleicht nach keiner weiteren Lösung zu suchen.“ — Lord Canning befand sich nach den letzten Berichten in Lahore, von wo er sich nach Peschawer begeben wollte, um eine Zusammenkunft mit Dost Mahomed von Kabul zu haben, und von dort nach Sealkote, um mit dem Maharadscha von Kaschmir zusammenzutreffen. — Die Vorbereitungen für den chinesischen Feldzug werden rührig betrieben. Einer der Divisionsgenerale, Sir J. Michel, ist hier in Bombay eingetroffen, um sich auf die Fahrt zu rüsten, und das 3. Regiment eingeborner Infanterie aus der Präsidentschaft Bombay hat sich bereits nach China eingeschifft. Der Oberbefehlshaber der Expedition, Sir Hope Grant, wurde nach den letzten Berichten aus Kalkutta dort täglich erwartet. — In den Dschungels der central-indischen Bezirke an dem Zusammenfluß der Soane mit dem Ganges treiben sich noch immer Firuz Schah und einige andere Häuptlinge mit einem geringen Gefolge umher, von den britischen Streifkorps nicht erreichbar. Man hofft indeß, daß die unablässige Wachsamkeit der letzteren endlich auch diese Reste der Rebellen aufreiben werde. Einer der Hauptanhänger des früher oft erwähnten Koer Singh, Namens Hurkishen Singh, ist am 30. v. M. in Dschudschepore gehenkt worden; vier Andere, die mit ihm gefangen wurden, erwartet gleiches Schicksal. — Die Wuzirihs von Kabyl Kail an der Grenze von Peschawer haben am 22. v. M. den Mörder des Kapitän Mecham selbst ausgeliefert; derselbe ist darauf auf dem Schauplatz der Mordthat gehenkt und dadurch der Friede mit den Wuzirihs hergestellt worden.

Amerika.

Newyork, 5. März. [Die Sklavereifrage; aus dem Repräsentantenhause; Arizona; der Bürgerkrieg in Mexiko; Barbarei gegen Indianer; Vermischtes.] Es ist bekannt, daß die Volksvertretung des Territoriums Kansas, das jetzt in die Union als besonderer Staat aufgenommen werden will, zum zweiten Male den Beschluß gefaßt, die Sklaverei abzuschaffen. Ein Mitglied des Senats, Brown, hat hiergegen ein Gesetz, welches die Abschaffung der Sklaverei bei Strafe verbieten soll, beantragt. — Im Repräsentantenhause hat Sherman die Verminderung der Reisediäten der Kongreßmitglieder beantragt, welche jetzt 40 Cents pr. Meile betragen, und bis auf 20 Cents herabgesetzt werden sollen. Es betragen die Reisediäten jetzt für einzelne Mitglieder aus Kalifornien, Oregon u. s. w. an 5–6000 Doll. und, wie man berechnet, über das Zehnfache der wirklich verbrauchten Spesen. Man sieht, Sherman will sich für die Präsidentenwahl durchaus populär machen. Sein Antrag ist angenommen worden. — Das Territorium Arizona, jetzt noch mit Neumexiko vereinigt, will ebenfalls einen eignen Staat bilden, und die Bevölkerung ist entschlossen, wenn der Kongreß die Hand dazu nicht bieten wollte, eine Konvention (Nationalversammlung) zu berufen und eine provisorische Regierung einzusetzen. Mit der Bildung eines besondern Gerichtsbezirks will man sich in keinem Falle begnügen. — Eine Nachricht aus dem mexikanischen Staate Sonora, wonach dort eine Revolution gegen den Gouverneur Pesquiera, der die Absicht haben soll, sich von der mexikanischen Union zu trennen, ausgebrochen und Pesquiera aufgehängt worden sei, ist bis jetzt noch nicht bestätigt. Briefe aus Veracruz vom 10. v. M. wußten über die Stellung Miramons noch nichts, so daß es sogar zweifelhaft ist, ob er die Hauptstadt verlassen hat. Der General Degollado ist bestimmt, ihm mit starker Macht von Veracruz aus entgegen zu marschiren, wenn er kommen sollte. Veracruz hat ein neues Befestigungswerk erhalten, welches den Ring der die Stadt umschließenden Forts vervollständigt. — Der „San Francisco Overland and Ocean Mail Letter“ erzählt ein Beispiel von der Art und Weise, wie die Yankee's die Indianer bekriegen. Der Artikel schildert und brandmarkt „General Kibbe's letzten Indianerkrieg“: Derselbe wurde angeordnet, weil ein sonst friedlicher, aber um seine Fischereien und Jagdgründe betrogener Stamm einen Ochsen gestohlen hatte! General Kibbe hatte binnen 70 Tagen 15 Schlachten (?) mit den dianern; in 13 davon war er der angreifende Theil; er tödtete über 400 Indianer und nahm 600 gefangen; von seiner 20 Mann zählenden Truppe wurden 3 verwundet und 1 Mann getödtet. Dies zeigt jedenfalls von Ueberlegenheit der Bewaffnung. Aber unter den getödteten Indianern waren über 60 Weiber und Kinder. Ein paar Tagereisen von San Franzisko überfiel der amerikanische Feldherr bei Nacht einen in seiner Rancheria schlafenden Trupp aus 60 Weibern und Mädchen, einer Anzahl Kinder und Säuglinge und 10 unbewaffneten Männern bestehend. Die Ueberfallenen wurden sämmtlich mit Tomahawks, Dolchen und Säbeln niedergemacht, die Fliehenden erschossen; kleine Kinder, die ihren Müttern nachliefen, eingeholt und mit zerschmetterten Schädeln auf einen Leichenhaufen geworfen; Säuglingen an der Mutterbrust oder in Körben wurde die Tomahawkspitze ins Hirn gestoßen. Eine flüchtende indianische Frau versteckte sich in einem Teich an einer Stelle, wo nur ihr Kopf übers Wassers ragte, aber sie ward entdeckt, der Flintenlauf berührte mit der Mündung ihre Stirn und spritzte ihr Gehirn ins Wasser, in welchem ihr Säugling ertrank, und zur Anerkennung für solche Schandthat läßt die Legislatur von Kalifornien eine Summe von 70,000 Dollars unter die Mörder vertheilen! — Der Regierung der Vereinigten Staaten ist ein vom November datirter Bericht der Kommission, welche die sich längs dem 49. Breitengrade hinziehende Grenzlinie zwischen den amerikanischen und den britischen Besitzungen reguliren soll, eingelaufen. Der bis jetzt untersuchte Landstrich wird als gebirgig und mit wenigen Ausnahmen als sehr ungeeignet für die Kolonisation geschildert. In der nächsten Saison wird sich die Thätigkeit der Kommission auf den Landstrich zwischen dem Columbia River und den Rocky Mountains erstrecken. — Laut Berichten vom amerikanischen Geschwader an der afrikanischen Küste war der amerikanische Dampfer „Mystic“ in Begriff, sich nach St. Helena zu begeben, um im Auftrage des Kommodore Inman von dem englischen Gouverneur, Sir Drummond Hay, die Auslieferung der Offiziere und Schiffsmannschaft der von dem britischen Schiffe „Pluto“ genommenen Barke „Orion“ zu begehren, die 888 Sklaven an Bord hatte. — Aus Venezuela wird vom 15. Februar gemeldet, daß das Land noch immer in großer Verwirrung ist und der Bürgerkrieg ohne entscheidende Erfolge fortgesetzt wird. General Zamora von der Regierungspartei ist kürzlich in einem Gefechte bei Valencia geblieben.

Caracas, 23. Febr. [Niederlage der Rebellen.] Im Monat Dezember vorigen Jahres erlitten unsere Regierungstruppen unter General Ramos bei Santa Ines in der Provinz von Varinas eine totale Niederlage, der Art, daß von circa 5000 Mann kaum 500 Mann in guter Ordnung sich nach der Provinz von Trujillo retteten, wohingegen der Rest gefangen, zersprengt und getödtet wurde. Es brachte dies unerwartete Unglück unsere Regierung in die allerkritischste Stellung. Die Rebellen und deren geheime Anhänger, durch den anscheinend entscheidenden Schlag ermuthigt, marschirten gegen die zweit wichtigste Stadt der Republik, gegen Valencia. Auf dem Wege dahin hatten sie die kleine Stadt St. Carlos zu passiren, wo ihnen durch circa 500 Mann Regierungstruppen eine so hartnäckige Resistenz gezeigt wurde, daß die Einnahme dieses Platzes ihnen circa 10 Tage und ihren General Exequil Zamora, ihren besten militärischen Führer, kostete, der bei einem der ersten Stürme gegen St. Carlos getödtet wurde. Die Regierung benutzte die ihr so verschaffte Zeit. Mit unendlicher Thätigkeit und Energie wurde ein neues Heer geschaffen, so daß es gelang, bis zum 23. Januar, wo die Rebellen vor Valencia circa 5 bis 6000 Mann stark erschienen, ihnen fast ähnliche Streitkräfte entgegenzustellen. Bald konnten die Regierungstruppen die Offensive ergreifen, worauf die Insurgenten ihren Rückmarsch ins Innere des Landes antraten. Nachdem noch ein starkes Korps die Streitkräfte der Regierung vermehrt, zogen sie in Eilmärschen jenen nach, und nach soeben eingetroffenen telegraphischen Depeschen war es am 17. Februar bei Caracol, in der Provinz Guarico, zu einem Zusammenstoß und anscheinend entscheidenden Treffen gekommen. Caracol liegt zwischen den Flüssen Apurito und Guarico und circa 40 Leguas entfernt von der ersten Telegraphenstation Victoria, weshalb die Regierung am 23. Februar erst aus Victoria vom Gouverneur jener Provinz folgende Telegramme empfing: Die Vorhut unseres Heeres unter General Brito bestritt circa eine halbe Stunde den Paß des Caracols; diesen forcirt, die Hauptmacht herangerückt, begann ein allgemeines Treffen, welches mit der Niederlage der Rebellen endigte. Viele Leichen bedecken das Schlachtfeld; auch unsere Verluste sind bedeutend, bis jetzt circa 600 Gefangene; 2000 Stück Pferde und Lastthiere, so wie andere Kriegsbeute. Unser Heer, in geeigneten Abtheilungen, verfolgt den zersprengten Feind.

Lima, 12. Februar. [Kriegerische Zustände.] Unsere Nachrichten vom Süden des Landes sind pr. Steamer „Bogotá“, der am 10. d. hier eintraf und außer der Bestätigung der in La Paz unterdrückten Revolution nichts von Belang mitgebracht hat. Linares hatte den General Perez und Bandenführer-Offiziere gefangen nehmen lassen. Vom Norden langte der Steamer „Bolivia“ ebenfalls am 10. d. an mit ca. 700 Mann Truppen an Bord, so daß jetzt ungefähr 2000 Mann im Ganzen von Ecuador zurückgekehrt sein werden. Der Frieden zwischen den beiden Generälen Castilla und Franco ist inzwischen abgeschlossen und waren bereits die Ratifikationen ausgewechselt; dennoch ist es aber die Meinung der von Guayaquil angekommenen Passagiere, daß Castilla jetzt den Rest seiner Truppen nicht zurückziehen könne, indem alsdann der General Franco sich unmöglich gegen Garcia Moreno würde halten können.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

[Der Entwurf der Kreisordnung für die sechs östlichen Provinzen der preußischen Monarchie] umfaßt in 6 Titeln 58 Paragraphen. Tit. I. (§§. 1–6.) Von den Grundlagen der Kreisverfassung. Tit. II. (§§. 7–40.) Von der Kreisvertretung. §. 7. Die Kreisversammlung (der Kreistag) besteht in Kreisen von 30,000 oder weniger Einwohnern aus 20 Deputirten. In Kreisen mit mehr als 30,000 Einwohnern treten für jede Vollzahl von 4000 Einwohnern zwei Vertreter hinzu, jedoch darf die Zahl von 60 niemals überschritten werden. §. 8. Zum Zwecke der Wahl der Kreistagsabgeordneten werden drei Wahlverbände gebildet. 1) Der Wahlverband des großen ländlichen Grundbesitzes; Reinertrag 2000 Thlr. 2) Der Wahlverband der Städte (die Zahl der städtischen Abgeordneten ist nach dem Verhältniß der städtischen und ländlichen Bevölkerung, wie dasselbe durch die letzte allgemeine Volkszählung festgestellt worden ist, zu bestimmen) und 3) der Wahlverband der Landgemeinden. In Kreisen, in welchen keine Stadtgemeinde oder kein dem Wahlverbande des großen ländlichen Grundbesitzes angehöriges Gut gelegen ist, sind nur zwei Wahlverbände zu bilden. In Kreisen, welche lediglich aus mehreren Städten bestehen, finden rücksichtlich der Wahl der Kreistagsabgeordneten nur die in den §§. 15 und 22 gegebenen Bestimmungen Anwendung. Die übrig bleibende Zahl der Kreistagsabgeordneten ist zwischen dem Verbande des großen ländlichen Grundbesitzes und dem Verbande der Landgemeinden nach Maaßgabe des Flächenumfanges der zu jedem dieser Verbände gehörigen Grundstücke zu vertheilen. Die Wahl der städtischen Kreistagsabgeordneten erfolgt durch den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung. §. 26. Die Kreistagsabgeordneten werden auf sechs Jahre gewählt. §. 30. Der Kreistag vertritt die Kreiskorporation in allen den Kreis betreffenden Kommunalangelegenheiten. — Die Verwaltung dieser Angelegenheiten innerhalb der bestehenden Gesetzgebung macht den Gegenstand seiner Berathungen und seiner Beschlüsse aus. Ueber andere Angelegenheiten darf der Kreistag nur dann berathen und beschließen, wenn besondere Gesetze dies gestatten oder wenn er von der Aufsichtsbehörde hierzu ausdrücklich aufgefordert wird. — Tit. III. (§§. 41–49.) Von der Verwaltung des Kreises. §. 41. Der Landrath hat die Angelegenheiten der Kreiskorporationen in Gemäßheit der Beschlüsse des Kreistags und der Gesetze zu verwalten. §. 42. Der Landrath wird von dem Könige ernannt. Wo den Kreisständen oder den Rittergutsbesitzern bisher die Befugniß zustand, dem Könige bei Erledigung des Landrathsamtes drei Kandidaten für dieses Amt zu präsentiren, behält es hierbei mit der Maaßgabe das Bewenden, daß das Präsentationsrecht in Zukunft von dem Kreistage auszuüben ist, und daß die zu Präsentirenden zu den Besitzern des großen ländlichen Grundbesitzes gehören müssen. Der König ist an die Vorschläge des Kreistages nicht gebunden. §. 43. Zur Unterstützung des Landraths in der Verwaltung werden von dem Kreistage aus der Zahl der wählbaren Kreisangehörigen vier Kreisdeputirte auf sechs Jahre gewählt, deren Wahl der Bestätigung der Regierung bedarf. §. 44. Der Landrath und die Kreisdeputirten bilden den Kreisausschuß. Tit. IV. (§§. 50 und 51.) Von dem Kreishaushalte. Tit. V. (§§. 52–54.) Von der Oberaufsicht über die Kreisverwaltung. Tit. VI. (§§. 55–58.) Uebergangs- und Ausführungs-Bestimmungen. §. 7. Mit dem 1. Juli 1861 treten die bisherigen Gesetze und Verordnungen über die Verfassung der Kreise außer Kraft. Die bisherigen kreisständischen Kommissionen bleiben zur anderweiten Beschlußnahme des Kreistages über ihren Fortbestand und ihre Zusammensetzung in Wirksamkeit. PB

Militärzeitung.

Preußen. [Organisation der neuen Kavallerieregimenter; die ausländische Presse über die Armeeorganisation; die Plönnies'schen Patronen.] Die Organisation der 8 aus den hierzu abgegebenen und zusammengestellten fünften Schwadronen der bestehenden 32 Linien-Kavallerieregimenter bei den 8 Linien-Armeekorps zu formirenden neuen Kavallerieregimenter wird sicheren Nachrichten zufolge nach dem Grundsatze erfolgen, daß immer die beiden Kürassier- und die beiden Ulanenregimenter der nächsten beiden aneinander grenzenden Armeekorps ein neues Ulanen-, die vier leichten Kavallerieregimenter derselben zwei Korps aber durch Zusammenstellung ihrer fünften Eskadrons ein neues Dragonerregiment bilden. Die Zutheilung dieser Regimenter an die einzelnen Korps ist fernerhin derart bestimmt worden, daß das 1., 3., 5. und 7. Korps je ein Ulanen-, das 2., 4. 6. und 8. dagegen je ein Dragonerregiment über ihren jetzigen Etat zugetheilt erhalten. Speziell stoßen für das 1. neue oder wahrscheinliche künftige 9. Ulanenregiment die beiden Kürassier- und ebenso Ulanenregimenter des 1. und 2. Korps, und ebenso für das 1. neue oder wahrscheinliche künftige 5. Dragonerregiment die fünften Eskadrons der vier leichten Regimenter dieser zwei Armeekorps zusammen. Das 5. Armeekorps wird beiläufig hierin mit dem 6. rangiren, so daß also das dem ersteren zugetheilte neue oder künftige 11. Ulanenregiment aus den überschüssigen 5. Eskadrons des 5. und 1. Kürassier- und 1. und 2. Ulanen- und dagegen wieder das dem 6. Korps zuzutheilende neue oder 7. Dragonerregiment aus den abgegebenen fünften Eskadrons des 4. Dragoner- und 2., 4. und 6. Husarenregiments zusammengesetzt sind. Bis in den Rheinlanden und Westfalen für die beiden den dort stationirten 7. und 8. Korps zugetheilten neuen Kavallerieregimenter die nöthigen Garnisonplätze ausfindig gemacht und daselbst die erforderlichen Bauten an Ställen, Reit- und Exerzierhäusern ausgeführt worden sind, werden diese zwei Regimenter übrigens ihre vorläufigen Garnisonen in der Altmark erhalten, wo sie nach erfolgter Zutheilung zu ihren Korps späterhin durch die neuen Regimenter des 3. und 4. Korps ersetzt werden sollen. Bekanntlich befanden sich vor 1806 in diesem Landestheile ebenfalls die Garnisonen der eigentlichen preußischen Kavalleriereserve (allein 6 Kürassier- und außerdem noch 3 Dragoner- und 2 Husarenregimenter, die letzten beiden zu 10, die anderen zu 5, zusammen also 65 Eskadrons, ohne die der märkischen und Magdeburgischen Inspektion eigens zugetheilten Kavallerieregimenter) und es scheint, daß man hier in Zukunft etwas ähnliches zu bilden beabsichtigt. — Es erscheint in der That auffällig, daß in der ausländischen Militär- und Tagespresse die projektirte neue preußische Armeeorganisation so geringe Fürsprache findet. Nur der französische „Constitutionnel“ und einige geringere französische Organe haben sich bisher bedingungsweise günstig für dieselbe geäußert, verbunden jedoch mit dem verfänglichen Rath an die preußische Regierung für den Fall, daß die preußischen Kammern die Mittel zur Durchführung dieser Militärreform verweigern sollten, dieselbe auch wider deren Willen durchzuführen, oder diese Reform noch während der Kammerdebatten ins Werk zu setzen, um dadurch den Kammern gegenüber mit einer bereits fertigen und vollendeten Thatsache eintreten zu können. Die deutschen „Militär-Zeitungen“ haben alle ohne Ausnahme, und zwar jetzt auch zuletzt noch mit einem Artikel für die nur $1\frac{1}{2}$-, also nicht einmal 2jährige aktive Dienstzeit bei der Infanterie, die unter den deutschen „Militär-Zeitungen“ jedenfalls die erste Stelle einnehmende „Allgemeine Militär-Zeitung“ mehr oder minder wider diese neue Organisation Partei genommen. Wie die Dinge gegenwärtig in Deutschland stehen, muß freilich dahingestellt bleiben, ob in diesem Verfahren nicht eher eine Empfehlung, als eine Negirung der neuen preußischen Militärvorlage erkannt werden muß. — Die in letzter Zeit vielbesprochenen und auch in unserer „Militär-Zeitung“ bei Gelegenheit besprochenen und, so weit dies aus Zeichnungen geschehen konnte, beschriebenen Plönnies'schen Kartätschpatronen, welche durch Theilung des Geschosses in vier Einzelgeschosse dem Feuer des gezogenen Gewehrs eine Art Kartätschwirkung sichern sollten, haben, dem Vernehmen nach, ebensowenig als einige sich hieran anschließende ähnliche preußische Erfindungen in den Versuchen, welche damit im Verlauf dieses Winters in der großen Schießschule zu Spandau angestellt worden sind, die Proben bestanden. Entgegengesetzt sind darüber freilich aus Süddeutschland und namentlich aus Darmstadt günstige Resultate veröffentlicht worden.

Frankreich. [Die künftige Organisation der Artillerie.] Nach dem „Moniteur“ wird die künftige Neuorganisation der französischen Artillerie in folgender Weise vollzogen werden: Die Depotkadres der 17 Linien-Artillerieregimenter werden aufgelöst, ebenso die (beiläufig immer nur auf dem Papier bestandenen) 30 Parkbatterien und die 4 Kompagnien Fahrmannschaften, welche den ersten 6 Regimentern zu Fuß zugetheilt waren. Dafür sollen 20 neue Fußbatterien organisirt und zu je 4 auf die 5 ersten Regimenter vertheilt werden. Die 105 Batterien fahrender Artillerie werden um 5 vermindert und die übrigen 100 in 10 Regimenter eingetheilt, darunter 3 neue. Diese Regimenter werden neu formirt und erhalten die Nummern 14, 15, 16; die Nummern 17–20 führen dann die 4 Regimenter reitender Artillerie. Der Artillerietrain wird wieder hergestellt mit 6 Schwadronen, jede zu 5 Kompagnien; ein Oberst führt den Befehl über das Ganze. Bei der Garde werden die Depotkadres der beiden Regimenter aufgelöst und soll dafür eine Division Fußartillerie, bestehend aus 1 Batterie und 1 Kompagnie Pontoniers neu gebildet werden. Das Regiment Garde-Fußartillerie wird in ein fahrendes Regiment von 8 Batterien (früher 10 Fußbatterien) umgewandelt. Ferner wird 1 Schwadron Artillerietrain zu 2 getrennten Kompagnien organisirt. Sämmtliche Kadres der Artillerie sind permanent. Die Trainkompagnie kann in zwei Theile zerlegt und jede für sich auf Kompagniestärke gebracht werden. In Kriegszeiten kann für alle Regimenter und Trainschwadronen ein Depotkadre errichtet werden. Die Fußartillerie und der Train werden im Kriege gemischte Batterien bilden, denen ausschließlich die Bedienung der Gebirgs- und Raketenbatterien, so wie eines Theiles der Reservebatterien anheimfällt. Da für 20 neu errichtete Batterien à 6 Geschütze 5 fahrende Batterien und 1 Fußbatterie der Garde zu je eben so viel Geschützen ausfallen, wird beiläufig diese Vermehrung der französischen Artillerie nicht wie erst behauptet wurde 216 oder 218, sondern nur 14 mal 6, also zusammen 84 Geschütze betragen. —p.

Lokales und Provinzielles.

R Posen, 27. März. [Ueberschwemmung.] Der eintretende Frühling hat uns diesmal, wie fast vorauszusehen war, einen sehr hohen Wasserstand (heute 9 F. 4 Z.) und in Folge dessen wenigstens schon Anfänge von Ueberschwemmungen gebracht. Die Passage längs der Dammstraße zwischen der Stadt und dem Kalischer Thore hat deshalb gesperrt werden müssen (s. d. Inserate), da die Warthe dort den kleinen Damm überfluthet hat. Auch die Eichwaldstraße war gestern Nachmittag in der Gegend von Kolumbia und Eldorado überschwemmt, und da das Wasser seit gestern wieder um 10 Zoll gestiegen ist, so dürfte die Ueberfluthung sich noch weiter ausgedehnt haben. Nähere Nachrichten darüber sind uns bis jetzt nicht zugegangen.

R — [Berichtigung.] So eben geht uns folgendes Schreiben zu: „Herr Redakteur! Nicht Unterbeamte, zu welchen bekanntlich nur Boten gehören, sind neben der Leiche des Bürgermeisters Guderian hergegangen und haben dieselbe zur Gruft getragen, wie es in Nummer 73 der „Posener Zeitung“, unter Lokalem heißt, sondern es ist dies von Subaltern-Beamten geschehen. Wir bitten ergebenst, danach Ihre Mittheilung zu berichtigen. Posen,

den 27. März 1860. Im Namen der übrigen Träger. **Maciejewski**, Stadtsekretär. **Seichter**, Sparkassen-Kontroleur. **Syminski**, Registr. Assist."

S — [**Frl. Marie Moesner**], k. k. Kammervirtuosin, ist gestern hier zum zweiten Male, und zwar im Stadttheater aus Gefälligkeit für die Benefiziantin Frl. Kristinus, vor einem sehr zahlreich versammelten Publikum aufgetreten, und hat auch hier, wie ja nicht anders zu erwarten stand, sich durch ihre meisterhaften Leistungen den rauschendsten Beifall und — was noch mehr sagen will — die ungetheilteste, warm empfundenste Anerkennung errungen. Wir haben schon gestern unsere Ansicht über diese große Harfenkünstlerin eingehender darzulegen versucht, und haben Dem kaum etwas hinzuzufügen, da sich das Gesagte wiederum in jeder Weise vollkommen bestätigt hat. Daß der schöne Klang der Harfe auf der Bühne, namentlich wo geschlossene Dekorationen nicht vorhanden sind, sehr beeinträchtigt wird, haben wir ebenfalls bereits erwähnt und es hat sich das gestern auch ergeben. Wenn die junge Künstlerin trotzdem so außerordentliche Erfolge erzielte, so spricht das doppelt für ihre Meisterschaft. Sie trug die große Phantasie über englische Lieder von Parish-Alvars, und la danse des Sylphes von Godefroid vor, und ward nach jeder Pièce wiederholt stürmisch gerufen.

\# **Kreis Samter**, 25. März. [**Wohlthätigkeit.**] Der Vorstand des Frauen- und Jungfrauen-Vereins der Stadt und des Kreises Samter hat über seine Wirksamkeit dem Kuratorium der Allgemeinen Landesstiftung als Nationaldank zu Berlin für das abgelaufene Jahr 1859 den Jahresbericht überreicht. Die Einnahme pro 1859 betrug mit Einschluß eines Bestandes von 29 Thlrn. 50 Thlr.; die Ausgabe 22 Thlr., welche an 5 Veteranen und 3 Veteranenwittwen an festlichen Tagen vertheilt wurden. (Zwei der Veteranen sind inzwischen verstorben.) Am diesjährigen Geburtstage Sr. K. H. des Prinzen von Preußen wurden an 5 Veteranen und 1 Veteranenwittwe 12 Thlr. an Unterstützungen verabreicht. In Folge der von der Vorsitzenden des Vereins, Frau Kr. Ger. Räthin Weißleder, in Verbindung mit den Vorstandsmitgliedern ergangenen Einladung zu laufenden freiwilligen Beiträgen zur Unterstützung hülfsbedürftiger Landwehrfamilien, deren Ernährer im vorigen Jahre einberufen waren, sind innerhalb des Vereins und aus allen Ständen der Einwohner Samters gezeichnet und für den Monat Juli v. J. gezahlt 10 Thlr. 5 Sgr., welche an 11 Familien in Samter vertheilt wurden.

r **Wollstein**, 25. März. [**Verhaftung; Saaten; Zustände.**] Seit mehreren Wochen schon zirkulirten in hiesiger Stadt und Umgegend in nicht unbedeutender Zahl falsche Einthalerstücke, welche theils das Gepräge 1814, theils 1815 trugen und an ihrem bläulichen Aussehen zu erkennen waren, ohne daß es den sorgfältigsten Recherchen der Polizeibehörde gelungen wäre, dem Verbrechen auf die Spur zu kommen. Es wurde endlich gestern bei einem hiesigen ansässigen Bürger, auf den sich durch Zufall der Verdacht lenkte, Haussuchung gehalten und bei demselben gegen 150 Falsifikate vorgefunden. Der Inkulpat wurde sofort verhaftet, und die eingeleitete Untersuchung dürfte sämmtliche Mitschuldige der Falschmünzerei (es werden nämlich deren mehrere vermuthet) ergeben. — Die sämmtlichen Wintersaaten, mit Ausnahme der Oelsaaten, die Anfangs durch den trockenen Frost und später durch die Nässe einigermaßen gelitten haben sollen, haben ganz gut überwintert und berechtigen zu guten Ernteresultaten. Seit dem Eintritt der bessern Witterung wird auch mit der Aussaat der Erbsen und Frühgerste vorgegangen, und man sieht bereits viele fleißige Hände auf dem Felde beschäftigt. Nur die Tagearbeiter, die in früheren Jahren bei den Chausseebauten und bei den Obrameliorationsarbeiten im hiesigen Kreise Beschäftigung gefunden, warten bis jetzt vergebens auf Arbeit und befinden sich deshalb in einer äußerst gedrückten Lage.

ξ **Bromberg**, 26. März. [**Politische Versammlung; Stadtverordnetenversammlung; Flucht; Vorlesung; die Weichsel.**] Da die Petition in Betreff der Militärvorlagen (s. Nr. 70) noch nicht von allen Wahlmännern liberaler Gesinnung hier unterzeichnet war, so war am Sonnabend eine zweite Versammlung anberaumt, der außer den Wahlmännern auch viele andere Bürger beiwohnten. Nachdem Justizrath Geßler zum Vorsitzenden erwählt worden, machte er die Anwesenden auf die überaus große Wichtigkeit der Militärvorlagen aufmerksam. Er deutete die nicht geringen Schwierigkeiten an, in welche die Abgeordneten, diesen Vorlagen gegenüber, gerathen dürften, und wies darauf hin, wie es sowohl den Abgeordneten als dem „Ministerium des Fortschritts" nur wünschenswerth sein könne, daß sich aus dem Lande möglichst viele Stimmen über diese neue Heeresorganisation vernehmen ließen. Schließlich theilte er den Inhalt der Petition mit, worin außer der Abkürzung der Militärzeit auf 2 resp. 3 Jahre auch noch der Wunsch rücksichtlich des Avancements gebildeter Unteroffiziere zu Offizieren ausgesprochen und um die größtmöglichste Veringerung der Kosten, wobei besonders auch die hohen Pensionen der Offiziere in Betracht zu ziehen wäre gebeten wird. Die Abgeordneten unsres Wahlkreises, an welche diese Petition speziell gerichtet ist, werden dringend ersucht, dieselbe der strengsten Prüfung zu unterwerfen. Hr. G. lud, da Niemand weiter zu sprechen wünschte, die Wahlmänner, denen die Petition noch nicht vorgelegen, zum Unterschreiben ein. Sie hat den allgemeinsten Anklang gefunden und soll in diesen Tagen noch in die beiden übrigen Kreise unsres Wahlbezirks (Inowraclaw und Wirsitz) geschickt werden. — Der bei dem Magistrate Seitens des Dir. Keller gestellte Antrag wegen des Erlasses der ganzen Theatermiethe für eine Vorstellung, zu der die Waisenkinder der Stadt Freibillets erhalten hatten, wurde von den Stadtverordneten nicht acceptirt; es wurde nur die Hälfte (also 5 Thlr.) erlassen, weil man der Ansicht war, daß der Werth der Freibillets mehr als genügend dadurch gedeckt sei. Bei den Ergänzungswahlen der Stadtverordneten für das Armendirektorium und die Schuldeputation wurde der Magistrat ersucht, in diesen städtischen Aemtern eine Vermehrung der Mitgliederzahl bei der k. Regierung zu veranlassen, da die fortwährende Vergrößerung der Stadt eine solche nothwendig mache. — Am Freitag Vormittags entsprang aus dem hiesigen Gerichtsgefängnisse der Untersuchungsgefangene Zakrzewski von hier, indem er bei einem Gange nach dem Hofe über die ziemlich hohe Mauer setzte. Der Entsprungene konnte trotz aller Nachsuchungen nicht ermittelt werden. In der nächsten Nacht werden die Gesellen eines hiesigen Bäckermeisters durch ein Geschrei des im Stalle befindlichen Schweines geweckt. Sie fanden dort den Z. so eben mit dem Schlachten des Schweines beschäftigt. Er wurde natürlich sogleich der Polizei übergeben. Er hatte, um in den Stall zu gelangen, das Dach abgedeckt. — Frau Pfannenschmied (Julie Burow) hielt vorgestern in diesem Johre ihre erste Vorlesung über die Frauen der Griechen (besonders auch über den Charakter der Xantippe), Römer und Juden. Die Vorlesung war zahlreich, jedoch fast ausschließlich von Damen besucht (etwa zwei Herren hatten sich nur betheiligt). — Bei Schulitz hat das Eis der Weichsel sich schon an verschiedenen Stellen vorwärts gerückt; ein Uebergang über dasselbe ist nicht mehr möglich. Bei Fordon ist das Eis schon abgegangen und der Strom befreit; oberhalb scheint das Eis jedoch noch fest zu stehen, da gar keins den Strom herunter kommt. Das Wasser wächst indeß nicht, woraus zu schließen, daß unterhalb keine Stopfung eingetreten; die Befürchtungen der Niederungsbewohner dieser Gegend wegen einer Ueberschwemmung dürften daher glücklicherweise sich nicht realisiren.

Berichtigung.

In der gestr. Ztg. ist durch ein Korrekturversehen S. 3, Sp. 1, Z. 12 v. ob. das Wort „Geschäftsschreibung" stehen geblieben. Der verständige Leser sagt sich wohl selbst, daß es „Geschichtschreibung" heißen müsse.

B **Posen**, 26. März. [**Stadttheater.**] Am Sonntag wurde neu einstudirt gegeben: „Die Geschwister," Schauspiel in 5 Akten von Raupach. Das Publikum folgte mit einer Spannung, die sich immer mehr steigerte, in lautloser Stille dem Verlaufe der Handlung. Diesen Erfolg verdankt die Aufführung vorzugsweise den ausgezeichneten Leistungen der Herren F. Richter (Justizrath Waller), Goppé (v. Wildenberg, Referendar) und vor allen Dingen dem schönen Spiele der reichbegabten Frau M. Kierschner. Herr F. Richter hatte die peinliche und undankbare Rolle des Verbrechers übernommen; das Publikum war von solcher sittlicher Entrüstung gegen die dargestellte Rolle ergriffen, daß es fast ganz vergaß, dem Darsteller den wohlverdienten Beifall auszudrücken. Hr. Goppé war ein vortrefflicher Interpret der Absichten des Dichters; es gelang ihm, die Verzagtheit und den Unmuth des in seinen Lebensaussichten getäuschten aufstrebenden jungen Mannes, der dem vermeintlichen Unglück fast erliegt und ihm zu unterliegen droht, durch wahres Unglück aber wieder gehoben und sittlich gekräftigt wird, mit überzeugender Wahrheit dem Zuschauer zum Verständniß zu bringen. Frau M. Kierschner brachte vortrefflich die engelhafte Herzensgüte der Eugenie, verbunden mit einer außerordentlichen intellektuellen Klarheit und richtigen Abwägung und Würdigung der Verhältnisse und Ereignisse zur Anschauung und zum Bewußtsein. Frau M. Kierschner erweckte die lebhafteste Theilnahme und Sympathie für den von ihr dargestellten Charakter. Frau M. Kierschner verbindet mit einer edlen Gestalt, mit einem gefälligen Gesichtsausdrucke, mit reiner klangvoller und wohllautender Stimme, ein klares geistiges Verständniß und seltenes Studium. Dabei besitzt sie eine große Beherrschung ihrer Mittel und eine weise Oekonomie ihrer Kräfte, so daß der Zuschauer wohl empfindet, welcher Steigerung ihr Spiel noch fähig wäre, wenn Inhalt und Situation des Drama es erfordern sollte. Herr H. Richter als (Gerichtsrath Feldner) und Herr Freytag (Knorring) zeigten sich ebenfalls ganz brav, und die übrigen Mitspieler störten wenigstens nicht geradezu. — Das Publikum war sehr befriedigt, zollte Beifall, wo er wohl verdient war, und ehrte die besten Darsteller durch mehrfachen Hervorruf.

Strombericht.

Oborniker Brücke.

Am 25. März. Kahn Nr. 55, Schiffer Friedr. Andersch, Kahn Nr. 1790, Schiffer Ernst John, und Kahn Nr. 1044, Schiffer Franz Stubrawa, alle drei von Schwerin nach Posen leer.

Angekommene Fremde.

Vom 27. März.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Kaufleute Rosendorff aus Schwedt, Kolbe aus Frankfurt a. M., Böttcher aus Dresden, Lilienthal, Gilowy und Bodenstein aus Berlin, Fraustädter aus Hamburg, Schulze aus Stettin und Rosenheim aus Heidingsfeld, Oberstabsarzt Dr. Massalin aus Posen und Baumeister Rose aus Kosten.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Gutsb. v. Brodnicki aus Nieświastowice, Student v. Chłapowski und die Kaufleute Joel aus Berlin und Glück aus Breslau.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsb. Jouanne aus Lussowo und Herse aus Baborowko, die Kaufleute Wendland aus Berlin und Schottländer aus Breslau.

HOTEL DU NORD. Rittergutsbesitzer v. Moszczeński aus Jeziorki, Frau Gutspächter Wize aus Cikkowo, die Kaufleute Rohr aus Breslau und Peltesohn aus Berlin.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Kaufleute Werner aus Glauchau, Gehrmann aus Berlin und Simonin aus Chamagno, Rittergutsb. Nobiling aus Kolno, Wirthsch. Inspektor Heinze aus Thorn und Gutsb. v. Waligórski aus Rostworowo.

BAZAR. Die Gutsb. Graf Mielżyński aus Köbnitz, v. Szołdrski aus Osiek und v. Łącki aus Posadowo.

SCHWARZER ADLER. Frau Frankowska aus Ustaszewo, Frau Niemcowicz aus Targowagórka, Frau Rittergutsb. v. Jasińska aus Michalcza, Rittergutsb. Dr. Puffke aus Miaskowo und Kaufmann Stejnowicz aus Wreschen.

HOTEL DE PARIS. Kaufmann Jarecki aus Pogorzeła, Gutsverwalter Danysz aus Pietrowo, die Gutsb. v. Budziszewski aus Xiążek, v. Niegolewski aus Włościejewki und Lichtwald aus Bednary.

HOTEL DE BERLIN. Rittergutsbes. Meißner aus Klekrz, Gutspächter v. Grabowski aus Uchorowo, die Gutsb. Schatz nebst Frau aus Obornik, Josephy nebst Frau aus Neuvorwerk und Jordan nebst Frau aus Chomęcice, Oberinspektor Büttner und die Oekonomen Rosenthal aus Rożnowo und Pauli aus Rokitnica, Fräul. Krüger und Kaufmann Krüger jun. aus Grätz.

HOTEL DE VIENNE. Frau Gutsb. v. Rogalińska aus Ostrobudki.

BUDWIG'S HOTEL. Inspektor Mierzyński aus Walkowitz, die Kaufleute Joel und Winter aus Konin, Salomon aus Grünberg und Goldbaum aus Żerkow.

EICHENER BORN. Die Kaufleute Rosenstock aus Lissa, Machol aus Czempin, Reich aus Wreschen und Simon aus Nekla.

DREI LILIEN. Kaufmann Knoll aus Grätz.

PRIVAT-LOGIS. Die Seifensiedermeister Tamm und Prietz aus Strzelno, Thorstraße Nr. 10a.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Die Passage längs der Dammstraße zwischen der Stadt und dem Kalischer-Thor ist in Folge des gestrigen Wasserstandes der Warthe gesperrt. Fuhrwerke, welche das Kalischer-Thor passiren, haben daher, so lange der Wasserstand anhält, den Weg längs der Wallstraße bis zum Warschauer-Thor zu nehmen.

Posen, den 26. März 1860.

Königl. Polizei-Direktorium.

Bekanntmachung.

Im Auftrage des Herrn Provinzial-Steuer-Direktors zu **Posen** wird das unterzeichnete Hauptamt, und zwar im Amtsgelasse des Steueramts zu **Schneidemühl**

am 18. April 1860 um 11 Uhr Vormittags

die Chausseegeld-Erhebung der Hebestelle **Smilowo** zwischen **Schneidemühl** und **Wirsitz** an den Meistbietenden mit Vorbehalt des höheren Zuschlages vom 1. Juni 1860 ab zur Pacht ausstellen.

Nur dispositionsfähige Personen, welche vorher mindestens 100 Thlr. baar oder in annehmbaren Staatspapieren bei dem Steuer-Amte **Schneidemühl** zur Sicherheit niedergelegt haben, werden zum Bieten zugelassen.

Die Pachtbedingungen können sowohl bei uns als bei dem Steueramte zu **Schneidemühl** während der Dienststunden eingesehen werden.

Chodziesen, den 18. März 1860.

Königliches Haupt-Steueramt.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Kosten, Abtheilung I.

Kosten, den 5. Februar 1860.

Das dem Kaufmann **Elias Laskowicz** gehörige, zu **Kosten** sub Nr. 19 belegene Hausgrundstück, abgeschätzt auf 6122 Thlr. 28 Sgr. zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am

3. September 1860 Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle im neuen Gefängnißgebäude subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei uns anzumelden.

Bekanntmachung.

In unserem Depositorium befinden sich folgende Massen, deren Eigenthümer theils überhaupt, theils ihrem Aufenthalt nach unbekannt sind:

1) die **Michael Wielinski**sche Spezial-Fundmasse im Betrage von 20 Sgr. 10 Pf., als der Auktionserlös einer J. B. gezeichneten silbernen Gabel;

2) die **Johann Czarnecki**sche Spezial-Fundmasse im Betrage von 1 Thlr. 5 Sgr., als der Auktionserlös eines Sackes mit Weizen;

3) die **Dembeck**sche Spezial-Fundmasse im Betrage von 1 Thlr. 16 Sgr. 8 Pf., als der Auktionserlös eines grünen Tuchrocks;

4) die **v. Wolanski**sche Spezial-Fundmasse im Betrage von 1 Thlr. 1 Sgr. 6 Pf. als der Auktionserlös einer Axt, eines Bohrers, einer Feile und vier Säcke;

5) die Spezialmasse **Chrząstowski** ex **Posadzy**, im Betrage von 52 Thlr. 11 Sgr. 7 Pf., den früher zu **Gniewkowo** wohnhaften **Anton Posadzy**schen Eheleuten gehörig.

Die Eigenthümer oder deren Erben werden benachrichtigt, daß diese Gelder, falls binnen vier Wochen Niemand die Auszahlung nachsucht, zur Justizoffizianten-Wittwenkasse werden abgeliefert werden.

Inowraclaw, den 14. März 1860.

Königliches Kreisgericht.

Oeffentliche Prüfung in der Realschule.

Dr. Brennecke ladet ein zum Besuche der **öffentlichen** Prüfung in der Realschule, welche am Donnerstage dem 29. März Vormittags von 8 Uhr und Nachmittags von 2 Uhr, am Freitage dem 30. März Vormittags von 8 Uhr veranstaltet werden wird. Lokal: Schulsaal, Breslauerstraße Nr. 30.

Die Aufnahmeprüfung für neue Schüler findet Montag den 16. April um 8 Uhr statt.

Pensions-Offerte.

Zwei Pensionäre, welche die unteren Klassen der höheren Schulen hier besuchen, können in die Familie eines Beamten aufgenommen werden. Die Wohnung liegt gesund und frei unweit der Promenade. Die Leitung und Nachhilfe in den Schularbeiten, bis einschließlich Tertia, wird zugleich mit gewährt. Meldungen werden möglichst vor dem 1. April erbeten, wegen nothwendigen Arrangements hinsichts der Wohnung. Frankirte Anfragen unter **V. R. H.** befördert die Zeitungsexpedition an die Adressen.

Möbel- und Flügel-Auktion.

Im Auftrage des königl. Kreisgerichts hier werde ich **Mittwoch den 28. März c.** Vormittags von 9 Uhr ab in dem **Auktionslokal Magazinstraße Nr. 1**

Mahagoni- und Birken-Möbel,

als: **einen Birken-Flügel**, Schreibsekretär, Sophas, Kleider-, Wäsche- und Küchenspinde, **einen Mahagoni-Trumeau**, Spiegel, Kommoden, Tische, Stühle, eine Servante, eine Wanduhr;

ferner: Betten, Kleidungsstücke, **93 feine Pariser Mützen, 100 Bouteillen Champagner**, 3 Mille gute Cigarren, kupferne Geschirre, Hausgeräth und einen Arbeitswagen mit Leitern

öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung versteigern. **Zobel**, gerichtlicher Auktionator.

Möbel-Auktion.

Mittwoch am 28. März c. Vormittags von 9 Uhr ab werde ich **im Hause Friedrichsstraße Nr. 21 wegen Verzuges**

Mahagoni-, Birken- und Elsen-Möbel, Glas- und Porzellansachen, sowie Haus-, Küchen- und Wirthschafts-Geräthe

gegen baare Zahlung öffentlich meistbietend versteigern.

Lipschitz, Auktionskommissarius.

Möbel-, Wagen- u. Champagner-Auktion.

Im Auftrage des königlichen Kreisgerichts hier werde ich **Freitag, den 30. März c., Vormittags von 9 Uhr ab**, in dem **Auktionslokal, Magazinstr. Nr. 1**,

Mahagoni-, und Birken-Möbel,

als: Sopha's, Kommoden, Kleider-, Speise-, und Küchen-Spinde, Tische, Stühle, Spiegel, 4 Stück Leinwand, 6 neue seidene Regenschirme, Betten, Kleidungsstücke, Gardinen, Bett- und Steppdecken, Kupfer-, Glas und Porzellan-Geschirr, Küchen-, Haus- und Wirthschaftsgeräthe, **100 Bouteillen Champagner**, und um Punkt 12 Uhr

einen noch guten leichten ganz verdeckten Reisewagen auf Druckfedern

öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung versteigern. **Zobel**, gerichtlicher Auktionator.

Eine Partie Weißbuchen Rundholz zu Mühlenkämmen und Schuhmacherblöcken ꝛc. geeignet, ist zu verkaufen Graben Nr. 7 bei

H. Bielefeld.

Rosen-Bäumchen.

Eine der neuesten und schönsten Sammlung von circa 150 Sorten, als: **Remontanten, Mosrosen, Gallica, Hybriden, Noisett** und **Trauerrosen**, von 3—8 Fuß Höhe, à Stück 10 bis 15 Sgr., sind 6 bis 8 Schock zu verkaufen bei

Fr. Grünert,
Kunst- und Handelsgärtner
in **Lissa** (Grh. Posen).

Dom. **Pomarzanki** bei **Klecko** verkauft Saathafer à 25 Thlr. den Wispel.

100 Mutterschafe

im Alter von 1—5 Jahren, stehen in **Mecklenburg** zum Verkauf, und können aus der ganzen Heerde **ausgesucht** werden. Schurgewicht durchschnittlich $3^1/_2$ Pfd. pro Stück bei Spritzwäsche. Abnahme nach der Schur. Nähere Nachricht ertheilt

Mercker auf **Woltersdorf**
bei **Freyenwalde** in Pommern.

Gute litthauische Reit- und Wagenpferde stehen zum Verkauf bei

Heimann Bein,
Friedrichsstr. Nr. 27.

Frühjahrsmäntel

für Knaben und Mädchen empfing in neuester Façon und reichster Auswahl

E. Lisiecka,
Friedrichsstr. 36, vis-à-vis der Postuhr.

Die von **M. L.** aus **G.** in der Beilage der Posener Zeitung vom 26. d. annoncirten Waaren sind ohne Marktschreierei in bei weitem größerer Auswahl und anerkannter Reellität täglich zu noch billigeren Preisen zu bekommen bei **J. Bendix.**

Streng reeller Ausverkauf

im Laden Wilhelmsstraße Nr. 9 (im Hause des Kaufmanns Herrn **Jacob Appel**, gegenüber von Mylius' Hotel)

von leinenen und halbleinenen Waaren

unter Garantie. Was die Qualität der Waaren anbelangt, bürgt hoffentlich mein seit einer Reihe von 15 Jahren hierorts erlangtes Rennommé, und was die billigen Preise anbelangt, so verspreche ich billiger zu verkaufen, als irgend ein Konkurrent, mögen die Mittel und Vorwände sein, welche sie wollen, und ersuche um gütige

Ueberzeugung.

Herrmann Cohn aus Berlin.

Aus schon bekanntem Preiskurant ist zu ersehen, wie viel billiger ich verkaufe.

Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß wir zu diesem Markt mit einem sortirten Lager **Herren-** und **Damenstiefeln** wieder eingetroffen sind. Der Stand ist wie gewöhnlich.

Knebel, Borozinsky, Gärtig und Dörfel
aus Frankfurt a. O.

Für Floßmeister.

Starke Kleisten à 2 Sgr. pro Stück verkauft der Ablagewächter ***Schlecht*** auf der Dembnoer Ablage oberhalb der Fähre.

Magazin von Möbeln und Polsterwaaren, Spiegeln und Parquet-Fußböden

unter Garantie für Gediegenheit und Dauerhaftigkeit.

S. Kronthal & Söhne.

Ganz neu. **Markt-Anzeige.** Ganz neu.
Treffe am Dienstag ein.
Aufgezeichnete Kragen, Aermel, Tücher, Striche, Röcke, Tollkragen, Anti macasar, angefangene Stickereien in größter Auswahl; auch Stickbaumwolle in allen Nummern.
Neueste Metallschablonen zum Selbstzeichnen für Damen, Bogen rc., das Beste, was darin bis jetzt existirt.
Mein Stand ist vis-à-vis der Weinhandlung des Herrn **Freudenreich.**
A. Reimann,
Zeichner und Metallschablonen-Frabrikant aus **Berlin.**

Ausverkauf.

Eine Partie **Möbel** und **Spiegel** werden, um zu räumen, zu bedeutend herabgesetzten Preisen verkauft.
F. Haller, Wilhelmsplatz Nr. 7.

Im Besitz unserer diesjährigen Tapeten empfehlen wir ein Lager von

Tapeten in 500 neuen Mustern

zu allen Preisen in geschmackvollen Dessins. Aeltere Muster zu herabgesetzten Preisen.

Probekarten nach auswärts auf Verlangen.

S. Kronthal & Söhne.

יין כשר, על פסח, יין כשר
den ich in Kommission habe, verkaufe ich in bester Auswahl zu den **billigsten** Preisen.
Meyer Hamburger, Krämerstr. 19, im Lokale des Herrn **Seelig Gutmacher,** neben Budwigs's Hôtel.

יין של פסח
wie auch **Butter, trockenes Obst** und **Materialwaaren**
בהכשר
bei **J. Alexander,** alten Markt 18/19.

Hamburger Speckbücklinge empfing **Isidor Appel,** neb. d. k. Bank.

Verkauf-מצות
Büttelstraße Nr. 5 Parterre werden große Maschinen-מצות zu 1 Thlr. 10 Sgr. pro 100 Stück verkauft. Die Bäckerei wird unter meiner Aufsicht geleitet. **S. L. Becker.**

Frisch geräucherte und **marinirte Aale,** sowie **Speck-Flundern** empfiehlt in bester Qualität
Carl Reppich, Sapiehaplatz 7.

Bekanntmachung,
die allgemeine deutsche National-Lotterie betreffend.

Vielseitige Anfragen in Betreff früher ertheilter Provisionsversprechungen bei Entnahme von Loosen der allgemeinen deutschen National-Lotterie, veranlassen zu der Erklärung, daß man sich an denjenigen, welcher solche Zusicherungen gegeben hat, zu halten habe, indem dieser seine Offerten, bei denen wir nicht betheiligt sind, zu vertreten hat.

Wir bitten daher mit ferneren Zuschriften in jener Beziehung uns gefälligst zu verschonen, indem wir darauf zu antworten außer Stande sind.

Dresden, den 21. März 1860.
Das Hauptbureau der allgemeinen deutschen National-Lotterie.

Ziehung **1. April.** **200,000 Gulden** Hauptgewinn Ziehung **1. April.**

der Oestreich'schen Eisenbahn-Loose.

Hauptgewinne des Anlehens sind: 21mal fl. **250,000,** 71mal fl. **200,000,** 103mal fl. **150,000,** 90mal fl. 40,000, 105mal fl. **30,000,** 90mal fl. **20,000,** 105mal fl. **15,000,** und 2040 Gewinne von fl. **5000** bis abwärts fl. **1000.** — Der geringste Preis, den mindestens jedes Obligationsloos erzielen muß, ist **125** Gulden. — Kein anderes Anlehen bietet so große und viele Gewinne verbunden mit den höchsten Garantien. — Pläne werden Jedermann auf Verlangen gratis und franko übersandt, ebenso Ziehungslisten gleich nach der Ziehung. — Um überhaupt der günstigsten Bedingungen, welche Jedermann die Betheiligung ermöglichen, so wie der reellsten Behandlung versichert zu sein, beliebe man sich **direct** zu richten an

STIRN & GREIM,
Bank- und Staats-Effektengeschäft
in **Frankfurt a. M.,** Zeil 33.

NB. Diese Loose haben bei der Gewinn-Auszahlung **keinen Abzug** zu erleiden. Jede weitere **Aufklärung** gratis.

Passagiere nach Amerika rc.

werden von dem Unterzeichneten am 1. und 15. jeden Monats sowohl per Dampf- als auch Segelschiffe, zu den billigsten Hafenpreisen prompt expedirt.
S. J. Auerbach in Posen, Eisenhandlung.

Wilhelmsplatz Nr. 14 b, zwei Treppen hoch, ist wegen Versetzung eine neutapezirte Wohnung von 4 Stuben, Entrée, Küche, Vorrathskammer, zwei Kellern, Holzstall und Bodenkammer zum 2. April c. zu vermiethen.

Eine möblirte Stube ist zu vermiethen kleine Gerberstraße Nr. 2 bei **S. Müller.**

Schifferstr. 20, 1. Stock, ist 1 möbl. St. zu verm.

Breitestraße Nr. 21 ist ein Zimmer sogleich zu vermiethen. Näheres in der Papierhandlung daselbst.

Ein Schanklokal event. Laden nebst Wohnungen und Kegelbahn kann noch vom 1. April d. J. ab Grünestraße Nr. 6/7 (Bernhardiner Marktplatz) vermiethet werden. Posen.

Ein im Holzgeschäft routinirter junger Mann wird gesucht; geeignete Bewerber wollen sich in der Expedition dieser Zeitung melden.

Eine Rechnungsführer
wird für ein umfangreiches Etablissement gegen gutes Gehalt gesucht. Auftrag: **W. Risleben** in Berlin.

Ein **Wirthschaftsschreiber** findet vom 1. Juli d. J. auf dem Gute **Lubosin** bei **Pinne** ein Unterkommen. Bewerber, welche beider Landessprachen kundig sind, wollen sich unter Einreichung ihrer Zeugnisse baldigst melden.

Ein zuverlässiger, tüchtiger Wirthschaftsschreiber, beider Landessprachen mächtig, findet vom 1. April c. Placement. Zu erfragen Posen, Lindenstr. 5, 2. Etage, bei Wittwe **Küntzel.**

Auf dem Dominium **Rosnowo** bei **Posen** findet ein unverheiratheter Gärtner zum 1. April ein Unterkommen. Bewerber wollen sich auf dem dortigen Dominium persönlich melden.

Ein Abiturient zum Baufache, der vorher die Feldmesserprüfung ablegen will, kann das vorschriftsmäßige praktische Jahr bei dem Verm. Revisor **Heinemann** in **Posen,** Halbdorfstraße Nr. 19, beschäftigt werden.

Hauswärter-Stelle Wilhelmsstraße Nr. 13.

Ein Wirthschaftsschreiber,
20 Jahre alt, polnisch sprechend, mit guten Zeugnissen renommirter Landwirthe versehen, zum 1. April seine Militärpflicht vollendend, sucht eine andere Stellung. Offerten unter der Chiffer J. S. poste restante **Polnisch Lissa.**

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen: Zandowitz: Frl. H. Lange mit Kaufm. Keßler.

Geburten: Ein Sohn dem Lieutenant A. v. Hackewitz in Walendow, dem Hauptmann v. Olszewski in Königsberg in Pr., Herrn M. v. Stutterheim in Gersdorf, dem Dr. Reiche in Magdeburg; eine Tochter dem Rittmeister J. v. Freyend in Woldenberg, dem Geh. Sekretär Krüger und dem Dr. J. Alsleben in Berlin, dem Grafen v. Wintzigerode in Bodenstein, dem Grafen Günther v. d. Schulenburg in Braunschweig.

Todesfälle: Superintendent W. Kaiser in Potsdam, eine Tochter des Polizeisekretär Krause in Elbing, Amtmann G. Holzapfel in Wildberg, Frau Oberbergräthin Gräfin L. v. Bredow in Liepe, Oberstlieut. a. D. Koch in Quedlinburg.

M. 28. III. J. III. fällt aus.

Stadttheater in Posen.

Dem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß Frau Marie Kierschner von der königl. Hoftheater-Intendanz einen weitern Urlaub bis zum 1. April erhalten hat, und daher noch einige Male auftreten wird.

Dienstag, viertes Gastspiel der Frau Marie Kierschner, k. pr. Hofschauspielerin: **Adrienne Lecouvreur.** Schauspiel in 5 Akten von Grans. — Adrienne: Frau Marie Kierschner.

Mittwoch, fünftes Gastspiel der Frau Marie Kierschner: **Der Ball zu Ellerbrunn.** Lustspiel in 3 Aufzügen von Karl Blum. — Hedwig: Frau Marie Kierschner.

Dienstag den 27. März 1860
Abends 7½ Uhr
im Saale des Casino
unwiderruflich letztes

CONCERT

auf der Harfe à double mouvement
veranstaltet von
Fräulein
Marie Moesner,
k. k. östreich. Kammervirtuosin.

Programm.
1) **Sonate** für **Harfe** und **Violine,** komponirt von Louis Spohr, vorgetragen von der **Konzertgeberin** und Herrn M. B.
2) **Lied,** gesungen von Fräul. **Kristinus.**
3) a) **Les Adieux,** b) **La danse des fées,** komponirt von Parish. Alvars, vorgetragen von der **Konzertgeberin.**
4) **Der Wanderer** von Schubert, gesungen von Fräul. **Kristinus.**
5) **Fantasie** über Motive aus **Lucrezia Borgia,** kompon. von Parish. Alvars. vorgetragen von der **Konzertgeberin.**
6) **Fantasie Wolfram's** aus **Tannhäuser,** mit Begleitung der Harfe vorgetragen von Herrn **Kotzolt** und der **Konzertgeberin.**
7) (Auf Verlangen:) **Fantasie über Motive aus Don Juan, komponirt** und **vorgetragen** von der **Konzertgeberin.**

Billets à 20 Sgr. sind in der königl. Hof-Musikhandlung von **Ed. Bote & G. Bock** zu haben.
Kassenpreis 1 Thlr.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäfts-Versammlung vom 27. März 1860.

Fonds.	Br.	Gd.	bez.
Preuß. 3½% Staats-Schuldsch.	84½	—	—
" 4 " Staats-Anleihe	—	—	—
" 4½ " "	100	—	—
Neueste 5% Preußische Anleihe	104½	—	—
Preuß. 3½% Prämien-Anl. 1855	—	112¾	—
Posener 4 " Pfandbriefe	—	100¼	—
" 3½ " "	—	90⅛	—
" 4 " neue "	88	—	—
Schles. 3½% Pfandbriefe	—	—	—
Westpr. 3½ " "	82	—	—
Poln. 4 " "	86½	—	—
Posener Rentenbriefe	91¼	—	—
" 4% Stadt-Oblig. II. Em.	89	—	—
" 5 " Prov. Obligat.	96	—	—
" Provinzial-Bankaktien	74	—	—
Stargard-Posen. Eisenb. St. Akt.	—	—	—
Oberschl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	—	—	—
" Prioritäts-Oblig. Lit. E.	—	—	—
Polnische Banknoten	—	86¾	—
Ausländische Banknoten	—	—	—

Roggen fest und höher, pr. März 44⅛ Gd., Frühjahr 44½ bez. u. Gd., April-Mai 44 bez. u. Gd., Mai-Juni 44 1/12 bez., ⅛ Br., Juni-Juli 44⅛ bez. u. Gd.

Spiritus (pr. 8000 % Tralles) wenig verändert, gekündigt 18,000 Quart, loko (ohne Faß) 15 5/12—15¾ Thlr., mit Faß pr. März 16 5/12 bez., April 16⅛ bez., Mai 16¾ bez. u. Gd., ⅜ Br., Juni 17 1/12 bez.

Wasserstand der Warthe:

Posen am 26. März Vorm. 8 Uhr 8 Fuß 6 Zoll.
" 27. " " " 9 " 4 "

Produkten-Börse.

Berlin, 26. März. Wind: Süd-West. Barometer: 27¹. Thermometer: früh 0°. Witterung: regnigt.

Weizen loko 60 a 74 Rt. nach Qualität.

Roggen, loko 49½ a 51½ Rt., p. März 51⅝ a 52 Rt. bez. u. Gd., 52¼ Br., p. Frühjahr 48⅞ a 49 Rt. bez., Br. u. Gd., p. Mai-Juni 48¼ a 48⅜ Rt. bez., 48¾ Br., 48½ Gd., p. Juni 48⅛ Rt. bez., p. Juni-Juli 48¼ a 48½ Rt. bez. u. Gd., 48¾ Br.

Große Gerste 39 a 45 Rt.

Hafer, loko 26 a 31 Rt., p. März 28 Rt. bez., p. Frühjahr 27½ Rt. bez. u. Gd., p. Mai-Juni 27⅞ Rt. bez. u. Gd., p. Juni-Juli 28½ Gd.

Rüböl, loko 11⅓ Rt. Br., p. März u. März-April 11⅓ Rt. Br., 11¼ Gd., p. April-Mai 11⅓ a 11¼ Rt. bez. u. Br., 11⅙ G., p. Mai-Juni 11⅜ a 11⅓ Rt. bez. u. Gd., 11⅜ Br., p. Sept.-Oktbr. 12⅛ a 12 1/24 a 12¼ Rt. bez., Br. u. Gd.

Spiritus, loko ohne Faß 17 5/12 a 17⅜ Rt., mit Faß —, p. März u. März-April 17⅓ Rt., p. April-Mai 17½ a 17 5/12 Rt. bez. Br. u. Gd., p. Mai-Juni 17⅔ Rt. bez. u. Br., 17 7/12 Gd., p. Juni-Juli 18 a 17 11/12 Rt. bez. u. Gd., 18 Br., p. Juli-August 18¼ Rt. bez. u. Br., 18⅛ Gd., p. Aug.-Septbr. 18 7/12 a 18½ Rt. bez., Br. u. G.

Weizenmehl 0. 4 5/12 a 4¾ Rt., 0. u. 1. 4 a 4½ Rt. — Roggenmehl 0. 3⅞ a 3 11/12 Rt., 0. u. 1. 3⅛ a 3 7/12 Rt. (B. u. H. Z.)

Stettin, 26. März. Das Wetter war regnig bei milder Luft.

Weizen, loko 85pfd. feiner gelber Märk. 70½ Rt. bez., 83pfd. Posener p. Conn. p. 85pfd. schwimmend 68½ Rt. bez., eine Ladung geringer vorpomm. 85pfd. 67½ Rt. bez., p. Frühjahr 85pfd. gelber exkl. Schles. 71 Rt. bez. u. Br., inl. 70½ Rt. Br., 70 Gd., vorpomm. 71½ Rt. Br. 71 Gd.

Roggen, loko p. 77pfd. 46⅛ Rt. bez., 77pfd. p. März 46½ Rt. Br., p. Frühjahr 45 Rt. bez. u. Gd., p. Mai-Juni 45 Rt. Br., p. Juni-Juli 45 Rt. bez. u. Gd.

Spiritus, loko 17⅓ Rt. bez., p. März und März-April 17⅓ Rt. Gd., 17 5/12 Br., p. Frühjahr 17 5/12 Rt. bez. u. Gd., ½ Br., p. Mai-Juni 17 7/12 Rt. bez. u. Gd., ⅔ Br., p. Juni-Juli 17 11/12, 18 Rt. bez. u. Br., p. Juli-August 18⅙ Rt. Br., 18 Gd. (Ostf. Z.)

Breslau, 26. März. Die Witterung bleibt frühlingsmäßig, am frühen Morgen + 2°.

Weißer Weizen 68—73—78—82 Sgr., gelber 65—68—72—76 Sgr.
Roggen 53—54—58—60 Sgr.
Gerste 44—46—48—50 Sgr.
Hafer 26—28—31 Sgr.
Erbsen 48—52—55—58 Sgr.
Oelsaaten. Raps 96—98—100 Sgr.

Rother Kleesamen ordinärer 7½ — 8¼ Rt., mittler 8⅔—9⅔ Rt., feiner 10—11 Rt., hochfeiner —11¾ Rt., weißer ord. 16—18½ Rt., mittel 19—20½, fein 21—22, hochfein —23½ Rt.

An der Börse. Rüböl, loko März, März-April u. April-Mai 10⅝ Br., p. Sept.-Okt. 11⅛ Rt. bez. u. Br.

Roggen, p. März 43¼ Rt. bez. u. Br., März-April 42 Rt. Gd., p. April-Mai 42—41½—42 Rt. bez., p. Mai-Juni 42¼ Rt. Br.

Spiritus, loko 16⅓ Rt. Gd., p. März u. März-April 16½ Rt. Gd., April-Mai 16 7/12 Gd., Mai-Juni 16⅝ Rt. Gd.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80 % Tralles) 16¼ Rt. Gd. (Br. Hdlsbl.)

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, 26. März 1860.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	72½ B
Aachen-Mastricht	4	15¾-16 bz
Amsterd. Rotterd.	4	69½ bz u B
Berg. Märk. Lt. A.	4	73¼ bz
do. Lt. B.	4	— —
Berlin-Anhalt	4	104 B
Berlin-Hamburg	4	103 G
Berl. Potsd. Magd.	4	122 bz
Berlin-Stettin	4	95½ bz
Bresl. Schw. Freib.	4	80¾ B
Brieg-Neiße	4	48⅛ G
Cöln-Crefeld	4	72½ G
Cöln-Minden	3½	120 B
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	32½ B
do. Stamm-Pr	4½	— —
do. do.	5	— —
Löbau-Zittauer	4	— —
Ludwigshaf. Berb.	4	126¼ bz
Magdeb. Halberst.	4	182½ bz
Magdeb. Wittenb.	4	33 B
Mainz-Ludwigsh.	4	95½-96 bz
Mecklenburger	4	43⅛-⅜ bz
Münster-Hammer	4	89¼ B
Neustadt-Weißenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	91 B
Niederschl. Zweigb.	4	— —
do. Stamm-Pr.	5	— —
Nordb., Fr. Wilh.	4	48⅛-48 bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	112½ bz
do. Litt. B.	3½	107¼ B
Oest. Franz. Staat.	5	133 bz
Oppeln-Tarnowitz	4	— —
Pr. Wlh. (Steel-V)	4	47½ B
Rheinische,	4	78¾ B
do. Stamm-Pr.	4	— —
Rhein-Nahebahn	4	42 bz
Ruhrort-Crefeld	3½	— —
Stargard-Posen	3½	80½ bz
Thüringer	4	97¼ bz

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	117 bz
Berl. Handels-Ges.	4	78 etw bz u G
Braunschw. Bk. A.	4	72 etw bz u G
Bremer do.	4	96⅛ G
Coburg. Kredit-do.	4	50 B
Danzig. Priv. Bk.	4	79½ G
Darmstädter abgst.	4	61¾-¼ bz u G
do. Ber. Scheine	—	— —
do. Zettel-B. A.	4	89¼ G
Dessauer Kredit-do.	4	18⅝-½ bz u B
Disk. Comm. Anth.	4	80 G
Genfer Kred. Bk. A.	4	25¼ bz u G
Geraer do.	4	70 G
Gothaer Priv. do.	4	70½ B
Hannoversche do.	4	89½ bz
Königsb. Priv. do.	4	82½ G
Leipzig. Kredit-do.	4	55¾ etw bz
Luxemburger do.	4	68 G
Magdeb. Priv. do.	4	74¾ etw bz
Meining. Kred. do.	4	63 B
Moldau. Land. do.	4	— —
Norddeutsche do.	4	81⅞ G
Oestr. Kredit- do.	5	72½-72 bz u B
Pomm. Ritt. do.	4	73½ Kl bz
Posener Prov. Bank	4	73¾ etw bz
Preuß. Bank-Anth.	4½	130 B
Rostocker Bank Akt.	4	— —
Schles. Bank Verein	4	72 bz u B
Thüring. Bank-Akt.	4	51 G
Vereinsbank, Hamb.	4	98 B
Waaren-Kred. Anth.	5	91 B
Weimar. Bank-Akt.	4	78½ B

Industrie-Aktien.

Dessau. Kont. Gas-A	5	85 bz
Berl. Eisenb. Fabr. A.	5	64 B
Hörder Hüttenv. Ak.	5	70 G
Minerva, Bergw. A.	5	28½ G
Neustädt. Hüttenv. A	5	3¾ bz p. Stck.
Concordia	4	— — [fco. Zins.
Magdeb. Feuerverf. A	4	— —

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	— —
do. II. Em.	4	— —
do. III. Em.	4½	84½ B
Aachen-Mastricht	4½	— —
do. II. Em.	5	— —
Bergisch-Märkische	5	101¾ B
do. II. Ser.	5	101¼ B
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	71½ bz
do. Düsseld. Elberf.	4	— —
do. II. Em.	5	— —
do. III. S. (D. Soest)	4	— —
do. II. Ser.	4½	87 bz
Berlin-Anhalt	4	94 G
do.	4½	98½ B
Berlin-Hamburg	4½	102 G
do. II. Em.	4½	— —
Berl. Pots. Mg. A.	4	90¼ G
do. Litt. C.	4½	99 B
do. Litt. D.	4½	97 bz
Berlin-Stettin	4½	99 bz
do. II. Em.	4	83⅜ bz
do. III. Em.	4	81-81⅛ bz
Bresl. Schw. Freib.	4½	— —
Brieg-Neißer	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	99½ G
do. II. Em.	5	102½ B
do.	4	86 G
do. III. Em.	4	81½ B
do.	4½	89¼ bz
do. IV. Em.	4	79¾ bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	— —
do. III. Em.	4½	— —
Magdeb. Wittenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	91¼ G
do. conv.	4	— —
do. conv. III. Ser.	4	87 G
do. IV. Ser.	5	102¼ G
Nordb., Fried. Wilh	4½	99¾ G
Oberschles. Litt. A.	4	91½ B
do. Litt. B.	3½	78½ G, C. 84¾ G
do. Litt. D.	4	84½ bz
do. Litt. E.	3½	72¼ bz
do. Litt. F.	4½	89¼ bz
Oestreich. Französ.	3	252 bz
Prinz-Wilh. I. Ser.	5	— —
do. III. Ser.	5	— —
Rheinische Pr. Obl.	4	85 B
do. v. Staatgarant.	3½	— —
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	— —
do. III. Ser.	4½	82½ B
Stargard-Posen	4	— —
do. II. Em.	4½	— —
do. III. Em.	4½	— —
Thüringer	4½	100½ B
do. III. Ser.	4½	98¾ bz
do. IV. Ser.	4½	96½ bz

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	99¾ G
Staats Anl. 1859	5	104¼ bz
do.	4½	99⅞ bz
do. 1856	4½	99⅞ bz
do. 1853	4	94 bz
N. Präm St A 1855	3½	113½ bz
Staats-Schuldsch.	3½	83¾ bz
Kur- u Neum. Schldv	3½	82 bz
Berl. Stadt-Oblig.	4½	99¼ B
do. do.	3½	81¼ bz
Berl. Börsenh. Obl.	5	103¼ G
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk	3½	87⅞ bz
do.	4	97¾ bz
Ostpreußische	3½	81⅝ bz
do.	4	90¼ B
Pommersche	3½	86½ bz
do. neue	4½	95¼ B
Posensche	4	100 G
do.	3½	90 G
do. neue	4	88 bz
Schlesische	3½	— —
B. Staat gar. B	3½	— —
Westpreußische	3½	81⅝ bz
do.	4	89¾ bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	93½ G
Pommersche	4	93¼ B
Posensche	4	91⅛ bz
Preußische	4	92 G
Rhein- u. Westf.	4	93¼ G
Sächsische	4	93¼ B
Schlesische	4	93 bz

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	51¾-½ bz
do. National-Anl.	5	60¼-60⅜-59¾ bz
do. 250fl. Präm. O.	4	75¼ bz
do. neue 100fl. Loose	—	51¼ bz
Polnische Russische: 5. Stieglitz-Anl.	5	94⅜ G
6. do.	5	105 B
Englische Anl.	5	107 G
N. Russ. Egl. Anl.	3	63 B
Poln. Schatz-O.	4	82¾ u 83 bz
Cert. A. 300 Fl.	5	93 etw bz
do. B. 200 Fl.	—	22¼ G
Pfdbr. u. in SR.	4	86 G
Part. O. 500 Fl.	4	89¼ G
Hamb. Pr. 100 BM	—	85 G
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	42 B
Neue Bad. 35 Fl. do.	—	29⅝ bz
Dessau. Präm. Anl.	3½	92½ bz

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113⅛ bz
Gold-Kronen	—	9. 2½ bz
Louisd'or	—	108⅝ bz
Sovereigns	—	6. 19 bz u G
Napoleonsd'or	—	5. 8⅞ G
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	454 bz
Dollars	—	1. 11 bz u G
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 20 G
K. Sächs. Kass. A.	—	99⅞ bz u G
Fremde Banknot.	—	99⅛ bz
do. (einl. in Leipzig)	—	99⅞ bz u G
Fremde kleine	—	99⅙ G
Oestr. Banknoten	—	75⅝-¼ bz u B
Poln. Bankbillet	—	87 bz u G

Wechsel-Kurse vom 24. März.

Amsterd. 250fl. kurz	3	142½ bz
do. 2 M.	3	141¼ bz
Hamb. 300 Mk. kurz	2	150¾ bz
do. do. 2 M.	2	150⅛ bz
London 1 Lstr. 3 M.	2½	6. 17⅞ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3	79⅛ bz
Wien öst. W. 8 T.	—	75¼ bz
do. do. 2 M.	6	75¼ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	4	56. 24 bz
Frankf. 100 fl. 2 M.	3	56. 26 bz
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	5	99⅞ bz
do. do. 2 M.	4	99 1/12 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	5	97 bz
Bremen 108 Tlr. 8 T.	3½	108 G
Warschau 90 R. 8 T.	—	87 u 86⅞ bz u G
Bank-Disk. f. Wchs.	4	

An der heutigen Börse war die Stimmung im Allgemeinen und für alle Effekten matter und die Kauflust weniger rege als Sonnabend. Namentlich zeigte sich auch für viele Eisenbahnaktien eher Neigung zum Verkaufen. Ebenso waren preußische Anleihen mehr angeboten und selbst zu etwas ermäßigten Kursen nur schwache Kauflust.

Breslau, 26. März. Die Börse eröffnete matt, schließt aber sehr fest.

Schlußkurse. Darmstädter Bank-Aktien —. Oestreichische Kredit-Bank-Aktien 72 bez. u. Br. Schlesischer Bankverein 72 Br. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Aktien 80 5/12 Br. dito 4. Emiss. —. dito Prior. Oblig. 83½ Br. dito Prior. Oblig. 89¾ Gd. Köln-Mindener Priorit. 79¼ Gd. Neisse-Brieger 49¼ Br. Niederschlesisch-Märkische —. Oberschlesische Lit. A. u. C. 112 Gd. dito Lit. B. —. dito Prior.-Obligat. 84 7/12 Br. dito Prior. Oblig. 89½ Br. dito Prior. Oblig. 72 7/12 Br. Oppeln-Tarnowitzer 28¾ Gd. Wilhelmsbahn (Kosel-Oderberg) 34¼ Br. dito Prior. Oblig. —. dito Prior. Obigl. —. dito Stamm-Pr. Obl. —.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.